

II. ENTWICKLUNG DER BESCHÄFTIGTENSTRUKTUR UND DER ARBEITSLOSIGKEIT IN DER BUNDESREPUBLIK

– Zu den Wirkungen des Akkumulationsprozesses auf die verschiedenen Fraktionen und Schichten der Arbeiterklasse und der Arbeitsbevölkerung insgesamt; Veränderung der Konkurrenzbedingungen in der Arbeiterklasse –

Eckart Hildebrandt

Abb. - Linie → Bedenke selbst abh. l. →
(I) EINLEITUNG Überprüfung von Klassenkonflikten (gew. + Heerde)

Wir haben im ersten Teil unserer Untersuchung bereits vier miteinander vermittelte Ursachen der aktuellen Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik festgehalten und deren Bedeutung für die weitere Entwicklung dargestellt: Die *Überakkumulationstendenzen* des westdeutschen Kapitals führten zu einer sinkenden Profitabilität der Zusatzanlagen von Kapital, während zugleich die Unternehmen gezwungen waren, die Kostpreise der Waren mittels *Rationalisierungsinvestitionen* niedrig zu halten. Die dadurch freigesetzten Arbeiter konnten so aufgrund der mangelnden Zusatzanlage nicht wieder in den Produktionsprozeß integriert werden: das für die Aufnahme der Produktion notwendige Kapitalminimum stieg an, arbeitsintensive kleinere Kapitale fielen dem Konzentrations- und Zentralisationsprozeß zum Opfer, überschüssige Profitmassen wurden und werden im Ausland oder auf den Geld- und Kreditmärkten angelegt. Die Überakkumulationstendenzen drückten sich aber auch in einer *Überexpansion der Abteilung I* aus, die zudem stark von den Nachfrageverhältnissen auf dem Weltmarkt abhängig ist. Hinzu kam, daß sich in der *zyklischen Krise*, in der die o.a. Überakkumulationsmomente sich verschärft geltend machten, zunächst *disproportionale Entwicklungen in bestimmten Branchen* (gegenüber der Nachfrage im Inland und der Importkonkurrenz) sichtbar wurden, die zu Branchenstrukturkrisen (Bau, Textil, Fahrzeugbau etc.) führten.

Die Krise mit der sie begleitenden Arbeitslosigkeit wurde so als Ausdruck kurz- und langfristiger (struktureller) Entwicklungen im Akkumulationsprozeß des Kapitals analysiert. Dies war schon deshalb notwendig, um den Ausgangspunkt für die aktuelle Diskussion um die Ursachen der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik wiederzugewinnen: die *Entwicklung des Kapitals*. Dieser Ausgangspunkt war in Zeiten der Prosperität des Kapitals durchaus selbstverständlich, wengleich auch in den Zeiten ungehemmten Wachstums die Lage der Arbeiter von der Veränderung der Bedingungen der Akkumulation stets bedroht war (und dies auch bei den Arbeitern so empfunden wurde). Nur drückte sich dies in der wissenschaftlichen Diskussion darin aus, daß der „technologische Wandel“ unbefragt nach seinen ökonomischen Ursachen als gradlinige Tendenz in der „modernen Industriegesell-

schaft“ hingenommen wurde und nunmehr das Auffangen „sozialer Härten“ (vgl. die Automatisierungsdiskussionen in den Gewerkschaften) als Problem sichtbar war. In der Öffentlichkeit jedenfalls war die „industrielle Reservearmee“ – sieht man von der Krise 66/67 ab – kein Problem und auch für die gewerkschaftliche Politik blieb sie marginal. Gegenüber einer solchen Betrachtungsweise (und auch gerade angesichts des tiefen Einschnitts in der gegenwärtigen Krise, die schnell zu Verabsolutierungen der aktuellen Situation verleitet) werden wir im Punkt (2) des folgenden Beitrags versuchen, das Ausmaß der industriellen Reservearmee, die nicht in den absoluten Zahlen der Arbeitsmarktstatistik erscheint, sondern sich in ihrer „flüssigen Form“ ausdrückt in Umsetzungen, Berufswechseln, Umschulungen, einem zeitweisen Rückzug auf Selbständigenexistenzen und in die Familie, Export und/oder Import von Arbeitskräften etc.

Gegenüber diesen verdeckten Bewegungen in der Lage der Arbeiter in den 60er Jahren wollen wir im Punkt (3) die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Zusammenhang mit der zyklischen Bewegung des Kapitals bis 1974 skizzieren. Schon aus der Betrachtung der einzelnen Zyklen heraus werden aber auch strukturelle Entwicklungen sichtbar, die auf die Veränderungen der Bedingungen der Kapitalakkumulation hinweisen. So können wir zeigen, daß in den 60er Jahren die Arbeitslosigkeit im wesentlichen sich auf die „unteren“ Schichten der Arbeiter beschränkt (Ausländer, teilzeitbeschäftigte Frauen, Un- und Angelernte), während Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre im fortschreitenden Maße auch Facharbeiter, Angestellte im Verwaltungsbereich, qualifizierte Arbeiter von Frei- und Umsetzungen betroffen sind, Schichten, die – im Gegensatz zu den unteren Arbeiterschichten – voll von den Gewerkschaften vertreten werden: die Arbeitslosigkeit stellt sich so zunehmend auch als gewerkschaftspolitisches Problem!

Allerdings heißt eine solche Verschiebung der Arbeitslosigkeit hin zu den höheren Schichten der Beschäftigten nicht, daß die unteren Schichten in der krisenhaften Zuspitzung Mitte der 70er Jahre nicht im gleichen Maße betroffen sind: Gerade diese Schichten bilden einen festen „Bodensatz“ an Arbeitslosen heraus, deren Probleme in der Krise kulminieren. Mehr noch, die Krise führt diesem „Bodensatz“ der Arbeitslosigkeit neue Schichten zu: so die jugendlichen Arbeitslosen (die als Schicht noch gar nicht aus ihrer Stellung im Produktionsprozeß abgeleitet werden können) und im wachsendem Maße Angestellte in Verwaltungsberufen. Diese Teile der Arbeitslosen und die sich bei ihnen kumulierenden Probleme der Arbeitslosigkeit sollen im Punkt (4) untersucht werden.

- 1) Beiträge des IMSF, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970, Teil II: Sozialstatische Analyse, Frankfurt/Main 1973, S. 62.
- 2) Brinkmann/Kohler/Reyer, Zur kurzfristigen Entwicklung der Beschäftigung im Baugewerbe, in: MAB 3/1974, S. 267 ff., hier S. 270.
- 3) Für die Phase 1950–61 vgl. genauer: Friedemann Stooß, Die Veränderung der beruflichen Gliederung der Erwerbspersonen nach Wirtschaftszweigen in der Bundesrepublik 1950–1961, in: MAB, 1968, S. 222 ff.
Zur durchschnittlichen Qualifikation der Berufsgruppen vgl. Produktion und Qualifikation, a.a.O., Tabelle 14 im Anhang.
- 4) IMSF, Klassen- und Sozialstruktur . . ., a.a.O., S. 139.

20. Februar

Es wird abschließend die Frage zu stellen sein, inwiefern die unter den verschiedenen Punkten der Untersuchung dargestellten ~~Vereinheitlichungs- und Differenzierungstendenzen~~ innerhalb der Arbeiterklasse von den Gewerkschaften erkannt und zum Problem der Gewerkschaftspolitik gemacht wurden. Es wird auch zu fragen sein, inwieweit die ~~herkömmliche Gewerkschaftspolitik nicht die Differenzierungstendenzen stützt und so die Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse selbst zur Grundlage hat!~~

Die folgende Untersuchung kann auf Basis der amtlichen Statistik zur Arbeitsmarkt- und Berufsentwicklung (Abkürzungen: ANBA = Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg; MAB = Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg; IAB = Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg) erst grobe Anhaltspunkte für den Zusammenhang von ökonomischer Entwicklung und Bewegung der industriellen Reservearmee geben. Eine auf dem Hintergrund der Marx'schen Akkumulationstheorie aufgearbeitete empirische Analyse gibt es noch nicht und die Dringlichkeit der Arbeit angesichts der aktuellen Entwicklung gestattete auch nicht ein derartiges Vorhaben. Einstweilen soll daher das vorgelegte Material zur weiteren intensiven Diskussion dienen.

Dish

→ Gew: nicht konj. zyklisch, sondern
Aufbauphase → keine Vertikalität -
als Basis des weiteren (Abh.) Verlauf

Kon:

Überw. → Bedarfs
Wegl: Wegfall des konj. periodischen
funktion bedürft. Bedarfs
(private Dienstl. + Handel)
mit off. Dienst. Bereich
hoch delere!

Kon: keine als verbindendes Element
auf der die Ab. Gruppen!?

(2) LANGFRISTIGE VERÄNDERUNGEN IN DER ERWERBSTÄTIGEN-STRUKTUR NACH BRANCHEN UND BERUFEN

2.1 Ein umfassender Ausdruck der Verteilung des Wertprodukts auf die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche und damit Verteilung der Beschäftigungsmöglichkeiten ist die **Erwerbstätigenstruktur**. Ohne Aussagen über die Ursachen der Strukturverschiebungen machen zu können, bildet sie die Attraktion von Arbeitskräften in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen ab.

TABELLE I:

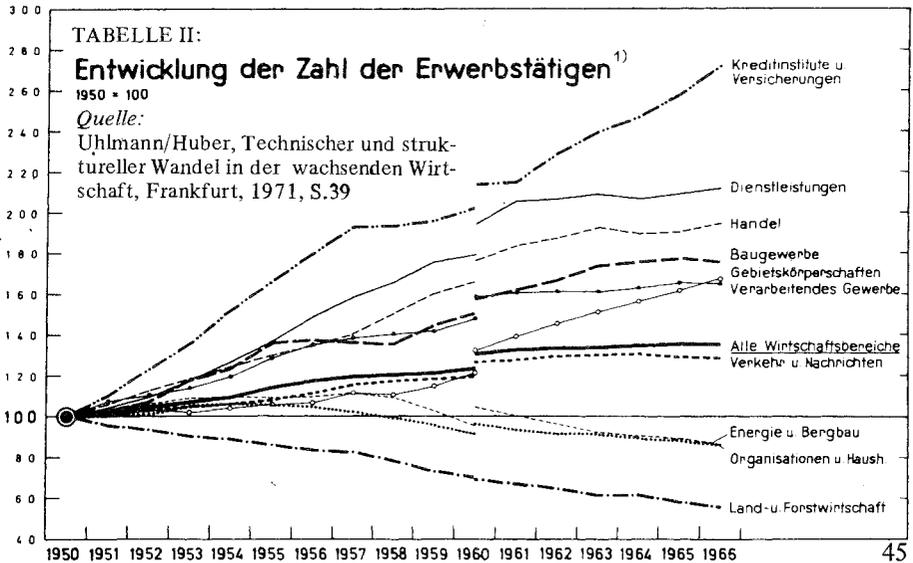
Erwerbstätige in der Bundesrepublik Deutschland von 1960 – 1972 nach Wirtschaftsbereichen (Beschäftigungs- und Unternehmenskonzept) – Jahresdurchschnittszahlen in Tausend

Wirtschaftsbereich	Nr. der Grundsystematik	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971 ^P	1972 ^P
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Jahresdurchschnitte														
Land- und Forstwirtschaft	0	3 581	3 449	3 307	3 144	3 002	2 876	2 790	2 638	2 523	2 395	2 262	2 144	2 038
Warenproduzierendes Gewerbe	1 – 3	12 497	12 804	12 916	12 924	12 982	13 153	13 011	12 241	12 310	12 715	12 973	12 933	12 751
Handel und Verkehr	4/5	4 759	4 809	4 814	4 848	4 821	4 796	4 806	4 717	4 702	4 726	4 769	4 831	4 877
Dienstleistungsunternehmen	6/7	2 381	2 421	2 475	2 556	2 604	2 666	2 732	2 787	2 850	2 895	2 943	2 992	3 033
Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	8/9	2 874	2 970	3 033	3 136	3 221	3 289	3 359	3 446	3 465	3 520	3 635	3 750	3 893
Erwerbstätige insgesamt	0 – 9	26 092	26 453	26 545	26 608	26 630	26 780	26 698	25 829	25 850	26 251	26 582	26 650	26 592
Relativzahlen														
Land- und Forstwirtschaft	0	13,7	13,0	12,5	11,8	11,3	10,7	10,5	10,2	9,8	9,1	8,5	8,0	7,7
Warenproduzierendes Gewerbe	1 – 3	47,9	48,4	48,7	48,6	48,7	49,1	48,7	47,4	47,6	48,4	48,8	48,5	48,0
Handel und Verkehr	4/5	18,2	18,2	18,1	18,2	18,1	17,9	18,0	18,3	18,2	18,0	17,9	18,1	18,3
Dienstleistungsunternehmen	6/7	9,1	9,2	9,3	9,6	9,8	10,0	10,2	10,8	11,0	11,0	11,1	11,2	11,4
Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	8/9	11,0	11,2	11,4	11,8	12,1	12,3	12,6	13,3	13,4	13,4	13,7	14,1	14,6
Erwerbstätige insgesamt	0 – 9	100	100											
Veränderungsraten														
Land- und Forstwirtschaft	0	-	- 3,7	- 4,1	- 4,9	- 4,5	- 4,2	- 3,0	- 5,4	- 4,4	- 5,1	- 5,6	- 5,2	- 4,9
Warenproduzierendes Gewerbe	1 – 3	-	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 0,4	- 1,3	- 1,1	- 5,9	+ 0,6	- 3,3	+ 2,0	- 0,3	- 1,4
Handel und Verkehr	4/5	-	- 1,1	- 0,1	- 0,7	- 0,6	- 0,5	+ 0,2	- 1,9	- 0,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,0
Dienstleistungsunternehmen	6/7	-	- 3,3	- 2,2	- 3,3	- 1,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,4
Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	8/9	-	- 3,3	- 2,1	- 3,4	- 2,7	- 2,1	+ 2,1	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,6	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,8
Erwerbstätige insgesamt	0 – 9	-	- 1,4	- 0,3	- 0,2	+ 0,1	+ 0,6	- 0,3	- 3,3	+ 0,1	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,3	- 0,2

Quelle: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 3.2, Nürnberg, 1974, S. 134

Seit 1960 hat sich die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der BRD auf einem Niveau von 25,6 Mio. eingependelt. Die entscheidenden Bewegungen haben seitdem zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen stattgefunden: als Verschiebung der Erwerbstätigenstruktur zwischen den Wirtschaftsbereichen und als sich kompensierende Veränderungen der Erwerbsquoten bestimmter Bevölkerungsgruppen. Die Verschiebungen zwischen den Wirtschaftsbereichen zeigen, daß langfristig und kontinuierlich die Beschäftigung in der Landwirtschaft abnimmt, im warenproduzierenden Gewerbe und im Handel und Verkehr mit konjunkturellen Abweichungen um ein relativ stabiles Niveau schwankt, im Dienstleistungsbereich mit abnehmenden Zuwachsraten und im Bereich Staat und private Haushalte und Organisationen mit starken Schwankungen immer noch zunimmt. D. h., daß für das hier maßgeblich interessierende produzierende Gewerbe die letzten beiden Wirtschaftsbereiche längerfristig als *Kompensationsbereich* infrage kommen. Die Beschäftigung bei staatlichen und halbstaatlichen Stellen verfügt noch über die Attraktion größerer Arbeitsplatzsicherheit, geringerer Arbeitsintensität, größerer Einkommenssicherheit und Alterssicherung. Zudem bleibt teilweise die gewerbliche Qualifikation für die neue Stelle relevant. Diese wirtschaftssektorale Wanderungstendenz läßt sich punktuell nachweisen (z. B. an der steigenden Anzahl von Bewerbern aus der Industrie und dem Handel für Stellen im öffentlichen Dienst), eine Statistik über die Wanderungsströme von Freigesetzten existiert nicht. Zudem stellt diese Wanderungsbewegung nur einen geringen Anteil an den erzwungenen bzw. freiwilligen Arbeitsplatzwechseln. So beträgt allein die Zahl der Arbeitsvermittlungen über die Arbeitsämter im Durchschnitt das 23fache der jährlichen Stellenzuwächse in den Wirtschaftsbereichen 6–9.

Eine etwas differenziertere Aufgliederung zeigt, daß neben der stark schrumpfenden Landwirtschaft die Erwerbstätigenzahl auch in den Bereichen Energie und Bergbau, Organisationen und Haushalte langfristig abnimmt.



¹⁾ Bundesgebiet, ab 1960 einschl. Saarland und West-Berlin
 Quelle: Statistisches Bundesamt, Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung

Das höchste Produktionswachstum in der **Industrie** in der Phase 1960–1970 verzeichneten die **Grundstoffindustrien**, getragen von den Wirtschaftszweigen **Chemie, Mineralölverarbeitung und Kautschuk/Asbestverarbeitung**. Bezüglich des **Erwerbstitigenanteils** wuchs diese Abteilung nur gering, da die Arbeitsproduktivität in der Chemie und insbesondere der Mineralölverarbeitung sehr hoch ist und die **Erwerbstätigkeit** in den anderen Zweigen der Abteilung sank. Anders in den **Investitionsgüterindustrien**, wo mit **Fahrzeugbau und Elektrotechnik** zwei Industriezweige mit hohen Produktionssteigerungen bei gleichzeitig hohem Beschäftigtenwachstum existieren und der Maschinenbau sehr beschäftigungsintensiv wuchs.

In der **Verbrauchsgüterindustrie** polarisierte sich das Bild dadurch, daß unter sie Wirtschaftszweige mit hohem Personalwachstum wie **Druckereien und Papierverarbeitung** sowie die **Kunststoffverarbeitung** mit dem höchsten Produktions- und Beschäftigtenwachstum fielen, andererseits mit **Textil, Leder und Feinkeramik** Zweige mit weit überdurchschnittlichem Personalabbau.

Der **absolut und relativ höchste Personalabbau** über die betrachtete Zeitspanne fand aber im **Bergbau** statt. (1)

Insgesamt hat zwischen 1960–1970 die Zahl der abhängig Erwerbstitigen im **Baugewerbe** um 122 000 zugenommen. (2)

Die Industriezweige mit der höchsten Verringerung der Beschäftigtenzahl über den Zeitraum 1960–1970 – und damit für die Entstehung struktureller Arbeitslosigkeit relevant – sind:

– Bergbau	– 306 000
– Textil	– 118 000
– Leder	– 35 000
– Steine/Erden	– 27 000
– Eisen/Stahl	– 21 000
– Schiffbau	– 21 000
– Gießerei	– 17 000

1) und 2) siehe Fußnoten auf Seite 42

2.2 Der oben entwickelte Wandel der Branchenstruktur spiegelt sich in der *Veränderung der Berufsstruktur* wieder: (3)

TABELLE III:
Veränderung des Berufsgewichts^{a)} ausgewählter Berufe^{b)}

Die 10 Berufe mit der stärksten **Abnahme**:

1950–1961		1961–1967	
mithelfende Familienangehörige, primärer Sektor	– 431	mithelfende Familienangehörige, primärer Sektor	– 236
Ackerbauern	– 387	sonst. mith. Familienangeh.	– 81
hauswirtschaftliche Berufe	– 139	Ackerbauern	– 62
Bergleute	– 62	hauswirtschaftliche Berufe	– 55
Textilnäher	– 54	Warennachseher, Versand- und Lagerarbeiter	– 43
Tischler, Modellbauer	– 51	Textilnäher	– 37
Lederverarbeiter	– 42	Bergleute	– 29
unspezifische Hilfskräfte	– 42	Metallverformer	– 28
Warennachseher, Versand- und Lagerarbeiter	– 37	Spinner	– 24
Schienenverkehrsberufe	– 32	Lederverarbeiter	– 19

Die 10 Berufe mit der stärksten **Zunahme**:

1950–1961		1961–1967	
Verwaltungs-, Büroberufe	+ 387	Verwaltungs-, Büroberufe	+ 226
Warenkaufleute	+ 119	unspezifische Hilfskräfte	+ 121
Ingenieure, Techniker	+ 114	Ingenieure, Techniker	+ 103
Reinigungsberufe	+ 100	Warenkaufleute	+ 44
sonstige Metallarbeiter	+ 98	Straßenverkehrsberufe	+ 42
Straßenverkehrsberufe	+ 53	Lehrer und Forscherberufe	+ 38
sonst. mith. Familienangeh.	+ 47	Bank- und Versicherungskaufleute	+ 37
Mechaniker	+ 45	Reinigungsberufe	+ 33
Unternehmer, Organisatoren, Steuerberater	+ 43	Mechaniker	+ 29
Maschinisten	+ 40	übrige Gesundheitsberufe	+ 29

a) Berufsgewicht: Anteil der Erwerbspersonen einer Berufsgruppe an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen, auf 10.000 Erwerbspersonen bezogen

b) Absolute Differenz zwischen dem Berufsgewicht des Endjahres und dem Berufsgewicht des Anfangsjahres

Quelle: Baethge/Gerstenberger/Kern/Schumann/Stein/Wienemann, Produktion und Qualifikation, Hannover, 1974, Tabelle 16 im Anhang

3) siehe Fußnote auf Seite 42

Die Berufe mit der stärksten Abnahme in den sechziger Jahren verweisen auf die Verringerung der selbständigen Betriebe in drei Wirtschaftsbereichen:

Abnahme der Selbständigen/Mithelfenden 1960–1970: (4)

Land- und Forstwirtschaft	– 968 000
Prod. Gewerbe	– 195 000
Handel und Verkehr	– 98 000

Die proletarischen Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen aus der Land- und Forstwirtschaft, die allein einen Anteil von 86 % ausmachen, treten zum größten Teil als Arbeitsuchende für gering qualifizierte Tätigkeiten im Bereich der Industrie auf und verschärfen dort das Problem der Arbeitslosigkeit.

Lassen sich an der Zu- bzw. Abnahme bestimmter Berufsgruppen die oben genannten branchenspezifischen Entwicklungen wieder auffinden, so z. B. stärkerer Beschäftigtenabbau im Bergbau, in der Textil- und Lederindustrie, drücken sich in dieser Umstrukturierung auch andersartige Entwicklungen aus wie:

- die Zunahme von Büro- und Verwaltungstätigkeiten in allen Wirtschaftsbereichen und damit die Zunahme von Angestelltentätigkeiten,
- die Abwanderung zu öffentlichen und privaten Dienstleistungen,
- die Polarisierung von Freigesetzten und neu in die Erwerbstätigkeit Eintretenden in hochqualifizierte Techniker- und Ingenieursberufe einerseits, in unqualifizierte Hilfsberufe andererseits.

Für die Bestimmung der Entwicklungsrichtungen von Arbeitslosigkeit müssen diese Tendenzen anhand der Untersuchung von Berufswechseln präzisiert werden; welche Berufs- und Wirtschaftsbereiche sich zunehmend verengen und dadurch sowohl qualifizierte Facharbeiter wie qualifizierten Nachwuchs freisetzen und welche Berufsbereiche für den Berufswechsel und den Neuzugang offen stehen. Damit verbunden ist dann die Verschiebung zu Berufen mit veränderter Tätigkeitsqualifikation und verändertem Arbeitsplatzrisiko.

*Abnahme der Selbständigen
= von neuen Betrieben
von runde in Industrie
Berufsbereichen; Se. we. we. we.
ck. →*

4) siehe Fußnote auf Seite 42

2.3 Gliedert man die Zahl der **Berufswechsler** nach den einzelnen Ausbildungsberufen und nach dem Grad der Verwertbarkeit der Kenntnisse im neuen Beruf, zeigen sich deutliche Parallelen zum Grad der Arbeitslosigkeit und lassen den Schluß zu, daß der Berufswechsel faktisch häufig eine Vorstufe zur verdeckten, zeitweisen oder auch Dauerarbeitslosigkeit darstellt:

- a) Der Anteil der Berufswechsler ist in den Branchen/Berufsgruppen besonders hoch, in denen die **Erwerbstätigenquote** sinkt. Das Vorhandensein einer betrieblichen Ausbildung verhindert die Betroffenheit vom Strukturwandel nicht.

Die höchsten Berufswechselquoten haben:

TABELLE IV: *Männliche Erwerbspersonen mit einer betrieblichen Berufsausbildung, gegliedert nach Ausbildungsberufen*

	Anteil der Berufswechsler (1955 – 1970)	Anteil der Berufswechsler an den nach 1955 in den Beruf Eingetretenen
Bergleute	69,3 %	80,4 %
Textilberufe	45,9 %	54,6 %
Liederherstellung und -verarbeitung	43,4 %	61,3 %
Nahrungs- und Genußmittelherstellung	41,0 %	41,6 %
Stein, Keramik, Glas	40,5 %	50,0 %
Holzverarbeitung	39,0 %	50,7 %
Gaststättenberufe	38,5 %	
Ackerbauer, Viehzüchter	37,1 %	45,3 %
Metallerzeuger und -bearbeiter <i>hat die Hälfte</i>	43,3 %	43,3 %

Quelle: Hofbauer/König, Berufswechsel bei männlichen Erwerbspersonen in der Bundesrepublik Deutschland, in: MAB Heft 1/73, S. 37 ff., hier Tabelle 10

Die relativ niedrige Quote der landwirtschaftlichen Berufe wird dadurch erklärt, daß die – hier nicht aufgeführten – Un- und Angelernten in diesem Bereich einen hohen Prozentsatz ausmachen.

- b) Der Anteil der Berufswechsler steigt bei den Erwerbstätigen, die nach 1955 berufstätig geworden sind, an (von durchschnittlich 32,4 % auf 35,2 %). Besonders stark an diesem Anstieg beteiligt sind die **Lederhersteller** und **-verarbeiter**. Bis auf Nahrungs- und Genußmittelhersteller und Metallerzeuger und -bearbeiter sind alle Berufsgruppen mit hohen Berufswechselquoten überdurchschnittlich stark an der Zunahme der Berufswechsel beteiligt.

Worauf die Zunahme zurückzuführen ist, auf eine **zunehmende Schrumpfung** der **Berufsbereiche** und damit eine **generell zunehmende Arbeitsplatzunsicherheit** und/oder **höhere Berufswechselquoten bei jüngeren Beschäftigten** wird daraus noch nicht ersichtlich.

- c) Die „**Verwertbarkeit**“ der **Berufsqualifikation** (so der amtliche Ausdruck) ist bei den überdurchschnittlich von Berufswechseln betroffenen Berufsgruppen **überdurchschnittlich gering**. Kaum verwertbar sind sie – bei durchschnittlich 51 % aller Berufswechsler – bei den herausgestellten Berufsgruppen: Ein sehr

Das ist die. Reaktion des
 Polarismus (Berufswechsler unterhalten)

hoher Prozentsatz der Arbeitsplatz- und Berufswechsel ist folglich mit einer Entwertung der Qualifikation verbunden gewesen; bei nur 20 % der Berufswechsler war dieser von einer betrieblichen oder schulischen Ausbildung begleitet. (5) Da der Berufswechsel neben dem Nachteil des eventuellen Wohnortwechsels auch größtenteils Dequalifikation und damit auch Lohnminderung gebracht hat, ist anzunehmen, daß diese Berufswechsel ökonomisch erzwungen wurden und die einzige Alternative zur drohenden Arbeitslosigkeit darstellten.

1953

d) Im Vergleich zu der Gruppe von Berufswechslern, die nach 1955 in das Berufsleben eingetreten sind, ist die Dequalifikationstendenz im Durchschnitt zurückgegangen (von 51 % auf 48 %), im Durchschnitt der herausgegriffenen Berufsgruppen aber gestiegen, besonders stark aber bei den landwirtschaftlichen Berufen, den Nahrungs- und Genußmittelherstellern und den Bauberufen.

TABELLE V: Anteile unter den männlichen Berufswechslern mit betrieblicher Berufsausbildung, die ihre Ausbildungsqualifikation im neuen Beruf nicht oder kaum verwerten konnten

	Anteil der Berufswechsler (1950-1970)	Anteil der Berufswechsler an den nach 1955 in den Beruf Eingetretenen
Bergleute	67 %	68 %
Textilberufe	70 %	69 %
Lederhersteller und -verarbeiter	75 %	69 %
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	72 %	77 %
Stein, Keramik, Glas	71 %	73 %
Holzverarbeitung	54 %	54 %
Gaststättenberufe	66 %	
Ackerbauer, Viehzüchter	71 %	80 %
Metallerzeuger und -bearbeiter	48 %	48 %
Bauberufe	64 %	68 %
im Durchschnitt	51 %	48 %

Quelle: Hofbauer/König, Berufswechsel . . . , a.a.O., Tabelle 10

Nimmt man die gering qualifizierten Beschäftigten noch in die Betrachtung der Berufswechsel hinein, können folgende strukturelle Aussagen gemacht werden: (6)

Der Anteil der Berufswechsler nimmt mit zunehmender Dauer und Qualität der allgemeinen Schulbildung ab (Volksschule 36 %, Mittlere Reife 22 %, Abitur 12 %). Den höchsten Anteil von Berufswechslern stellen männliche Erwerbstätige

- 5) Hofbauer/König, Berufswechsel bei männlichen Erwerbspersonen in der Bundesrepublik Deutschland, in MAB Heft 1/73, S. 37 ff., hier S. 53, Bei den Berufswechslern über 30 Jahren liegt der Prozentsatz sogar bei 90 %. Am höchsten ist der Prozentsatz einer Zusatzausbildung beim Berufswechsel in ein Beamtenverhältnis, am niedrigsten bei den selbständigen Landwirten und den un- und angelernten Arbeitern.
- 6) Ebenda, S. 43 ff.

ausgehört (Länder) → ausgeübt (= Kollegen)

mit Volksschulabschluss und abgebrochener bzw. erfolglos abgeschlossener betrieblicher Berufsausbildung. Bei ihnen ist auch die Verwertbarkeit des erworbenen Wissens mit unter 40 % am geringsten.

Der Anteil der Berufswechslers ist bei männlichen Erwerbstätigen ohne Berufsausbildung mit 39 % am höchsten, sinkt bei Berufsausbildung für einen Arbeiterberuf auf 35 %, für einen Angestelltenberuf auf 21 %. Liegen die ersten beiden Prozentsätze schon eng beieinander, so zeigt sich die Nähe der beiden sozialen Gruppen noch mehr darin, daß die entsprechenden Prozentsätze von Berufswechseln ohne Relevanz der erworbenen Qualifikation bei 26,3 %, 53 % und 36 %. Das weist insofern auf eine Polarisierung hin, als Berufswechsel und Dequalifikationsgefahr bei un-, angeleiteten und Facharbeitern relativ groß sind, dagegen bei Berufsfachschul-, Fachschul-, Techniker- oder Ingenieurausbildung einen geringeren Zahl von Berufswechseln und dann ohne Qualifikationsverlust bzw. mit Zusatzausbildung stattfindet.

Die Verstärkung von Qualifikationsunterschieden durch den Berufswechsel wird auch deutlich, wenn man von der beruflichen Stellung des Betroffenen vor dem Berufswechsel ausgeht. Generell wird die Ausnahmesituation der jeweiligen unteren Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengruppen sichtbar, weiterhin die klare Abstufung zwischen un- und angeleiteten Arbeitern, Facharbeitern und angestellten Meistern. Die Abstufung gilt sowohl für die Berufswechslersquote wie für die Verwendbarkeit des erworbenen Wissens. Die volle Bedeutung der Potenzierung der ungünstigen Berufsstellung un- und angeleiteter Arbeiter läßt sich daran messen, daß sie von den insgesamt nach 1955 ins Berufsleben Eingetretenen 1970 nur 16,4 % stellten, dafür aber 35,8 % aller Berufswechslers und sogar 50,3 % aller Berufswechslers ohne Weiterverwendung ihrer Qualifikation. Die entsprechenden Zahlen für Facharbeiter lauten: 63,1 %, 31,7 %, 20,0 %. Hier zeigt sich also zwischen beiden Berufsgruppen eine deutliche Differenz.

Knapp die Hälfte aller Berufswechsels (48 %) werden im Alter bis unter 30 Jahren vollzogen. Zwischen 1960 und 1970 hat sich die Berufswechslersquote deutlich erhöht, am stärksten bei der jüngsten Gruppe, die weniger als fünf Jahre erwerbstätig war: von 12,1 % auf 24,5 %, am geringsten bei der ältesten Gruppe: von 6,6 % auf 8,5 %. Bei den männlichen Erwerbspersonen ohne Berufsausbildung ist der Zuwachs noch stärker: bei der jüngsten Gruppe von 14,3 % auf 35,4 %.

Die Vorstellungen der Beschäftigten, die in einem Beruf mit abnehmender Erwerbsquote und hohen Berufswechslerszahlen beschäftigt sind, über anzustrebende Berufsbereiche weichen weit von der Realität ab. Am häufigsten werden Berufe genannt, von denen sich die Berufswechslers eine Erhaltung oder sogar eine Erhöhung ihrer Qualifikation erwarten, wie den Ingenieur- und Technikerberufen (fast von allen Gruppen mit erster Priorität genannt), den Organisations-, Büro- und Verwaltungsberufen sowie den Bauberufen. (7)

Praxis
*Frei-
wählige*
Berufe als Sozialversicherung sind für unvorteilhaft.

7) Ebenda, S. 58 ff.

Während die **abgegebenen Berufe** überwiegend handwerkliche und industrielle Ausbildungsberufe sind, sind die **aufnehmenden** solche, für die es keinen direkten Ausbildungszugang gibt, die also entweder nur über eine Ausbildung in einem anderen Beruf erreicht werden können oder für die keine formalisierte Berufsausbildung notwendig ist. Dabei ergeben sich zwischen Handwerk und Industrie als Ausbildungsbereich insofern Unterschiede, als für in der Industrie für einen Arbeiterberuf Ausgebildete der Übergang zum Angestellten (26 % gegenüber 16 %) und zum Beamten (7 % gegenüber 5 %) leichter ist.

Die relativ umfassende und sich in den letzten Jahren verstärkende Dequalifikationstendenz durch **Berufswechsel** (als Verlust von insbesondere betrieblicher Ausbildung und langfristiger Berufserfahrung) ist **nur ein Faktor** in der **Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen**. Die Qualifikationsveränderungen, die aufgrund betrieblicher, arbeitsorganisatorischer und technologischer Umstellungen, aufgrund von betrieblichen Arbeitsplatzwechseln, **Arbeitsplatzwechseln innerhalb der Branche/Berufsgruppe** stattfinden sowie aufgrund der veränderten Ausbildung der **neu in die Berufe Eintretenden**, sind dabei nicht eingeschlossen. Da aber Qualifikation und betriebliche Stellung entscheidend die Notwendigkeit von Berufswechsel, die Möglichkeit von Dequalifikation und – wie weiter unten gezeigt wird – von Arbeitslosigkeit bestimmen, ist eine umfassende Betrachtung notwendig:

Qualifikationsstruktur der Beschäftigten in der Gewerblichen Wirtschaft und im Verarbeitenden Gewerbe

TABELLE VI:

in %

Jahre	Beschäft. 2)		Arbeiter		Angestellte																		
	100 %		100 %		Angestellte insgesamt				kaufm. Angestellte				techn. Angestellte				Meister						
	Arbeiter	Angest.	Leistungsgruppen ^{a)}			kaufm.A.	techn.A.	Meister	Leistungsgruppen ^{b)}														
			1	2	3				II	III	IV	V	II	III	IV	V	II	III	IV				
Gewerbliche Wirtschaft ³⁾																							
1951	74,3	25,7	47,6	28,0	24,4	77,3	14,2	8,4	12,3	34,2	43,7	9,8	9,7	28,9	49,5	11,8	25,1	40,0	30,6	4,3	15,6	72,1	12,4
1957 ⁵⁾⁶⁾	72,5	27,5	45,1	35,0	19,8	79,0	14,5	6,6	13,7	38,5	39,4	8,4	11,0	33,7	45,1	10,2	28,1	48,2	21,0	2,7	15,6	74,0	10,4
1966 ⁵⁾	64,1	35,9	48,3	33,7	18,0	73,1	18,9	8,0	16,8	45,2	32,6	5,4	13,3	40,4	39,4	6,9	28,6	52,3	17,8	1,4	22,3	71,7	6,0
1970 ⁵⁾	61,5	38,5	18,1	39,2	35,6	7,1	14,7	36,0	40,7	8,6	30,1	50,3	17,6	2,0	.	.	.
Verarbeitendes Gewerbe ⁴⁾																							
1951	80,7	19,3	43,8	33,2	22,9	64,8	19,7	15,6	13,7	40,0	37,4	8,9	10,3	31,8	45,5	12,4	24,3	40,9	30,8	4,0	15,4	72,2	12,4
1957	77,5	22,5	38,2	38,1	23,7	62,0	24,9	13,0	16,3	43,0	31,9	8,9	11,7	35,4	40,0	12,9	28,4	45,1	23,1	3,4	15,7	73,3	10,9
1966 ⁷⁾	77,7	22,3	42,1	38,5	19,4	58,4	29,0	12,6	19,0	49,5	27,4	4,1	14,9	42,2	36,4	6,5	27,5	52,6	18,6	1,3	22,7	71,2	6,1
1970 ⁷⁾⁸⁾	77	24	39,6	38,8	21,5	.	.	.	21,4	44,8	28,8	5,0	16,1	41,0	36,0	6,9	29,6	50,8	17,8	1,8	.	.	.

Quelle: Baethge/Gerstenberger/Kern/Schumann/Stein/Wienemann, Produktion und Qualifikation, Hannover, 1974, Tabelle 17 im Anhang

Folgende Tendenzen der Qualifikationsstrukturentwicklung im verarbeitenden Gewerbe sind mit den oben abgeleiteten Entwicklungen in Zusammenhang zu bringen:

- a) Obwohl der Anteil der unqualifizierten Arbeiter (LG 3) durchschnittlich sinkt, steigt er in einigen industriellen Wachstumsbranchen (8) (Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektroindustrie, ESBM-Industrie), die offensichtlich Berufswechslers aus schrumpfenden Branchen bei Qualifikationsverlust aufnehmen. Gleichzeitig steigt in einigen der schrumpfenden Branchen der Facharbeiteranteil (LG III) (Steine/Erden), bzw. stagniert (Eisen/Stahl, Textil), obwohl er im Durchschnitt abnimmt. Diese Tendenzaussagen weisen in Richtung der These, daß die schrumpfenden/stagnierenden Industriezweige qualifizierte Arbeiter horten, während in den Wachstumsbranchen breitere Bereiche un- und angelernter Arbeit entstehen.
- b) Die Verschiebung vom Arbeiter- zum Angestellten-Status behält zum Teil keine Höherqualifizierung. Insofern bedeutet das Anwachsen der unteren Angestelltengruppen (II, III) für die darunter fallenden Erwerbstätigen, insbesondere für die Berufswechslers aus schrumpfenden Branchen, kaum eine größere Arbeitsplatzsicherheit. Dies wird im folgenden im Hinblick auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu untersuchen sein.

(3) ENTWICKLUNGSTENDENZEN IN UMFANG UND STRUKTUR DER ARBEITSLOSIGKEIT IN DER BRD

3.1 Entwicklungsphasen des Arbeitsmarktes

In der Entwicklung des Arbeitsmarktes der BRD lassen sich drei Phasen unterscheiden, die sowohl in den materiellen Auswirkungen auf die Beschäftigten wie auch für die gesellschaftliche Wahrnehmung von Arbeitsplatzunsicherheit sehr unterschiedliche Auswirkungen hatten.

Die Nachkriegsphase bis 1959/60 ist durch die Neuorganisation und Auslastung der Produktionskapazitäten gekennzeichnet, denen ein kontinuierlicher Abbau der Arbeitslosigkeit und eine Erhöhung der Erwerbsquote entsprach. Die in diesem Zusammenhang gemachten Erfahrungen der Arbeitslosigkeit werden fast ausschließlich als Folge der teilweisen Zerstörung und des Brachliegens des Produktionspotentials mit der Niederlage des Faschismus interpretiert, die Zunahme der Beschäftigung dem Wiederaufbau und Wirtschaftswachstum aufgrund günstiger Akkumulationsbedingungen zugeordnet. (9)

Nicht als Ausnahme wie häufig behauptet

- 8) Vgl. Baethge/Gerstenberger/Kern/Schumann/Stein/Wienemann, Produktion und Qualifikation, Hannover 1974, Tabelle 18 im Anhang.
- 9) Vgl. dazu Schöller/Semmler/Hoffmann/Altwater, Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland (II), in: Probleme des Klassenkampfes, Heft 16/74, S. 93 ff.

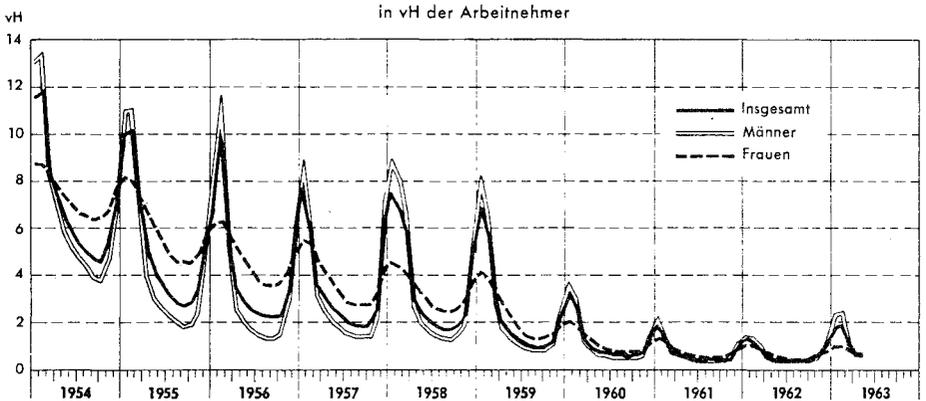
↳ Gab es eigentlich eine hochgradig industrielle Reservearmee → hohe Arbeitslosigkeit durch niedrige Lohnsätze, starke Absinken, Überkapazität

In der 2. Phase zwischen 1960 und 1965/66 konsolidiert sich der nationale Arbeitsmarkt auf einem Niveau niedriger durchschnittlicher Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenquote zwischen 0,7 % und 0,8 %), einer steigenden Anzahl von offenen Stellen (von 290 700 – 1959 auf 649 000 – 1965) und einem nur geringfügigen Umfang von Kurzarbeit (Spitze 1963 mit 11 000). (10)

Insbesondere die Verallgemeinerung und Ausweitung der schulischen und beruflichen Ausbildung verringerte die Erwerbsquoten bei den Männern um 3 % und den Frauen um 2 % (11). Gleichzeitig wurde das Arbeitsmarktreservoir durch die Anwerbung ausländischer Arbeiter (Steigerung von 280 000 im Juli 1960 auf 1 233 000 im Juni 1966) ausgeweitet. (12)

TABELLE VII:

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik*) 1954 bis 1963



*) Ohne West-Berlin; ab Juli 1959 einschl. Saarland

Quelle: WWI-Mitteilungen, Heft 6/1963, S. 149

Hebung des Ausbildungs-niveaus

vgl. Holzger. S. 82

Die Hebung des Ausbildungs-niveaus der Einheimischen wurde durch die Immigration zu über 70 % un- und angelernter Arbeiter kompensiert, die nur eine geringe Qualifikation erfordernde Arbeitsplätze maßgeblich in Großbetrieben des verarbeitenden Gewerbes (13) einnahmen.

- 10) Arbeitsstatistik 1970 – Jahreszahlen, Sondernummer der Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) vom 12.7.1971, S.15,17,75,239.
- 11) Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik 1970, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, 1971, S. 20.
- 12) Arbeitsstatistik 1970, a.a.O., S. 184.
- 13) Bei einer durchschnittlichen Ausländerquote von 6,1 % 1966 waren die Wirtschaftsabteilungen Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung (12,8 %), Steine, Erden und Glas (12,7 %), Baugewerbe (12,0 %) und Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung (8,4 %) am stärksten besetzt.
Vgl. Ausländische Arbeitnehmer, Erfahrungsbericht 1967, Hrsg. von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, 1968, S. 10.

Ab mind. bei niedrigeren Kop. Einsatz + steigenden Lebenshaltungskosten

Erste Andeutungen des Wiedereinsetzens eines konjunkturellen Zyklus zeigte der *Beschäftigungsrückgang in der Industrie* im Laufe des Jahres 1963, der im August mit 95 100 Arbeitskräften (1,2 %) seinen Höhepunkt erreichte. Neben 1958, wo zum ersten Mal die Beschäftigungszunahme stagnierte, war dies der erste absolute Beschäftigungsrückgang in der Industrie im Jahresdurchschnitt. Die jahresdurchschnittliche Gesamtbeschäftigung stieg allerdings 1963 um 1,2 %; die Arbeitslosenzahl betrug 186 000. (14) Aufgegliedert nach Industriezweigen zeigten sich im Vergleich der Jahresdurchschnitte 1962/63 die stärksten Veränderungen bei:

TABELLE VIII: *Veränderung der Zahl der Beschäftigten nach ausgewählten Industriezweigen 1962–63*

Industriezweig	Zu- und Abnahme von Beschäftigten
Kohlenbergbau	– 25 700
Textilindustrie	– 17 100
Maschinenbau	– 11 700
Eisenbeschaffende Industrie	– 10 000
Schiffbau	– 9 400
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	– 6 500
Übriger Bergbau	– 6 400
Bekleidungsindustrie	+ 4 000
Elektrotechnische Industrie	+ 4 400
Chemische Industrie	+ 6 200
EBM-Industrie	+ 6 700
Ernährungsindustrie	+ 8 100
Fahrzeugbau	+ 15 600

Quelle: Konjunkturreport 1963–67, Berlin 1972, S. 21

Dabei verteilen sich die Schwerpunkte der Arbeitslosigkeit folgendermaßen (hier nach Berufsgruppen):

TABELLE IX: *Jahresdurchschnittszahlen von Arbeitslosen in ausgewählten Berufsgruppen 1963*

Berufsgruppe	Arbeitslose
Ungelernte Hilfskräfte*	24 427
Bauberufe	19 664
Verkehrsberufe	8 871
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	7 827
Steinbearbeiter, Keramiker, Glasmacher	7 519
Metallerzeuger und Metallverarbeiter	6 832
Schmiede, Schlosser und Mechaniker	6 752

* Darunter 9 626 Bauhilfsarbeiter

Quelle: Arbeitsstatistik 1970, a.a.O., S. 25

Festgehalten werden kann zum Verhältnis von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, daß der strukturelle Abbau des Bergbaus (15) und die langfristige Verringerung

14) Konjunkturreport 1963–67, Berlin, 1972, S. 20 f.

15) Zwischen 1957 und 1967 wurden die Beschäftigten im Bergbau um ca. 45 % verringert. Vgl. SVG 67, S. 48.

keine bis Reservearmeefolgen: können nicht wieder
in Arb. gr. sein

der Beschäftigtenzahl in der Textilindustrie sich nicht in registrierter Arbeitslosigkeit ausgedrückt haben (1963 waren 4 340 bzw. 1 463 aus Bauberufen bzw. Textilhersteller und -verarbeiter arbeitslos). Weiterhin, daß die Berufsgruppen, die 1963 hohe Arbeitslosenzahlen stellten, auch in den nächsten Jahren relativ hohe Arbeitslosenzahlen aufwiesen. (16) Gerade wenn man bedenkt, daß 1963 nur einen schwachen Einbruch im Arbeitsmarkt bedeutete, daß Wirtschaftszweige wie das Bauhauptgewerbe – aber auch Handel und Verkehr – ihren zusätzlichen Arbeitskräftebedarf in den folgenden Jahren nur teilweise – und dann hauptsächlich über ausländische Arbeitskräfte – befriedigen konnten, kann auf die Herausbildung einer relativ konstanten Quote von „Bodensatarbeitslosigkeit“ geschlossen werden. So handelte es sich nach einer Feststellung der Deutschen Bundesbank von 1964 „zu etwa 70 vH um ältere, meist immobile, für eine Verwendung in den Brennpunkten des Arbeitskräftebedarfs kaum in Betracht kommende Arbeitskräfte. (17)

Der Beginn der dritten Phase, dem Wiedereinsetzen des industriellen Krisenzyklus mit periodisch wiederkehrenden Phasen stark ansteigender Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Verringerung der Erwerbsquote bei gleichzeitigem, langfristigen Ansteigen der Arbeitslosigkeit für bestimmte Bevölkerungsgruppen ist, vom Arbeitsmarkt aus gesehen, mit der Krise 1966/67 anzusetzen.

Die Arbeitsmarktdaten in der Tabelle X zeigen einmal das Einsetzen starker zyklischer Schwankungen mit ausgeprägten Krisen 1967 und 1974/75 und einer Zwischenkrise 1971/72. Zum anderen zeigen sie seit 1970 ein kontinuierliches Ansteigen der Arbeitslosigkeit, die mit der Abnahme der Beschäftigung in der Industrie zu korrelieren scheint.

Bevor im nächsten Abschnitt die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt entlang der konjunkturellen Entwicklung im Einzelnen verfolgt wird, sind kurz die besonderen Bedingungen in den langfristig schrumpfenden Wirtschaftsbereichen Landwirtschaft und Bergbau in Exkurs-Form darzustellen.

Die Verringerung der dort beschäftigten Arbeitskräfte, ihre Arbeitsqualifikationen und Arbeitseinstellungen führen zu besonderen Formen der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit, beeinflussen wesentlich die Struktur und das Verhalten der Reservearmee, sodaß unabhängig von den Schwankungen der Akkumulation eine gesonderte Darstellung sinnvoll erscheint.

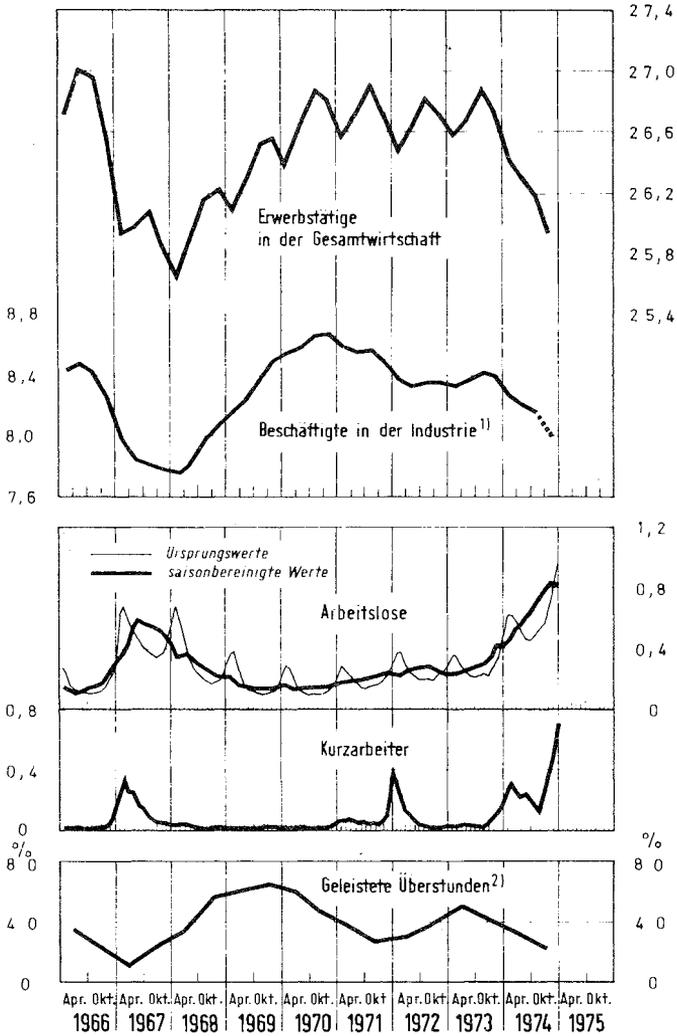
(siehe hierzu TABELLE X auf Seite 58)

kontinuität ist fragwürdig - weil Zusammenstoß & Einsichtarbeit

- 16) Trotz Aufschwung steigend bei: Ungelernten Hilfskräften, kaum abnehmend bei Bauberufen, Verkehrsberufen, Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen, Metallherzeuger und -bearbeiter sowie Schmieden und Schlossern. Vgl. Hauptergebnisse, a.a.O., S. 72.
- 17) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1964, S. 74.

Welche fr. im beauftragten Strukturverfall & welle 57 von
Umfang betreffen werden?

TABELLE X:
Arbeitsmarkt
 Millionen Personen



¹⁾ Ohne Bau- und Energiewirtschaft.

²⁾ %-Anteile der Firmenmeldungen über Mehrarbeitsstunden; verarbeitende Industrie ohne chemische Industrie sowie ohne Nahrungs- und Genüßmittelindustrie.

Quelle: Wirtschaftskonjunktur, Nr. 1/1975

EXKURS

Die Bedeutung der langfristig schrumpfenden Wirtschaftsbereiche für die Entwicklung und Struktur der Arbeitslosigkeit

(A) Die Landwirtschaft

Aus der Erwerbstätigenstatistik hatte sich ergeben, daß die Beschäftigung über den gesamten Betrachtungszeitraum mit leicht ansteigenden Veränderungsraten abnimmt, wobei auffällt, daß die konjunkturelle Reagibilität wesentlich geringer ist als im warenproduzierenden Gewerbe und die Erwerbsquote der Landwirtschaft in den ausgeprägten Krisenjahren unterdurchschnittlich abnimmt. Gleiches gilt für die relativ niedrige Arbeitslosenquote.

Die kontinuierliche Verringerung des Erwerbstätigenanteils in der Landwirtschaft ist Folge der zunehmenden Durchsetzung der Kapitalisierung der Landwirtschaft, d. h. der Auflösung von Mittel- und Kleinbetrieben in hochproduktive, technologisch entwickelte und konzentrierte Produktionseinheiten. So ermöglichte die Steigerung der Arbeitsproduktivität zwischen 1960 und 1970 um über 60 % (gegenüber 40 % in den anderen Wirtschaftsbereichen) den Abbau der Beschäftigung bei gleichzeitiger Produktionssteigerung. (18) Für die in der Landwirtschaft Erwerbstätigen bedeutete dies zum größeren Teil den Übergang vom Vollerwerbsbetrieb zum Zuerwerbs- und dann zum Nebenerwerbsbetrieb (1969 waren 64 % aller landwirtschaftlichen Betriebe über 0,5 ha Zu- und Nebenerwerbsbetriebe) oder den Übergang zur landwirtschaftlichen Lohnarbeiterexistenz in Form der Verbundwirtschaft (vom industriellen Verarbeitungsbetrieb oder Handelsunternehmen direkt abhängiger Landwirtschaftsbetrieb) und der Form der Anstellung im landwirtschaftlichen Großbetrieb.

Diese breite Herabstufung ist an der Verringerung der einzelnen Beschäftigungsgruppen gut abzulesen:

Relativ konstant hält sich nur die Gruppe der teilbeschäftigten Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen (Steigerung des Anteils an den Erwerbstätigen in der Landwirtschaft von 1950/51 – 17,4 % auf 1971/73 – 39 %). Die Entwicklung einer ländlichen Überflußbevölkerung vollzieht sich maßgeblich bei ehemals selbständigen Bauern und landwirtschaftlichen Lohnarbeitern. So wanderten allein 1970 mehr als 151 000 landwirtschaftliche Arbeitskräfte, darunter 98 325 ehemals selbständige Bauern, in die Industrie ab. (19)

18) Vgl. Monika Baumgartner, Entwicklungstendenzen in der deutschen Landwirtschaft, in: Prokla 5, S. 55 ff., hier S. 62. Die Nahrungsmittelproduktion pro Arbeitskraft stieg zwischen 1949/50 und 1964/65 um 256 %.

19) Ebenda, S. 98.

TABELLE XI: *Entwicklung der landwirtschaftlichen Beschäftigtengruppen*

(in Tausend)		1950/51	1960/61	1970/71	1971/72
vollbeschäftigte	Betriebsinhaber und mithelfende	4 380	3 006	1 649	1 535
teilbeschäftigte	Familienangehörige	1 180	1 263	1 122	1 098
ständige	Lohnarbeiter	766	327	126	117
nicht ständige		450	286	85	69
insgesamt		6 776		2 982	2 819

Quelle: IMSF, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970, Teil II, Tabelle 3.4/27 auf S. 417

Aufgrund des hohen Anteils der doppelt Berufstätigen ergibt sich ihre Konzentration auf agrarische Regionen und Industriegebiete mit bäuerlichem Hinterland. Da sie über keine industrielle Ausbildung verfügen, stehen ihnen nur un- und angelernte Tätigkeiten offen; dementsprechend waren nach einer Untersuchung für Bayern 95 % der proletarisierten Bauern als Hilfsarbeiter tätig (1969). (20, 21) Da sie zudem nur aufgrund der Kapitalisierung der Landwirtschaft zur (teilweisen) Aufgabe ihres Berufes gezwungen wurden, hängen sie einerseits an der bäuerlichen Existenz und integrieren sich kaum in das industrielle Proletariat, gehören sie andererseits zu den ausgebeutetsten Schichten der Industriearbeiter.

Die registrierte Arbeitslosigkeit in landwirtschaftlichen Berufen ist relativ gering und hat wesentlich niedrigere konjunkturelle Schwankungen als die durchschnittliche Arbeitslosigkeit. (22) Die Zahl der offenen Stellen übersteigt bis auf ausgesprochene Krisenphasen (so 1967) die Zahl der Arbeitssuchenden (23), was darauf hindeutet, daß sich die Arbeits- und Einkommensbedingungen in der Landwirtschaft dermaßen verschlechtert haben, daß ihnen eine ungesicherte Hilfsarbeiter Tätigkeit in der Industrie vorgezogen wird.

20) Ebenda.

21) Bei der Untersuchung des IAB über Berufsverläufe von 1970 wurden die einzelnen Berufsgruppen auch danach befragt, ob sie nach dem Berufswechsel ihre Berufskennnisse aus dem alten Beruf weiterverwenden könnten und weiterhin danach, in welchem Beruf sie sich eine gute Ausnutzung ihrer Qualifikation vorstellen. Für die Berufsgruppe Ackerbauer, Tierzüchter, Gartenbauer ergaben sich folgende Schwerpunkte: Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe (57 %), Gaststättenberufe (56 %), Ingenieur, Techniker und verwandte Berufe (55 %), Nahrungs- und Genussmittelhersteller (51 %), Bauberufe (49 %) und ungelernete Hilfskräfte (46 %). Auffällig für diese Berufsgruppe ist, daß der höchste Identifikationsgrad mit 57 % der niedrigste von allen Berufsgruppen ist, woran sich auch der hohe Grad von Identifikation mit dem alten, landwirtschaftlichen Beruf ablesen läßt. Vgl. Hofbauer/König, Berufswechsel . . . , a.a.O., S. 58 f.

22) Vgl. Karr/König, Saisonale und konjunkturelle Einflüsse auf die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufsgruppen, in: MAB Nr. 3/72, S. 258 ff., hier S. 264, 268. Desgleichen Karr, Strukturanalyse der Arbeitslosen nach Berufsgruppen, in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1,1, Erlangen 1968, S. 211 ff., hier S. 217.

23) Vgl. Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik, a.a.O., S. 72, 80 und 82.

Generell lassen sich für die ländliche Arbeitslosigkeit bzw. Arbeitsplatzunsicherheit folgende Schlußfolgerungen ziehen:

- a) Die Freisetzung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft geschieht langfristig und weitgehend konjunkturunabhängig.
- b) Die Arbeitslosigkeit in den Landwirtschaftsberufen tritt als solche aus verschiedenen Gründen kaum in Erscheinung. Erstens verspricht eine Registrierung als Arbeitsloser auch langfristig kaum die Vermittlung einer neuen Beschäftigung in diesem Bereich. Der Schritt zum Zweitberuf bzw. zur Aufgabe der Landwirtschaft wird von den Betroffenen selbst vollzogen. Zweitens erscheinen arbeitslose „Arbeiterbauern“ dann als arbeitslose Hilfsarbeiter, d. h. die Freisetzung in der Landwirtschaft tritt verdeckt in den hohen Arbeitslosenzahlen der gewerblichen Hilfsarbeiter wieder hervor. Drittens existiert für Bauern aus Neben- und Zuerwerbsetrieben bei Arbeitslosigkeit im Gewerbe immer noch die Rückzugsmöglichkeit auf die – geringen – landwirtschaftlichen Einkommensquellen. Der Übergang zwischen Voll-, Teilerwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit ist in beiden Richtungen fließend.
- c) Der Eingliederung der Arbeiterbauern in den betrieblichen Gesamtarbeiter und die kollektive Interessenvertretung stehen mehrere Faktoren entgegen. Da sie meistens zwischen gewerblichem Arbeitsplatz und ländlichem Wohnort pendeln, sind sowohl die Kontakte zu den Arbeitskollegen als auch zur Wohnumgebung gering. Die dafür zur Verfügung stehende Zeit ist sowieso durch die Doppelarbeit und die meist langen Fahrzeiten sehr eingeschränkt.

Hinzu kommt die relativ stabile Verhaltensorientierung an der früheren Selbständigen-Existenz, die zu den Bedingungen der neuen Lohnarbeiter-Existenz kontrastiert. So sind bei schon unterdurchschnittlichem gewerkschaftlichen Organisationsgrad 30 % aller Arbeiterbauern im Deutschen Bauernverband organisiert und nur 21 % in einer DGB-Gewerkschaft. (24) Wirkt so der Verlust der selbständigen landwirtschaftlichen Existenz der Integration in die Industriearbeiterschaft entgegen, so wirkt die relative Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen in die gleiche Richtung. Denn der Wechsel zur Industriearbeit wird von den Arbeiterbauern in Hinsicht auf regelmäßige und kürzere Arbeitszeit, regelmäßige und relativ hohen Entlohnung, feste Urlaubszeiten und feste Berentung positiv wahrgenommen.

(B) Kohlebergbau

Der langfristige Rückgang der Erwerbstätigkeit im Bergbau ist durch die Aufteilung des Energieverbrauches auf die verschiedenen Energieträger bestimmt. Der Anteil der Kohleförderung verringerte sich kontinuierlich zugunsten der Energieträger Mineralöl, Kernenergie und Erdgas (von 1950 = 72 % auf 1968 = 33 %). Mit der

24) Vgl. Baumgartner, a.a.O., S. 91 f. und 99.

sogenannten Ölkrise ist eine vorläufige Unterbrechung des Substitutionsprozesses eingetreten, da einmal zeitweise Lieferschwierigkeiten aufgrund der Mengenkontingentierung der ölfördernden Länder bestanden, zum anderen der hohe Anstieg des Marktpreises des Erdöls die Kostenvorteile gegenüber der teuren Kohleförderung verringert bis aufgehoben hat. Drittens spielte noch das Kalkül nationaler Selbstversorgung mit Energie eine Rolle, das sich mit den Bestandserhaltungs-Forderungen der IGBE und auch der von Stilllegungen bedrohten Belegschaften traf.

Im Bergbau besteht – ähnlich wie in den landwirtschaftlichen Berufen – eine für Außenberufe typische, hohe saisonale Abhängigkeit der Arbeitslosigkeit. Sie scheint sich aber in letzter Zeit aufgrund der Verringerung der Erwerbsquote, der Förderung des Winterbaus und die Einführung des Schlechtwettergeldes abgeschwächt zu haben.

Die konjunkturelle Entwicklung der Arbeitslosenquoten in Bergbauberufen (Bergleute, Mineralgewinner und -aufbereiter) liegt in stabilen Phasen unter dem Durchschnitt und steigt in Krisenphasen – im Vergleich zu den Industrieberufsgruppen – relativ gering über den Durchschnitt. (25) Die höhere Konjunkturreakibilität gegenüber den Berufen der Land- und Forstwirtschaft liegt an der direkteren und intensiveren Verknüpfung mit dem verarbeitenden Gewerbe.

Die Berufsvorstellungen freigesetzter Bergleute – möglichst bei Aufrechterhaltung ihrer Qualifikation – sind: Ingenieure, Techniker und verwandte Berufe (90 %!), Bauberufe (54 %), ungelernete Hilfskräfte (53 %!), Steinbearbeiter, Keramiker und Glasmacher (52 %), Schmiede, Schlosser und Mechaniker (46 %) und Verkehrsberufe (46 %). (26)

Die Strukturkrise des Steinkohlebergbaus setzte 1958 ein, die Überproduktion führte zu zahlreichen *Stilllegungen, Zusammenschlüssen zu Großanlagen und verstärkter Mechanisierung* des Abbaus. Zwischen 1957 und 1974 verringerte sich durch die Stilllegung von 95 Schachtanlagen, 162 Kleinzechen, Kokereien und Brikettfabriken die Zahl der Beschäftigten um 160 000. Insgesamt nahm die Zahl der im Steinkohlebergbau Beschäftigten von 607 350 auf 204 917 ab (ca. 67 %). Gleichzeitig nahm der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte von 1,78 % (1959) auf 14,4 % (1974) zu. Auch die Zahl der Auszubildenden (außer den Knappen) stieg leicht an, was beides darauf hindeutet, daß die schlechte Konkurrenzsituation des Steinkohlebergbaus zum Teil über Verringerung der Lohnkosten und Arbeitsintensivierung zu kompensieren versucht wird. Immerhin sank die Förderleistung über den betrachteten Zeitraum um nur 35 %. (27)

Hauptzonen der Kohleförderung befinden sich mit dem Saar- und Ruhrgebiet in wirtschaftlichen Zonen, die stark von Strukturveränderungen betroffen sind. Für das Ruhrgebiet bedeutet dies

„1. Chronischer Arbeitsplatzschwund aufgrund von Strukturveränderungen und

25) Vgl. Karr/König, Saisonale und konjunkturelle Einflüsse . . . , a.a.O., S. 264, 268.

26) Vgl. Hofbauer/König, Berufswechsel . . . , a.a.O., S. 58 f.

27) Alle Zahlen nach: IGBE, Entwicklung im Steinkohlenbergbau der Bundesrepublik, Bochum, 7.3.1975.

Verlagerungen von Industrien,

2. größere Krisenanfälligkeit der Ruhrindustrie aufgrund chronischer Struktur-
schwäche,
3. ‚Rationalisierungsmaßnahmen‘.“ (28)

Die notwendigen Rationalisierungsprozesse gehen einher mit Zentralisations- und Konzentrationsbewegungen der Kapitale und einem umfassenden Beschäftigungsabbau. Diese Tendenz läßt sich eingehend mit den Arbeitslosenquoten im Ruhrgebiet belegen: „Die Arbeitslosigkeit stieg im Zeitraum von Januar 1971 bis Januar 1972 um 92,8 % (BRD = 31,2 %) auf über 32 000 (375 T.) Personen. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der ausländischen Beschäftigten um 9,3 % (8,4 %); das sind gut 11 000 (165 T.) Ausländer mehr, so daß das Gesamtniveau der ausländischen Beschäftigten im Ruhrgebiet im Januar 1972 auf über 132 000 (2,13 Mio.) anstieg.

Von Januar 1972 bis Januar 1973 konnte die Arbeitslosigkeit im Bundesdurchschnitt um – 5,1 % gedrosselt werden; dagegen stieg sie in NRW weiterhin leicht an (um 2,9 %).“ (29)

Die hohe Arbeitslosenquote in dieser Phase stand in direktem Zusammenhang mit immensen Rationalisierungsinvestitionen, die 1969/70 vorgenommen worden waren und zwei Jahre später in Form von Frühverrentung, Berufswechsel und langandauernder Arbeitslosigkeit durchschlug. Die hohe Abwanderungsquote sowie die ansteigenden Ausländerzahlen im Ruhrgebiet weisen darauf hin, daß die Mehrzahl der traditionell im Bergbau Beschäftigten ihr Einkommensniveau, ihren Beruf und auch ihren Wohnort nicht erhalten konnten. Detailliertere Untersuchungen über die Struktur der Belegschaften, den Verlauf des Produktionsabbaus, der Rationalisierungs-, Konzentration- und Zentralisationsprozesse im Einzelnen sowie die Reaktionen der Belegschaften und ihrer betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertreter liegen kaum vor, sodaß die Bedingungen des Widerstandes gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit nur schwer analysiert werden können. An einer Fallstudie über eine Zechenstillegung in Oberhausen im März 1968 (30) lassen sich einige Auswirkungen ablesen: 35 % der Entlassenen konnten kurzfristig keine neue Stelle finden und waren bis zu einem Jahr arbeitslos, maßgeblich ältere und ungelernete Arbeiter. Nur 34 % fanden eine Beschäftigung wieder im alten Beruf, 18 % nahmen an einer Umschulung teil. Viele wechselten mehrmals den Betrieb, um

- 28) Jablonowski/Offermanns, Teilkrisen ohne Ende – Eine Untersuchung über den industriellen Strukturwandel im Ruhrgebiet, Gaiganz 1975, S. 120.
- 29) Ebenda.
- 30) Karl Bernhard Hillen, Arbeitnehmer nach einem Arbeitsplatzverlust, Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen Nr. 2183, Opladen 1971. Die Belegschaft betrug zum Zeitpunkt der Stillegung 2 716 männliche Beschäftigte. Davon hatten 60 % keine Berufsausbildung, die Mehrzahl waren angelernte Arbeiter, der Angestelltenanteil betrug 15 %. 70 % der Belegschaft waren zwischen 30 und 50 Jahren, 44 % der Belegschaft waren zwischen 16–25 Jahren im Betrieb, 8 % erst seit 1967. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad betrug 64 %.

wieder auf ein akzeptables Einkommensniveau zu kommen – dennoch erlitten 43 % einen Einkommensverlust und 33 % eine Verschlechterung ihrer Aufstiegschancen; bei vielen verlängerte sich der Weg zur Arbeit. „Die ungelerten Arbeiter waren überdurchschnittlich oft in der Stahlindustrie, im Baugewerbe und auch in der Maschinenbauindustrie tätig geworden. Auch die angelernten Arbeiter arbeiteten öfter als der Durchschnitt bei der Eisen- und Stahlindustrie. Facharbeiter dagegen waren besonders oft im Bergbau geblieben oder zur Bauindustrie gekommen.“ (31) Die Auswirkungen der Entlassung/Arbeitslosigkeit auf die Betroffenen ist in dem Punkt interessant, wo der gesellschaftliche Hintergrund der Strukturkrise befragt wird. Die Zerstörung des Bildes vom „systemtragenden Unternehmen“ zeigt sich darin, daß nur 6 % der Meinung waren, daß die Unternehmensführung alles Mögliche getan hätte. Die Schuld an der Stilllegung wurde von 26 % den Auslandsimporten, von 25 % der Regierung, von 20 % dem Auslandskapital, von 11 % den ausländischen Arbeitern angelastet. Immerhin meinten 29 %, daß „ein starker Mann in Bonn“ die Stilllegung verhindert hätte. (32)

Landwirtschaft und Bergbau bildeten in den fünfziger und sechziger Jahren die großen Wirtschaftsbereiche, in denen ein umfangreicher Beschäftigungsabbau stattfand. Im Bergbau führte die hohe Zahl von Massenentlassungen und die verbreitete Erfahrung von Umsetzungen, Berufswechseln und Arbeitslosigkeit über einen langen Zeitraum – der letzte große Protest fand 1968 gegen die Schließung der Schachanlage „Hansa“ in Dortmund-Huckarde statt – zu Widerstandsaktionen der betroffenen Belegschaften. (33) Die Stilllegungen im Bergbau sind, gemessen an dem Erfahrungsmangel und der Verdrängung der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Akkumulation durch die deutsche Arbeiterklasse, *einer der wenigen Erfahrungsbereiche mit dem Widerstand gegen Massenentlassungen und Massenarbeitslosigkeit*. Für die derzeitige Krise scheinen diese Erfahrungen aber keine Rolle zu spielen, einmal, da die Krise in anderen Wirtschaftsbereichen mit stark abweichenden Arbeitsformen und Produktionsstrukturen durchschlägt, zum anderen, da die Bestimmungsgründe für den Widerstand der Bergleute und ihr darin zum Ausdruck kommendes Bewußtsein ganz spezifische, durch die kapitalistische Entwicklung weitgehend zerstörte sind wie:

- die lange Tradition des Bergbaus in der Geschichte der Arbeiterbewegung, die Berufskontinuität durch die Familiengenerationen, die feste regionale Ansässigkeit und die Zentralisierung des Bergbaus auf einige regionale Schwerpunkte;
- die Geschlossenheit der Belegschaften, ihre lange Zusammenarbeit, ihre gemeinsam extremen Arbeitsbedingungen, ein hohes traditionelles Selbstbewußtsein aufgrund der volkswirtschaftlichen Bedeutung ihres Berufs, des körperlichen Leistungsbewußtseins und der traditionellen Hochentlohnung gegenüber anderen

31) Ebenda, S. 52 f.

32) Ebenda, S. 38 ff. Deutlich wird hier, wie sehr die Folgen einer Krise noch in Kategorien interpretiert werden, die Ausdruck der Konkurrenz der Arbeiter untereinander sind.

33) Vgl. z. B. Kurt Steinhaus, Streiks in der Bundesrepublik 1966–1974, Frankfurt 1975, S. 29.

Branchen. Hinzu kommt die enge private Verbindung über gemeinsame Wohnbezirke und ein ausgeprägtes, fast ständisches Vereinsleben;

- die starke Bindung an den einzelnen Betrieb. Früher wurde das gesamte Arbeitsleben in einer Grube gearbeitet. Zusätzliche Bindungen bestehen durch Betriebswohnungen und kostenlose betriebliche Warenlieferungen (z. B. Kohlerationen);
- die subjektive und objektive Besonderheit ihres Berufes gegenüber anderen Berufen, die sowohl einen Berufswechsel wie einen Wohnortwechsel erschweren.
- Die wirtschaftliche Monostruktur in den regionalen Schwerpunkten des Bergbaus erhöht die Gefahr der langfristigen Arbeitslosigkeit für den Fall der Entlassung. Für die Mehrheit der Bergleute bedeutet die Entlassung den Verlust ihrer Fachkenntnisse und Berufserfahrungen, Einkommenseinbußen und Umzug oder erhebliche Verlängerung des Weges zum Arbeitsplatz, d. h. berufliche und private Desintegration.
- Die Bereinigung der Wachstums- und Strukturkrise des Bergbaus wurde von einer Reihe staatlicher Stützungsmaßnahmen begleitet (z. B. das Gesetz zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlebergbaus und der deutschen Steinkohlebergbaugebiete von 1968). Das führte dazu, daß einmal die Schärfe der Konflikte durch soziale Sicherungsmaßnahmen gemildert wurde (Anpassungsbhilfen, Abfindungsgeld), daß sich andererseits die Forderungen der Belegschaften hauptsächlich an den Staat richteten.

Ähnliche Protestaktionen werden daher in der derzeitigen Krise nur dann stattfinden, wenn ähnliche wie die beschriebenen Bedingungen vorliegen (das wäre z. B. an der Betriebsbesetzung/Streik in Erwitte zu überprüfen).

3.2 Entwicklung von Umfang und Struktur der Arbeitslosigkeit seit 1966

3.2.1 Die Krise 66/67:

Die Krise 1966/67 beendete abrupt die langanhaltende Phase sinkender bzw. auf niedrigem Niveau stagnierender Arbeitslosenquoten. Entgegen der landläufigen Meinung, die Krise sei eine „nur“ zyklische Krise gewesen, deren besondere Schärfe aus der einander entgegengesetzten Politik von Bundesregierung und Bundesbank zu erklären sei, zeigte die Krise 1966/67 u.E. das Ende der ungebrochenen Wachstumsphase des westdeutschen Kapitalismus in der Nachkriegszeit an: Dies wird nicht nur in den kontinuierlich fallenden Wachstumsraten (im zyklischen Durchschnitt) seit 1955 sichtbar; auch die Tatsache, daß nicht nur der Bergbau, sondern auch die Bauindustrie ihre erste scharfe Krise durchmacht, ist ein Indiz dafür. Die Strukturkrise in der Bauindustrie (der Sachverständigenrat sieht 1966/67 nur den Bergbau in einer Strukturkrise) erklärt sich nämlich nicht nur aus dem zyklischen Abschwung, in dem stets eher Rationalisierungsinvestitionen als Erweiterungsinvestitionen getätigt werden, sondern auch aus den veränderten Akkumulationsbedingungen des Kapitals: Der Übergang von der bloßen Erweiterung der Produktionskapazitäten zur

Strukturkrisen → Rationalisierungsmaßnahmen
→ z.B. konflikt

technologischen Umwälzung der Produktion (erhöhte organische Zusammensetzung des Kapitals) ließ zunächst Erweiterungsinvestitionen in den Hintergrund treten, während der Wohnungsmarkt eine erste Sättigung aufwies.

Für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in der Krise 66/67 ist weiterhin von großer Bedeutung, daß die stark exportorientierten „Wachstumsbranchen“ der Abteilung I sich den Wirkungen der Krise durch die ungebrochenen Realisierungsmöglichkeiten von Warenkapital im Ausland entziehen konnten; für alle Branchen in den beiden Abteilungen der Produktion allerdings gilt, daß die Krise Anlaß gab zu forcierten *Rationalisierungsmaßnahmen* in den Betrieben!

Die „Strukturkrisen“ im Bergbau und in der Bauindustrie und die forcierten Bemühungen, über *Rationalisierungen* in den Betrieben und über *Konzentrations- und Zentralisationsprozesse* die Profitraten wieder zu heben, sind es denn auch, die sich in der Arbeitslosenstatistik widerspiegeln:

TABELLE XII: Arbeitslosenquoten (Anteil der Arbeitslosen an den abhängig Erwerbstätigen) im April 1967

Durchschnitt	2,5 %
Männer	2,8 %
Frauen	1,9 %
unter 25 Jahren	2,0 %
25 – 35	2,2 %
35 – 55	2,1 %
55 – 65	4,6 %
65 und älter	9,8 %
Arbeiter	3,6 %
Angestellte	0,8 %

Quelle: Stern/ifs-München, Arbeitslosigkeit 1967, Hamburg 1967

Bei der Kombination dieser Merkmale ergaben sich Schwerpunkte von Arbeitslosigkeit bei:

- Arbeitern über 55 Jahren (6,2 %) und über 65 Jahren (17,5 %)
- weiblichen Arbeitern in der Gruppe 55–65 Jahre mit 3,8 %
- männliche Angestellten bis 24 (1,8 %) und über 65 (6,9 %)
- weibliche Angestellten über 55 (1,8 %)

Die durchschnittlich niedrige Arbeitslosenquote bei den Frauen beruhte vor allem darauf, daß der Anteil der Angestellten an den weiblichen Erwerbstätigen besonders hoch ist, während der Anteil der Angestellten an den Arbeitslosen sehr gering ist. Bei den männlichen Erwerbstätigen stellten die Arbeiter über 55 mit 22 %, die Arbeiter über 65 mit 7 % und die Angestellten über 65 mit 2 % fast ein Drittel aller Arbeitslosen.

Daraus ist schon ersichtlich, daß den *Rationalisierungsmaßnahmen* in den Betrieben besonders *ältere Frauen und Männer* zum Opfer fielen. Daneben werden die Wirkungen der Strukturkrisen im Bergbau und in der Bauindustrie deutlich, wenn wir uns die *Verteilung der Arbeitslosen auf Branchen und Berufe* ansehen:

Eindeutig am stärksten beteiligt sind das Bauhauptgewerbe (A-Index: 3,13; A-Quote: 7,6–8,0) und Baunebengewerbe (1,82; 4,4–4,8). Das verarbeitende

*Starke punktförmige Verteilung über
alle Berufe - Branchen, Regionen, Ge-
schlecht*

Gewerbe (Elektrotechnik, Metallherstellung und -verarbeitung, Textil, Bekleidung) liegt um 1,0 (d. h. Durchschnitt), Handel und Dienstleistungen um 0,5, Banken 0,30 und Verkehr und Nachrichten bei 0,28. Zudem ging im Baugewerbe die Ausländerquote von September 1966 = 11,9 % auf 8,3 % im September 1967 zurück.

TABELLE XIII: Arbeitslose nach Berufsgruppen

Berufsgruppe	A.-Quote	A.-Zahl
Steinbearbeiter, Keramiker, Glas	8,67 %	7 619
Ungelernte Hilfskräfte	7,90 %	110 743
Kunststoffverarbeiter	7,10 %	2 457
Bauberufe	5,65 %	54 872
Bergleute, Mineralgewinner, -verarbeiter	5,06 %	6 797
Metallerzeuger und -bearbeiter	4,20 %	44 127
Papierhersteller und -verarbeiter	3,69 %	3 732
Lederhersteller und -verarbeiter	3,50 %	6 524
Dienst- und Wachberufe	3,45 %	6 668
Textilhersteller und -verarbeiter	3,15 %	24 920
Warennachseher, Versand, Lager	2,45 %	13 519
Maschinisten	2,36 %	7 747
Chemiewerker	2,24 %	5 631
Elektriker	2,10 %	14 947
Holzverarbeiter	2,06 %	8 649
Verkehrsberufe	1,93 %	24 912
Nahrungs- und Genussmittelhersteller	1,83 %	13 156
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	1,82 %	37 416

Quelle: Karr/König, Saisonale . . . , a.a.O., S. 271

Die Besonderheiten der ökonomischen Entwicklung spiegeln sich dabei auch in der regionalen Verteilung der Arbeitslosigkeit wieder: Die Ballungszentren wurden als Verwaltungszentren und als Standorte besonders wachstumsstarker und exportorientierter Unternehmen am wenigsten von der Arbeitslosigkeit betroffen, während sogenannte strukturechwache Gebiete wie (1966/67!) das Ruhrgebiet, die Zonenrandgebiete und die Saar am stärksten betroffen waren. Allerdings wurden in den Ballungsgebieten die älteren Arbeiter überproportional arbeitslos – ein Indiz für die Wirkungen der Rationalisierungsmaßnahmen auch in wachstumsstarken Unternehmen, die die Krise gern zum Anlaß nehmen, „überflüssige“ Arbeitskräfte zu entlassen.

Die „Stern“-Untersuchung kommt (34) denn auch zusammenfassend zu dem Ergebnis, daß Problemgruppen innerhalb der Arbeitslosen während der Krise 1966/67 waren:

1. Die älteren männlichen Arbeitslosen in Ballungszentren, die insgesamt ein recht hohes Qualifikationsniveau aufweisen und vielfach aus Großbetrieben entlassen wurden, in denen sie viele Jahre tätig waren. Längerdauernde Arbeitslosigkeit.
2. Die ungelernten männlichen und weiblichen Arbeiter in den industriell schwach entwickelten Gebieten außerhalb der industriellen Ballungszentren, die in den

34) Stern/IFS-München, Arbeitslosigkeit 1967, Hamburg 1967.

vergangenen Jahren auf auswärtigen Baustellen oder Zweigbetrieben großer Firmen Beschäftigung gefunden hatten, die jedoch nicht damit rechnen können, bei einer erneuten Konjunkturbelebung wiederum die gleichen Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhalten.

3.2.2 Die Veränderung der Struktur der Arbeitslosigkeit mit dem Wiederaufschwung 1967/68:

Eine detaillierte Darstellung des unterschiedlichen Abbaus der Arbeitslosigkeit bei den verschiedenen Berufs- und sozialen Gruppen mit wirtschaftlichem Aufschwung ermöglicht eine Differenzierung nach den Gruppen, die langfristig/strukturell stärker von Arbeitslosigkeit bedroht sind und denen, die allein stärker auf die konjunkturelle Situation reagieren. (35)

a) nach Altersgruppen

Während in der Krise der Anteil der männlichen Arbeitslosen zwischen 25 und 45 Jahren stark zunahm, hätte erwartet werden müssen, daß dieser mit dem Aufschwung wieder relativ stark zurückging. Dies war nicht der Fall, vielmehr verminderte sich der Anteil der über 65 Jährigen und der unter 25 Jährigen, die mittleren Altersgruppen nahmen weiterhin leicht zu und die Gruppe 60-65 Jahre sehr stark. Das deutet darauf hin, daß sich über die Krise hinaus die Beschäftigungssituation der über 60 Jährigen noch weiter verschärft hat (bei über 65 Jährigen wird das Finanzänderungsgesetz 1967 eine Rolle gespielt haben, nach dem ein Rentenanspruch gegen die Arbeitslosenversicherung aufgerechnet wird) sowie daß sich auch bei den mittleren Jahrgängen eine stärkere strukturelle Arbeitsplatzgefährdung (als Arbeitsplatzverlust und Dauer der Arbeitslosigkeit) entwickelt.

Im Gegensatz dazu lag der Schwerpunkt der Arbeitslosigkeit bei den Frauen über dem gesamten Zyklus mit ca. 40 % bei der Gruppe 25-45 Jahre.

b) Dieser Strukturwandel läßt sich auch in der Veränderung der Dauer der Arbeitslosigkeit ablesen: während die kurzfristige Arbeitslosigkeit, insbesondere unter 1 Monat, abnahm, nahm die langfristige Arbeitslosigkeit zu. Bei den Männern ist das Ansteigen des Anteils der über 1 Jahr Arbeitslosen von 5 % im September 1967 auf 19 % im April 1968 ein deutlicher Beleg. Diese Entwicklung ist bei den Frauen nicht so ausgeprägt.

Die Dauerarbeitslosigkeit konzentriert sich dabei mit einem Anteil von ca. 50 % auf die über 60 Jährigen, männlichen Arbeitslosen, von denen ca. 50 % tatsächliche oder potentielle Rentenbezieher waren. Die 35-60 Jährigen stellten nochmals ca. 41 % der über 6 Monate Arbeitslosen. Bei den Frauen lag der Schwerpunkt der längerfristigen Arbeitslosigkeit - bei einer geringeren Konzentration - in unteren Altersgruppen (25-55 Jahre).

35) Im folgenden nach: Hofbauer/Schuster/Dadzio, Die Arbeitssuchenden in der Bundesrepublik Deutschland im Frühjahr 1968, in: MAB, 1968, S. 150 ff.

c) Die Konzentration der Arbeitslosigkeit auf die unteren Qualifikationsgruppen verstärkt sich im Aufschwung sowohl bei den männlichen Arbeitern wie auch Angestellten:

Während ca. 13 % der männlichen Arbeiter in die Leistungsgruppe 3 gehörten, stellten sie 42 % der Arbeitslosen und waren zu 50 % länger als ein Jahr arbeitslos. Bei den männlichen Angestellten gehörten ca. 22 % zu den untersten Leistungsgruppen IV und V, die 42 % der Arbeitslosen stellen und 39 % der über 1 Jahr arbeitslosen Angestellten. Bei den Angestellten war die Dauerarbeitslosigkeit stärker auch auf die oberen LG's verteilt. Bei den Frauen war zwar generell der Anteil der gering qualifizierten Arbeiter und Angestellten größer, die entsprechenden Arbeitslosenquoten dieser Gruppen aber nicht so überproportional wie bei den Männern.

d) Arbeitslosigkeit bedeutet auf der anderen Seite die Unmöglichkeit, zumindest kurzfristig selbst eine neue Stelle zu finden bzw. vom Arbeitsamt vermittelt zu werden. In der schlechten Vermittlungsfähigkeit schlagen verschiedene Faktoren durch:

- die konjunkturelle und strukturelle Schrumpfung von Wirtschaftsbereichen, auf die die potentielle Beschäftigung der Arbeitslosen konzentriert ist. So waren im April 1968 ca. 40 % der männlichen und 20 % der weiblichen Arbeitslosen aus Mangel an Stellenangeboten nicht vermittlungsfähig. Ein Teil dieser Arbeitslosigkeit könnte von den Arbeitslosen aus durch einen Umzug bzw. Pendlerarbeit aufgehoben werden. Die Bereitschaft dazu betrug durchschnittlich aber nur 14 %, mehr bei den Männern und bei den Angestellten. Eine deutliche Altersgrenze lag bei 55 Jahren.
- die veränderte Struktur des Arbeitsmarktes bezieht sich aber nicht nur auf Tätigkeitsinhalte, sondern auch auf die Leistungsanforderungen. Dabei spielten die gesundheitlichen Einschränkungen (männl. Arb. 50 %, männl. Ang. 22 %, weibl. Arb. 31 %, weibl. Ang. 16 %) insbesondere aufgrund körperlicher Überbelastung eine größere Rolle als der durchschnittliche Leistungsabbau mit zunehmendem Alter (männl. Arb. 35 %, männl. Ang. 56 %, weibl. Arb. 20 %, weibl. Ang. 22 %).

Die bestehende Sonderstellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich in dem hohen Prozentsatz der Frauen, die ihre Arbeitsfähigkeit aufgrund familiärer Aufgaben einschränkten (35 %). Dementsprechend suchten 29 % der arbeitslosen Frauen eine Teilzeitstelle und waren damit überproportional repräsentiert (1966: 13,4 % aller weiblichen, abhängig Erwerbstätigen).

e) Das verstärkte Einsetzen des Krisenmechanismus wirkt sich als Einschränkung der Möglichkeit der Wahl des Arbeitsplatzes und des freiwilligen Arbeitsplatzwechsels (der dann auch mit punktuellen Verbesserungen verbunden sein wird) aus. Ein Indikator dafür ist der hohe Prozentsatz von Kündigungen durch den Unternehmer (männl. Arb. 83 %, männl. Ang. 73 %, weibl. Arb. 67 %, weibl. Ang. 53 %). Besonders schwerwiegend wirkt sich dies für sehr lange im Unternehmen Beschäftigte aus (über 20 Jahre), deren Anteil bei Arbeitern und insbesondere Angestellten sehr hoch lag. Die Dauer der Betriebszugehörigkeit

kann also nur noch in geringem Maße als Garant von Arbeitsplatzsicherheit angesehen werden.

Bei den Kündigungsgründen von Unternehmenseite fallen folgende Schwerpunkte auf:

Bei den männlichen Arbeitern überwogen bei den älteren Jahrgängen Betriebsstillegungen und Rationalisierungen, bei den jüngeren Arbeits- und Auftragsmangel; bei den männlichen Angestellten ist die durchschnittliche Bedeutung von Rationalisierung höher und konzentriert sich gleichfalls auf ältere Jahrgänge, die Bedeutung des Auftragsmangels ist durchschnittlich geringer und nur gering auf jüngere Angestellte konzentriert.

Bei den weiblichen Arbeitern und Angestellten ist die Bedeutung der Rationalisierung geringer und auch stärker auf die unteren Jahrgänge verteilt. Die Begründung des Auftragsmangels findet sich bei ziemlich ausgeglichener Verteilung häufiger bei den mittleren Jahrgängen.

Darüberhinaus fällt auf, daß Nichteignung aufgrund von gesundheitlichen u. a. Gründen den durchschnittlich zweitwichtigsten Kündigungsgrund ausmachte und sich mit ähnlicher Häufigkeit bei allen Altersgruppen findet. Dies bestätigt die Annahme, daß neben der Altersarbeitslosigkeit Einschränkungen der Arbeitsfähigkeit zunehmend schon nach kürzerer Erwerbstätigkeit auftreten, d. h. Arbeitsanforderungen und Arbeitsfähigkeit/Reproduktionszwänge zunehmend auseinanderfallen.

Weiterhin gibt der geringe Anteil der Kündigungen aufgrund mangelnder fachlicher Eignung einen Hinweis darauf, daß die so häufig beschworene Tendenz zur Höherqualifikation, die insbesondere über die älteren Beschäftigten hinweggehe, zumindest als Kündigungsgrund kaum existiert. Er deutet eher auf eine Überqualifikation und die Dominanz der Akkumulationsbewegung und der Entwicklung der organischen Zusammensetzung hin.

2

in der
Beschäftigten
nach
Nahrungs-
bedarf

TABELLE XIV:

Männliche Arbeitslose Ende April 1968 (ohne „Sonstige“ und Ausländer), gegliedert nach dem sozialversicherungsrechtlichen Status, Altersgruppen und dem Grund für die Lösung des letzten Arbeitsverhältnisses (in v. H.)

Grund für die Lösung des letzten Arbeitsverhältnisses	Sozialversicherungsrechtlicher Status / Altersgruppen													Insgesamt	Zahl der Fälle
	Arbeiter						Angestellte						Insgesamt		
	Bis unter 45 Jahre	45 bis unter 55 Jahre	55 bis unter 60 Jahre	60 bis unter 65 Jahre	65 Jahre und älter	Insgesamt	Bis unter 45 Jahre	45 bis unter 55 Jahre	55 bis unter 60 Jahre	60 bis unter 65 Jahre	65 Jahre und älter	Insgesamt			
Saisonschluß	5,5	7,0	4,9	3,4	4,4	5,0	12,9	8,8	8,3	5,1	11,4	9,4	7,3	865	
Betriebsstilllegung	3,1	8,2	15,9	12,1	4,6	8,0	3,9	8,2	15,4	13,1	3,2	8,5	8,3	985	
Betriebsverlagerung	0,5	0,9	0,9	1,4	0,4	0,8	1,1	1,2	0,8	1,8	0,3	1,2	1,0	124	
Rationalisierung	3,6	5,4	18,2	30,1	23,8	14,7	12,2	16,2	28,4	43,0	24,9	25,0	20,1	2 394	
Arbeitsauftragsmangel	45,9	40,1	30,4	29,2	28,7	37,1	18,5	20,7	16,0	15,3	12,4	16,9	26,5	3 165	
fachliche Nichteignung	3,5	1,5	1,5	0,3	—	1,8	6,3	5,9	2,4	1,4	0,3	3,7	2,8	334	
Nichteignung aus gesundheitlichen oder anderen Gründen	22,7	30,5	24,0	20,6	22,6	23,3	15,3	18,7	17,2	14,6	21,2	16,4	19,7	2 344	
sonstige Ursachen	11,6	5,3	3,1	2,2	14,5	7,4	23,7	16,3	9,2	4,8	24,7	15,5	11,6	1 384	
nicht bekannt	3,6	1,1	1,1	0,7	1,0	1,9	6,1	4,0	2,3	0,9	1,6	3,4	2,7	323	
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	11 918	
Zahl der Fälle	2 168	742	737	1 532	496	5 675	2 190	863	720	1 848	622	6 243	11 918		
Hochrechnung	66 000	22 600	22 400	46 600	15 100	172 700	11 100	4 400	3 700	9 300	3 200	31 700	204 400		

Weibliche Arbeitslose Ende April 1968 (ohne „Sonstige“ und Ausländerinnen), gegliedert nach dem sozialversicherungsrechtlichen Status, Altersgruppen und dem Grund für die Lösung des letzten Arbeitsverhältnisses (in v. H.)

Grund für die Lösung des letzten Arbeitsverhältnisses	Sozialversicherungsrechtlicher Status / Altersgruppen													Insgesamt	Zahl der Fälle
	Arbeiterinnen						Angestellte						Insgesamt		
	Bis unter 45 Jahre	45 bis unter 55 Jahre	55 bis unter 60 Jahre	60 bis unter 65 Jahre	65 Jahre und älter	Insgesamt	Bis unter 45 Jahre	45 bis unter 55 Jahre	55 bis unter 60 Jahre	60 bis unter 65 Jahre	65 Jahre und älter	Insgesamt			
Saisonschluß	7,7	11,7	12,8	12,4	12,4	9,8	10,6	14,1	15,2	18,9	24,8	12,6	11,3	1 319	
Betriebsstilllegung	4,6	7,3	7,5	8,2	5,8	6,0	3,8	6,6	7,0	8,7	4,6	4,9	5,4	635	
Betriebsverlagerung	1,3	2,3	2,8	0,5	—	1,6	1,2	2,1	2,2	1,1	—	1,4	1,5	174	
Rationalisierung	7,1	8,8	9,7	11,6	7,3	8,3	9,4	18,2	23,5	21,0	14,4	13,2	10,8	1 267	
Arbeitsauftragsmangel	27,0	30,0	27,9	34,4	27,0	28,4	12,4	15,8	13,6	14,5	6,5	13,1	20,5	2 400	
fachliche Nichteignung	3,0	2,3	1,3	0,5	0,7	2,3	3,2	2,8	3,4	1,7	—	3,0	2,7	312	
Nichteignung aus gesundheitlichen oder anderen Gründen	21,0	27,6	28,1	26,2	29,3	24,1	15,2	25,9	24,0	21,2	28,1	18,7	21,3	2 488	
sonstige Ursachen	24,9	8,5	7,7	5,4	15,3	16,9	40,5	13,1	9,1	11,1	20,3	30,2	23,8	2 787	
nicht bekannt	3,4	1,5	2,2	0,8	2,2	2,6	3,7	1,4	2,0	1,8	1,3	2,9	2,7	322	
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	11 704	
Zahl der Fälle	2 964	1 151	763	611	137	5 626	3 879	1 027	558	461	153	6 078	11 704		
Hochrechnung	30 000	11 700	7 700	6 200	1 400	57 000	19 700	5 200	2 800	2 300	800	30 800	87 800		

Quelle: Hofbauer, H. u.a., Materialien zur Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1968, Nr. 5, S. 364 f.

Die Kündigung von älteren Arbeitern und Angestellten scheint sich mehr auf ihre verringerte physische und psychische Leistungsfähigkeit zu beziehen als auf qualifikatorische Mängel aufgrund des technisch-organisatorischen Fortschritts. Ihre mehrheitliche Kündigung bei Rationalisierungen und Freisetzungen ist weniger durch die damit verbunden qualifikatorischen Veränderungen als darin begründet, daß bei solchen Umstellungen arbeitsrechtliche und soziale Gesichtspunkte stärker als bei Auftragsmangel zurücktreten und mit den Umstellungen häufig Intensivierungen (und auch Umqualifizierungen) verbunden sind. Generell zeichnet sich schon in der Krise 1966/67 die zunehmende Bedeutung von Rationalisierungen im Angestelltenbereich ab.

f) Die oben langfristig analysierte Tendenz der Vereinigung bestimmter Berufsfelder und der entsprechenden Notwendigkeit des Berufswechsels läßt sich für die 1966/67er Krise nachweisen. Bei den Arbeitsaufnahmen zwischen Mai und Juli 1968 war der Berufsklassenwechsel besonders häufig bei Metallherstellern und -bearbeitern, Bergleuten, Hilfsarbeitern, Buchhaltern, Bergbautechnikern und Handelsvertretern. Ein Wechsel der Berufsabteilung fand besonders häufig bei Transportwerkern, Bergbauingenieuren, Wächtern, Bergleuten, Hilfsarbeitern, Handelsvertretern und Versicherungskaufleuten statt. (36)

3.2.3 Die Zwischenkrise 1971/72

Die Krise 1971/72 verstärkte in quantitativ nur geringem Ausmaß Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, die sich seit Mitte 1970 abzeichneten: die absolute Verringerung der Zahl der Beschäftigten in der Industrie, die im Oktober 1970 mit 8 685 600 ihren langfristigen Höhepunkt erreicht hatte und die zu einer verstärkten Abwanderung in andere Wirtschaftsbereiche führte:

TABELLE XV: *Prozentuale Zu- bzw. Abnahme der abhängig Beschäftigten in den Wirtschaftsbereichen*

Wirtschaftsbereich	1969	1970	1971	1972
Land- und Forstwirtschaft	- 5,1	- 5,6	- 7,1	- 7,0
Produzierendes Gewerbe	+ 3;8	+ 2,1	- 0,2	- 1,3
Handel und Verkehr	+ 1,4	+ 0,9	+ 2,1	+ 1,3
Dienstleistungen	+ 1,5	+ 3,8	+ 1,8	+ 1,3
insgesamt	+ 2,7	+ 2,3	+ 0,7	- 0,3

Handel und Verkehr weiten sich erstmals seit 1965 wieder beträchtlich aus und der Dienstleistungsbereich bestätigt sich als am kontinuierlichsten und umfassendsten wachsender Wirtschaftsbereich. Der langsame Beschäftigungsabbau im produzierenden

36) Vgl. Hofbauer u. a. Materialien zur Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse aus einer Erhebung im Frühjahr 1968, in: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 5/1968, S. 383.

den Gewerbe zeigt dabei auch noch nicht den Substitutionsprozeß zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern, der in diesem Wirtschaftszweig – neben dem Baugewerbe, wo zwischen 1967 und 1971 320 000 Einheimische abgingen und 250 000 ausländische Arbeiter zusätzlich beschäftigt wurden, was die Ausländerquote auf das Dreifache = 22,4 % erhöhte – am intensivsten wirkt. Im Jahresdurchschnitt 1972 erhöhte sich die Ausländerzahl weiterhin um ca. 150 000 (SVG 72, S. 53).

Das zweite längerfristige Phänomen ist das langfristige Ansteigen der Arbeitslosigkeit seit 1970. Die Krise 1971/72 wirkte sich nicht so sehr in einer sprunghaften Erhöhung der Arbeitslosenziffern aus: so stieg die Arbeitslosenquote im Januar/Februar 1972 auf ein Maximum von 1,7 %, was gegenüber den Vorjahresmonaten aber nur eine Zunahme um 0,4 bedeutete; vielmehr wurde die Rezession durch ein sprunghaftes Ansteigen der Kurzarbeit aufgefangen: die Zahl der Kurzarbeiter stieg von 37 000 im September 1971 sprunghaft auf 411 000 im Dezember 1971 und sank dann wieder relativ schnell ab. (37) Die am stärksten betroffenen Wirtschaftsgruppen waren (Dezember 1971):

TABELLE XVI: Kurzarbeiter nach Wirtschaftszweigen im Dezember 1971

Maschinen-, Stahl- und Fahrzeugbau	211 000
Eisen- und Metallgewinnung	56 000
Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung	37 000
Elektrotechnik	33 000

Quelle: Konjunkturreport 1967–1972, Netz-Verlag, Berlin, 1972, S. 60 ff.

Noch zwei Punkte zur Ausländerbeschäftigung in der Krise: durch Rotation und Saisonarbeit reagiert diese Beschäftigtengruppe intensiv auf Konjunkturschwankungen, was zwischen September 1971 und Januar 1972 zu einem Rückgang um ca. 110 000 ausländischer Arbeiter führte, obwohl ihre Zahl im Jahresdurchschnitt zunahm.

Die Krisensituation beeinflusst durchaus die Verteilung der ausländischen Arbeiter auf die Wirtschaftsgruppen: während zwischen Januar 1971 und Januar 1973 der höchste absolute Anstieg der Ausländerzahlen im Baugewerbe (+ 94 400), verarbeitenden Gewerbe (+ 86 200) und Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung (+ 59 800) stattfand, waren die relativen Zuwächse im tertiären Sektor am ausgeprägtesten: Handel, Geld und Versicherung (+ 47,7 %), private Dienstleistungen (+ 40,1 %) und öffentlicher Dienst (+ 40,1 %). Die stärksten konjunkturellen Verringerungen der Ausländerbeschäftigung betrafen den Straßenfahrzeugbau sowie Maschinen-, Apparat- und Armaturenbau (übereinstimmend mit Höhe der Kurzarbeit). (38)

- 37) Darunter 230 000 Kurzarbeiter aufgrund der Arbeitskräfte in Nordbaden-Nordwürttemberg.
 38) Bundesanstalt für Arbeit, Ausländische Arbeitnehmer 1972/73, Nürnberg, S. 11 ff.

Die ~~Struktur der Arbeitslosen~~ soll für den Dezember 1971 analysiert werden, in dem die Arbeitslosenquote ihren Höhepunkt erreichte, obwohl dabei zwei Einschränkungen zu machen sind: durch den milden Winter verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen in den Außenberufen unterdurchschnittlich und durch die Arbeitskämpfe in der Metallverarbeitung in Nordbaden-Nordwürttemberg entstanden leichte Verschiebungen.

TABELLE XVII:

Die Berufsabschnitte mit der höchsten Zahl an offenen Stellen
Ende Dezember 1971

Berufsabschnitt	in %		
	ins- gesamt	aller offenen Stellen	darunter Frauen
1. Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	53 480	12,2	40 517
2. Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	50 100	11,4	587
3. Bauberufe	32 980	7,5	11
4. Warenkaufleute	26 111	6,0	17 414
5. Textil- und Bekleidungsberufe	22 149	5,1	18 157
6. Reinigungsberufe	20 030	4,6	17 717
7. Elektriker	19 411	4,4	568
8. Ernährungsberufe	18 384	4,2	9 341
9. Gesundheitsdienstberufe	16 666	3,8	14 952
10. Metallherzeuger, -bearbeiter	15 451	3,5	756
11. Hauswirtschaftliche Berufe	13 530	3,1	13 482
12. Verkehrsberufe	12 132	2,8	1 264
13. Montierer und Metall- hilfsarbeiter	11 078	2,5	4 116
14. Tischler, Modellbauer	11 072	2,5	57
Vierzehn Berufsabschnitte zusammen		73,6	

Quelle: Amtliche Nachrichten, Heft 2/1972

Die ~~Berufsstruktur der Arbeitslosen~~ hatte sich danach gegenüber 1967 kaum verschoben. Gleichzeitig kam die hohe ~~Konjunktur~~reagibilität bestimmter Berufsgruppen durch ihren überdurchschnittlichen Zuwachs an Arbeitslosen Dezember 1970/Dezember 1971 ähnlich wie 1967 zum Ausdruck:

- Metall- und Elektrikerberufe + 125 %
- Maschinisten + 108 %
- Chemiarbeiter, Kunststoffverarbeiter + 86 %
- Bau- und Bauausstattungsberufe + 73 %
- Arbeitskräfte mit nicht best. Beruf + 65 %

Die Arbeitslosigkeit traf wieder besonders stark die ~~ungelernten Arbeiter~~ (hier „berufsfachlich ausgerich-

tete Helfer und allgemeine Hilfsarbeiter“) mit einem Anstieg um 100 % von September/Dezember 1971 (Durchschnitt 84 %). Bei berufsfachlicher Kennzeichnung standen Montierer und Metallhilfsarbeiter, Bauberufe, Lager- und Transportarbeiter an der Spitze.

In der regionalen Verteilung der Arbeitslosigkeit lagen wie in der 67er Krise Nordbayern, Niedersachsen-Bremen und Südbayern an der Spitze.

Die Arbeitslosigkeit (39) verschob sich in der Krise weiter zugunsten der Arbeiter gegenüber den Angestellten. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen erhöhte sich von September 1969 = 67,1 %, September 1970 = 67,0 % auf 69,4 % im September 1971. Diese Entwicklung wurde besonders auf dem Teilarbeitsmarkt für Frauen deutlich, wo sich der Anteil der Arbeiterinnen von 55,4 % über 61,2 % auf 65,5 % erhöhte.

In der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit ergab sich bei den männlichen Arbeitslosen ein überdurchschnittlicher Rückgang der langfristigen Arbeitslosigkeit und eine starke Zunahme der kurzfristigen unter 3 Monaten – bei den männlichen Angestellten weniger ausgeprägt. Da der längerfristige Umschwung auf dem Arbeitsmarkt bereits Mitte 1970 eingesetzt hatte und am ehesten gering qualifizierte Frauenarbeiten betroffen hatte, ergab sich insbesondere bei den angestellten Frauen auch ein leichter Anstieg der längerandauernden Arbeitslosigkeit. Der Schwerpunkt der Dauer der Arbeitslosigkeit lag bei ihnen höher als bei den Männern (zwischen 3 Monaten und 1 Jahr).

In der Abschwungphase selbst liegt das Schwergewicht der Zunahme der Arbeitslosigkeit bei den jüngeren und mittleren Jahrgängen.

TABELLE XVIII: Arbeitslosenquoten der Altersgruppen

Jahre	September 1970		September 1971		September 1972	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
unter 25	0,2	0,6	0,4	0,9	0,6	1,1
25 bis unter 35	0,2	0,7	0,3	1,1	0,5	1,3
35 bis unter 45	0,2	0,6	0,3	1,1	0,4	1,2
45 bis unter 55	0,3	0,6	0,4	1,0	0,6	1,2
55 bis unter 65	1,1	0,9	1,4	1,3	–	–
65 und älter	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1

Damit lag die Arbeitslosigkeit bei den älteren Jahrgängen immer noch außerordentlich hoch, der Anteil der 20–45jährigen stieg aber von 34,5 % auf 40,6 %, während der der 60–65jährigen von 16,4 % auf 12,4 % zurückging. Dies galt in ähnlichem Maß für männliche und weibliche Arbeiter und Angestellte.

Die eindeutige Korrelation zwischen Alter und Dauer der Arbeitslosigkeit blieb erhalten; der Rückgang von alten, dauerarbeitslosen Männern ist auf vorgezogenes Altersruhegeld etc. zurückzuführen.

39) Vgl. Die Arbeitslosen Ende September 1971 nach Altersgruppen, nach der Dauer der Arbeitslosigkeit und nach anderen Merkmalen, in: ANBA 1/1972, S. 100 ff.

3.2.4 Das „Zwischenhoch“ 1972/73:

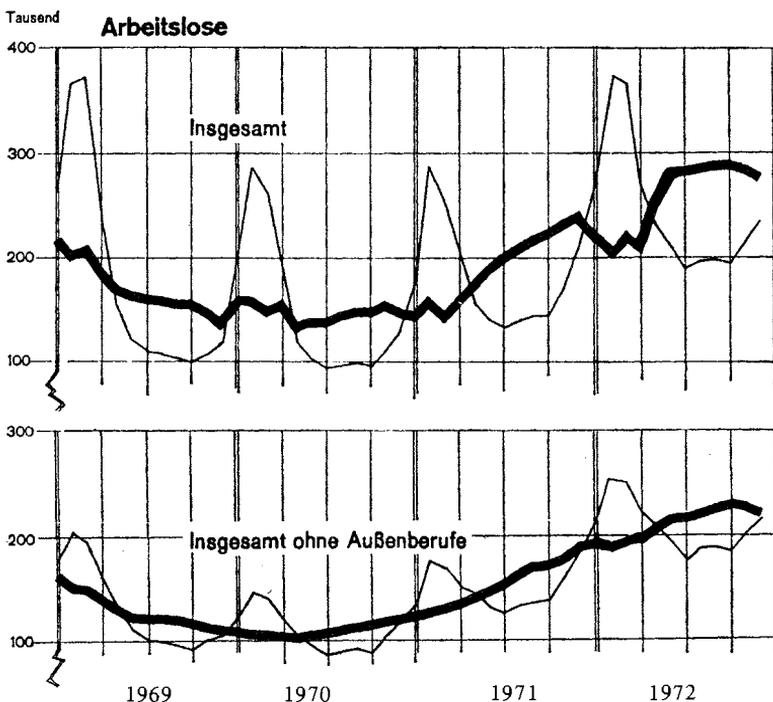
Die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt für diese Phase sollen nur kurz beschrieben werden, um auf einige langfristige Entwicklungen aufmerksam zu machen:

- a) Die konjunkturelle Erholung machte sich auf dem Arbeitsmarkt zwar als fast vollständiger Rückgang der Kurzarbeit bemerkbar, *aber nicht in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit*; sie lag für September 1971/72 um nochmals 30 % höher:

TABELLE XIX:

Zur Entwicklung der Lage auf dem Arbeitsmarkt

— Ursprungswert — Saisonbereinigte Zahlen



Quelle: Amtliche Nachrichten, Heft 1/1973, S. 9

- b) Der Abschwung 1971/72 wirkte sich mit einer zeitlichen Verschiebung im tertiären Sektor und in den Angestelltenberufen aus und verstärkte eine generellere Tendenz zu erhöhter Arbeitsplatzunsicherheit in diesen Bereichen. So waren im Dezember 1972 die Berufsgruppen mit der höchsten Zunahme an

Arbeitslosen:

- Techniker + 73 %
- Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathem. + 55 %
- Sozial- und Erziehungsberufe + 50 %
- Gesundheitsberufe + 45 %
- Organisations-, Verwaltungs- und Bürob. + 40 %

Im Gegensatz dazu nahm die Arbeitslosigkeit in den am stärksten von der Krise betroffenen Bau-, Metall- und Elektrikerberufen um 21 bzw. 13 % ab. Diese Umstrukturierung zeigte sich auch daran, daß sich Anteil der Angestellten bei den Männern geringfügig von 26,5 % auf 27,7 % und bei den Frauen beachtlich von 34,5 % auf 40,2 % erhöhte.

Die Arbeitslosigkeit dehnt sich langfristig auch auf höher qualifizierte Tätigkeiten und bisher völlig arbeitsplatzsichere Beschäftigungsbereiche aus.

Dies veränderte allerdings die Gesamtverteilung der Arbeitslosen auf die Berufsgruppen bisher nur geringfügig:

TABELLE XX:

Die Berufsabschnitte mit der höchsten Zahl an Arbeitslosen
Ende Dezember 1972

Berufsabschnitt	In %		
	ins- gesamt	aller Arbeits- losen	darunter Frauen
1. Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	31 873	11,4	20 648
2. Bauberufe	20 145	7,2	13
3. Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	19 895	7,1	6 480
4. Lagerverwalter, Lager- und Transportarbeiter	16 305	5,8	1 634
5. Warenkaufleute	16 082	5,8	11 281
6. Montierer und Metall- hilfsarbeiter	14 541	5,2	7 945
7. Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	11 410	4,1	1 428
8. Textil- und Bekleidungsberufe	10 745	3,8	9 786
9. Reinigungsberufe	9 251	3,3	7 710
10. Verkehrsberufe	8 766	3,1	990
11. Warenprüfer, Versand- fertigmacher	8 374	3,0	6 874
12. Ernährungsberufe	8 358	3,0	5 270
13. Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	6 965	2,5	3 435
14. Metallerzeuger, -bearbeiter	6 719	2,4	1 451
15. Ordnungs- und Sicher- heitsberufe	6 079	2,2	649
Fünfzehn Berufsabschnitte zusammen		69,9	

Quelle: ANBA 2/73, S. 81

Gegenüber Dezember 1971 ist der *gestiegene Anteil der Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe* am auffälligsten. Der Anteil der Berufe des verarbeitenden Gewerbes ist durchschnittlich leicht zurückgegangen (vgl. S. 40).

- c) Entgegen der bisher festgestellten Tendenz, daß in der Aufschwungphase der Anteil der älteren Arbeitslosen zunimmt, weil ihre strukturellen Beschäftigungshindernisse dann gegenüber den verbesserten Beschäftigungsmöglichkeiten der jüngeren stärker zum Ausdruck kommen, hat sich die Arbeitslosigkeit in den *unteren Altersgruppen* noch am meisten erhöht:

TABELLE XXI:

Arbeitslose Frauen nach Altersgruppen Ende September 1972							Arbeitslose Männer nach Altersgruppen Ende September 1972						
Alter in Jahren	Insgesamt 1972 mehr (+) als 1971			darunter Angestellte 1972 mehr (-) als 1971			Alter in Jahren	Insgesamt 1972 mehr (+) als 1971			darunter Angestellte 1972 mehr (+) als 1971		
	absolut	absolut	%	absolut	absolut	%		absolut	absolut	%	absolut	absolut	%
unter 20	9 697	+ 2 148	+28,5	3 784	+ 1 253	+41,6	unter 20	5 804	+ 1 624	+38,9	746	+ 238	+46,9
20 bis unter 25	14 476	+ 3 099	+27,2	7 642	+ 2 236	+41,4	20 bis unter 25	8 596	+ 2 701	+45,8	3 242	+ 1 303	+67,2
25 bis unter 35	22 113	+ 3 000	+15,7	10 707	+ 3 090	+40,6	25 bis unter 35	17 531	+ 5 492	+45,6	7 680	+ 2 791	+57,1
35 bis unter 45	16 822	+ 2 225	+15,2	5 204	+ 1 501	+49,5	35 bis unter 45	14 727	+ 3 906	+36,1	3 714	+ 1 029	+38,3
45 bis unter 55	16 613	+ 3 636	+28,0	5 629	+ 1 763	+45,6	45 bis unter 55	13 683	+ 3 911	+40,0	3 373	+ 901	+36,4
55 bis unter 60	7 733	+ 1 031	+15,4	2 512	+ 536	+27,1	55 bis unter 60	11 473	+ 2 701	+30,8	2 348	+ 488	+26,2
60 bis unter 65	4 646	+ 938	+25,3	1 555	+ 446	+40,1	60 bis unter 65	30 097	+11 320	+60,3	7 067	+ 2 808	+65,9
65 und älter	108	+ 12	+12,5	30	+ 2	+7,1	65 und älter	541	+ 176	+48,2	175	+ 59	+50,9
Zusammen	92 208	+16 069	+21,1	37 053	+10 829	+41,3	Zusammen	102 452	+31 831	+45,1	28 345	+9 617	+51,4

Quelle: Die Arbeitslosen Ende September 1972 nach dem Alter und Dauer der Arbeitslosigkeit, in: ANBA 3/1973, S. 174

Während das Problem der Altersarbeitslosigkeit sich weiterhin kaum vermindert stellt (vgl. die staatlichen und betrieblichen Übergangsmaßnahmen), zeichnete sich (erstmalig) auch eine ausgeprägtere, längerfristige Arbeitslosigkeit, insbesondere bei den männlichen Arbeitern und Angestellten unter 35 ab. *Denn auch die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit nahm zu*, auch bei den unteren Jahrgängen: der Anteil der unter 25-Jährigen, die weniger als 3 Monate arbeitslos waren, sank von 91,8 % auf 88,4 %, der 3 Monate bis 1 Jahr Arbeitslosen stieg von 7,6 % auf 10,8 %. Die entsprechenden Zahlen für die Altersgruppe 25–35 sind: 16,9 % auf 20,8 %. Auch die Arbeitslosigkeit über 1 Jahr war insbesondere bei den weiblichen Arbeiterinnen angestiegen.

3.2.5 Die Krise ab Herbst 1973

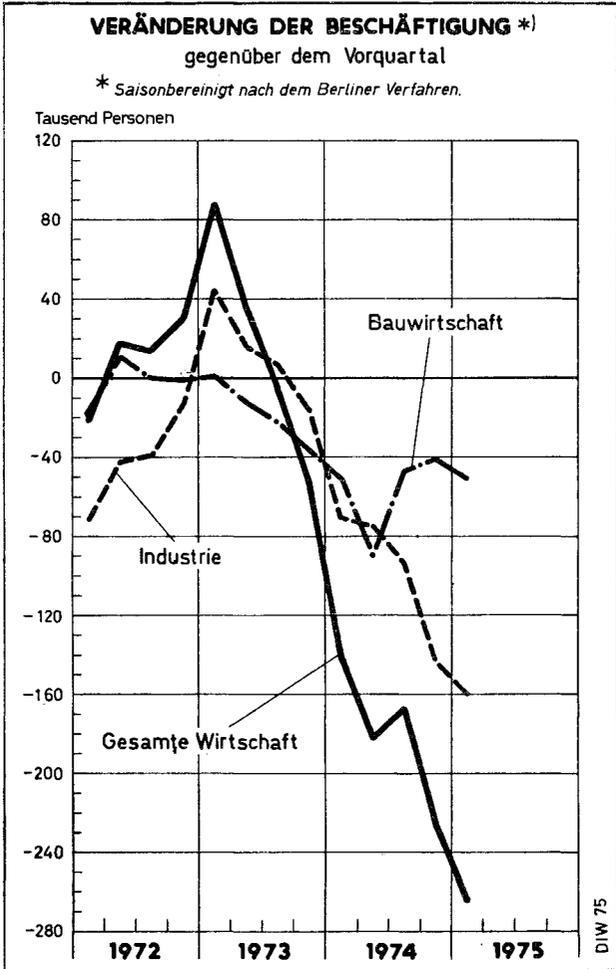
Überfluß von Kapital bei Überfluß von Arbeiterbevölkerung

Mit dem Abschwung seit 1973 setzte die schwerste Beschäftigungskrise seit Bestehen der BRD ein. Sie führte zu einer längerfristigen Arbeitslosenzahl von über einer Million und es bestehen bisher kaum Anzeichen dafür, daß sie in der nächsten Zeit entscheidend abgebaut werden kann. Selbst die offiziellen Konjunkturför-

schungsinstitute rechnen für die nächsten Jahre mit einer „Bodensatz“-Arbeitslosigkeit von ca. 3%, mit einer umfassenderen Verringerung der Arbeitslosenzahlen erst zum Frühjahr 1976.

Wie in dem Kapitel über die wirtschaftlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit dargestellt, fallen in dieser Krise langfristige Prozesse der Überakkumulation, die zur breiten Rationalisierung sowie Konzentration und Zentralisation führen, zusammen mit Prozessen der Branchenumstrukturierung auch auf der Grundlage verschärfter internationaler Konkurrenz. Beide Prozesse verstärken sich aufgrund einer zunehmenden Verkopplung nationaler Konjunkturbewegungen zu einer Weltmarktkonjunktur.

TABELLE XXII:



Die Verringerung der Beschäftigtenzahlen seit Frühjahr 1973 weist einige Besonderheiten auf, die erklären, warum diese Krise einerseits breiter und langanhaltender auf die Beschäftigung wirkt, andererseits die Auswirkungen auf die Beschäftigten in der BRD im internationalen Vergleich relativ gedämpft sind:

a) Die Verteilung der Beschäftigten auf die Wirtschaftsbereiche hatte sich bisher so entwickelt, daß stark abnehmenden Bereichen einige kontinuierlich wachsende Wirtschaftsbereiche gegenübergestanden haben. Allmählich abnehmende Bereiche waren vor allem die Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederwarenindustrie. Überdies begann auch bereits ein Teil der Verbrauchsgüterindustrien zu stagnieren. Zum anderen konnten sowohl die Investitionsgüterindustrie als auch vor allem die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie noch weiter expandieren. Dies war vor allem durch die günstigen Exportchancen und den Weltmarktumsatz bedingt. (Im ökonomischen Teil wurde auch bereits darauf hingewiesen, daß der Einbruch in der Investitionsgüterindustrie noch dadurch hinausgezögert wurde, daß die Exporte bis 1974 noch zunahmen). Andere, stagnierende und plötzlich abfallende Bereiche – wie vor allem die Bau- und Automobilindustrie – verstärkten aber bereits die Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres 1973. Trat nun schon durch die Verringerung der Zahl der Beschäftigten in der Industrie seit 1970 eine wesentliche Veränderung ein, so mußte die Verengung der bisherigen Aufnahmebereiche seit 1973 einen entscheidenden Stau für die Neu- und Wiederbeschäftigung von Arbeitskräften bedeuten. Wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich wird, nehmen die Beschäftigungszahlen in den Bereichen Handel/Verkehr und private Dienstleistungen erstmals in größerem Umfang ab, nur der öffentliche Dienst kann noch bestimmte Zuwachsraten halten.

Ausgleich fehlt

TABELLE XXIII: Veränderung der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer in den Wirtschaftsbereichen gegenüber dem Vorjahr in %

Wirtschaftsbereich	1973				1974				1975	
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Land- und Forstwirtschaft	- 2,2	-- 2,3	- 2,2	- 2,2	- 1,9	- 2,1	- 1,9	- 2,0	- 2,3	
Bergbau	- 8,8	- 7,7	- 7,5	- 6,9	- 6,0	- 4,9	-- 2,7	- 0,4	0,8	
Energiewirtschaft	0,5	1,0	0,9	0,9	0,9	0,5	0,5	0,5	0,5	
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	- 0,6	0,2	0,7	0,8	- 0,4	- 1,2	- 2,0	- 3,0	- 3,8	
Investitionsgüterindustrie	0,1	1,4	2,4	2,8	1,7	0,3	- 1,2	- 3,5	- 5,4	
Verbrauchsgüterindustrie	- 0,9	- 1,1	- 1,5	- 2,8	- 4,8	- 5,8	- 6,9	- 8,1	- 8,3	
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	- 0,8	- 0,8	- 0,4	- 0,2	- 1,4	- 2,2	- 3,5	- 4,8	- 5,7	
Industrie, gesamt	- 0,7	0,1	0,6	0,6	- 0,7	- 1,8	- 2,8	- 4,4	- 5,5	
Handwerk u. sonst. Kleinbetriebe	0,5	0,6	0,3	0,0	- 0,4	- 0,5	- 1,4	- 2,2	- 3,0	
Baugewerbe	0,9	- 2,3	- 3,0	- 3,7	- 6,9	- 11,5	- 12,7	- 12,0	- 13,5	
Produzierendes Gewerbe	- 0,3	- 0,2	0,0	- 0,2	- 1,6	- 3,2	- 4,3	- 5,4	- 6,4	
Handel	0,3	0,6	0,8	0,4	0,2	- 0,6	- 2,3	- 4,3	- 4,8	
Verkehr	1,7	1,5	1,3	0,8	0,4	0,3	- 0,3	- 0,7	- 1,8	
Handel und Verkehr	0,8	0,9	1,0	0,6	0,3	- 0,3	- 1,6	- 3,1	- 3,8	
Öffentlicher Dienst	2,5	2,3	1,9	1,3	1,4	1,3	2,4	2,5	1,7	
Geld-, Bank- und Versicherungswesen	2,5	2,5	2,3	1,7	1,5	1,4	1,2	1,2	0,9	
Gaststättenwesen	1,4	1,3	1,1	1,1	0,8	0,5	0,0	0,0	- 0,8	
Häusliche Dienste	- 1,1	- 1,1	- 1,1	- 1,1	- 1,1	- 1,1	- 1,2	- 1,2	- 1,5	
Dienstleistungshandwerk	1,5	1,2	1,5	1,2	1,0	0,7	0,5	0,0	- 0,5	
Sonstige Dienstleistungen	1,8	1,7	1,4	1,2	1,1	1,0	0,9	0,7	0,5	
Dienstleistungen, gesamt	2,1	1,9	1,6	1,2	1,2	1,1	1,6	1,6	1,0	
Insgesamt	0,5	0,5	0,6	0,3	- 0,5	- 1,5	- 2,2	- 3,0	- 3,8	- 4,1

Quelle: DIW-Wochenberichte 29/73, 41/73, 3/74, 14/74, 29/74, 40/74, 3/75, 14-15/75 und 27/75

D. h., daß im Gegensatz zu den vorangegangenen Abschwungsphasen bei verstärkter Freisetzung in den abnehmenden und stagnierenden Wirtschaftsbereichen die zusätzliche Aufnahme von Arbeitskräften im tertiären Sektor nicht mehr funktioniert. Da die Umsetzung zwischen den Wirtschaftsbereichen weitgehend blockiert ist, die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte stark sinkt, müssen Mechanismen verstärkt wirksam werden, die die Differenz zwischen Arbeitspotential und realer Beschäftigung mit anderen Mitteln zu bewältigen suchen (vgl. c).

b) Die Abschwächung von Produktion und Beschäftigung setzte in den verschiedenen Sektoren der verarbeitenden Industrie zu unterschiedlichen Zeitpunkten mit unterschiedlicher Stärke ein. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit vollzog sich anfangs aufgrund der Kontraktion der Konsumgüter-, der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, neben den oben beschriebenen, umfassenden Einschränkungen im Baugewerbe und dem Straßenfahrzeugbau. „Aus konjunkturellen, aber auch aus strukturellen und mit dem Außenwert der DM zusammenhängenden Gründen kamen die Verbrauchsgüterindustrien zuerst in die Flaute. In diesem Bereich, insbesondere in der Textil- und Bekleidungs- sowie in der Möbelindustrie war schon Anfang 1973 eine deutliche Produktionsabschwächung zu registrieren. Die Unternehmen reagierten sofort, wengleich zunächst noch verhalten, mit Herabsetzung ihrer Beschäftigtenzahl. Gleichzeitig sank die Zahl der Überstunden, die 1971 und 1972 überdurchschnittliche Steigerungen der Produktionsergebnisse je Beschäftigten möglich gemacht hatte, sodaß 1973 kaum noch eine Zunahme der Beschäftigtenproduktivität erzielt wurde. Als sich im Jahresverlauf der Nachfragerückgang deutlich verstärkte, wurde auch die Zahl der Beschäftigten drastisch verringert; seit Ende 1973 werden per Saldo in jedem Vierteljahr zwischen 32 000 und 45 000 Personen freigesetzt. Aufgrund dieser Beschäftigungspolitik gelang es den Verbrauchsgüterindustrien bis in die jüngste Zeit, Produktivitätsfortschritte zu realisieren und damit den Kostensteigerungen entgegenzuwirken. Dieser Industriebereich verfügt damit auch kaum über Arbeitskräftereserven; bei einer konjunkturellen Belebung müssen hier frühzeitig Arbeitskräfte eingestellt werden.

Ähnliches gilt für die Nahrungs- und Genußmittelindustrien. „(40) Anders dagegen im Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, hier „ergaben sich Beschäftigungseinbußen erst im 4. Quartal 1973“ vermutlich im Zusammenhang mit der Erdölkrise. Bei der danach folgenden Abschwächung des Produktionswachstums kam es zu weiteren Freisetzungen von Arbeitskräften. Bis Mitte vergangenen Jahres gelang es . . . jedoch, Produktivitätssteigerungen . . . von 6 % zu erzielen. Erst als im 2. Halbjahr 1974 die Produktion – vor allem in der chemischen Industrie – drastisch sank, verringerte sich die Produktionslei-

40) Zur Beschäftigungsentwicklung in der Industrie der Bundesrepublik Deutschland, in: DIW-Wochenbericht 28/75, S. 230 ff., hier S. 231.

stung je Beschäftigten; im dritten Vierteljahr um 1,9 v.H. und in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres sogar um 4,4 v.H.

Der Abschwung der Produktion wurde gegen Ende des vergangenen Jahres verstärkt durch die kräftige Verringerung der Stahlnachfrage. Die Unternehmen reagierten zwar mit der Entlassung von Arbeitskräften – die Zahl der Beschäftigten nahm von Ende Dezember 1974 bis Ende März 1975 um 36 000 Personen ab – auch dadurch konnte indes nicht vermieden werden, daß das Produktionsergebnis je Beschäftigten beschleunigt zurückging... Diese Industrien können also die Produktion sehr schnell hochfahren und lange Zeit ohne zusätzliche Arbeitskräfte expandieren.“ (41)

Erst im Jahr 1974 änderte sich die Situation für die Investitionsgüterindustrie, die jetzt – bedingt durch einen nachlassenden Auftragsengang aus dem Ausland und der allgemein absinkenden Weltmarktkonjunktur – Kurzarbeit und Entlassungen vornehmen mußte. Der Maschinenbau etwa begann ab Ende 1974 abzusinken. „Die Investitionsgüterindustrien erhöhten ihren Beschäftigtenstand das ganze Jahr 1973 über noch beträchtlich – vom Januar bis Dezember um rund 106 000 Personen. Obwohl auch die Produktion recht kräftig zunahm, wurden 1973 kaum Produktionssteigerungen erzielt, sieht man von den sich gegenseitig aufhebenden Sonderentwicklungen im letzten Quartal 1973 und im ersten Quartal 1974 ab. Die Beschäftigungspolitik hat sich zu Beginn des Jahres 1974 abrupt geändert: der Beschäftigtenstand wurde beschleunigt reduziert. Daneben wurde in verstärktem Maße Kurzarbeit eingeführt; dies drückte sich in einem Rückgang der Produktionsleistung je Beschäftigten im Laufe des vergangenen Jahres aus. Besonders die Automobilindustrie hat Kurzarbeit Entlassungen vorgezogen, sei es aus sozialen Gründen oder in Erwartung einer Besserung der Lage auf ihren Absatzmärkten. Verstärkte Nachfrage nach Kraftfahrzeugen hat dann auch im Frühjahr 1975 zu einem Produktionsanstieg geführt und den Produktionsrückgang abgeschwächt. Insgesamt sind gegenwärtig im Investitionsgüterbereich nicht so große Arbeitskräftereserven vorhanden wie im Grundstoffsektor. Gleichwohl können die Investitionsgüterindustrien ihre Produktionen kurzfristig um ein Sechstel erhöhen, ohne Beschäftigte einstellen zu müssen“ (42).

Während daher Mitte des Jahres 1975 bereits die frühzeitig betroffenen Industriezweige wie die Verbrauchsgüterindustrien, Automobil- und Bau- sowie auch die Textilindustrie den Tiefpunkt der Krise überschritten haben, weitet sich die Zunahme von Kurzarbeit und Entlassungen in den Grundstoff und Produktionsgüterindustrien (Eisen-, Stahl- und Chemieindustrie) und in den Investitionsgüterindustrien gegenwärtig noch aus. Vor allem scheint die Investitionsgüterindustrie und hier vor allem der Maschinenbau den Tiefpunkt der Krise noch nicht erreicht zu haben.

Folglich werden sich die Schwerpunkte der Arbeitslosigkeit auf die letzte-

41) Ebenda.

42) Ebenda, S. 232.

nannten Sektoren verschieben, was an der *Entwicklung der Arbeitslosenquoten und der Zahl der Kurzarbeiter nach Branchen und Berufsgruppen* verfolgt werden kann. (43) In der Abschwungphase rekrutierte sich die Zunahme der Arbeitslosen entsprechend der oben dargestellten Entwicklungsphasen in den Sektoren maßgeblich aus dem Baugewerbe, dem Straßenfahrzeugbau und dem Handel.

TABELLE XXIV:

Zugang an Arbeitslosen (Männer und Frauen) nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Veränderung gegenüber					
	Dezember 1973		November		September	
	absolut	absolut	%	absolut	%	
Bauhauptgewerbe	50 096	+ 17 990	+ 56,0	+ 36 457	+ 267,3	
Dienstleistungen	22 296	- 6 243	- 21,9	+ 4 179	+ 23,1	
Bekleidung	8 871	- 379	- 4,1	+ 3 862	+ 77,1	
Elektrotechnik	6 184	+ 847	+ 15,9	+ 1 759	+ 39,8	
Straßenfahrzeugbau	5 216	+ 1 774	+ 51,5	+ 2 380	+ 83,9	
Maschinenbau	4 542	77	- 1,7	+ 965	+ 27,0	
Textil	4 522	+ 289	+ 6,8	+ 1 543	+ 51,8	
EBM Waren	3 222	+ 14	+ 0,4	+ 967	+ 42,9	
Chemie	2 295	+ 332	+ 16,9	+ 875	+ 61,6	
Metallerzeugung	1 094	+ 7	+ 0,6	+ 151	+ 16,0	
übrige Wirtschaftszweige	149 574	+ 50 769	+ 51,4	+ 76 768	+ 105,4	
Zusammen	257 912	+ 65 323	+ 33,9	+ 129 906	+ 101,5	

Quelle: ANBA 2/1974, S. 83

Dagegen sanken die Zuwachsraten an Arbeitslosen im ersten Quartal 1975 im Bereich der Grund- und Rohstoffe sowie in Bereichen der Verbrauchsgüterindustrien, die höchsten Anstiege gegenüber dem vorangegangenen Quartal entfielen auf die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen, Straßenfahrzeugbau und Bauhauptgewerbe, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe sowie die Metallerzeugung. Die Strukturkrisen im Baugewerbe und im Straßenfahrzeugbau sind immer noch wesentlicher Bestandteil der Krise, die Kontraktionsbewegungen im tertiären Sektor haben sich verstärkt und auch schon als Folge der Krise sinkt die Beschäftigung in der Konsumgüterindustrie rapide. (44)

- 43) Genaue Daten über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Berufsgruppen findet sich in: Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsstatistik 1974, Nürnberg 30.5.1975, S. 68 f., ansonsten in den Monatsberichten der Bundesanstalt.
- 44) Vgl. genauer: ANBA 6/75, S. 529 ff.

Mechanismen der Verringerung

- c) In der BRD stehen in größerem Umfang als in anderen westlichen Industrieländern Mechanismen zur Verfügung, die in der Lage sind, die Entlassungen von Beschäftigten sich nur eingeschränkt als Massenarbeitslosigkeit auswirken zu lassen. Dazu gehört erstens das „Instrument“ der Ausländerbeschäftigung, das die BRD in die Lage versetzt, entlassene Produktionsarbeiter kurzfristig in die Herkunftsländer abzuschicken und damit in Bezug auf diese Beschäftigten die Auswirkungen der Krise zu exportieren. Trotz des Anwerbestopps im November 1973 gelingt die Abschiebung nur zögernd, da sich ein Teil der Ausländer aufgrund ihrer längeren Anwesenheit Rechte auf soziale Sicherung in der BRD erworben haben und die Rückkehr mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Daher hat sich die Zahl der ausländischen Arbeiter in der BRD zwischen dem Höhepunkt der Ausländerbeschäftigung im September 1973 und dem September 1974 „nur“ um 245 000, d. h. 9,4 % verringert. Es muß angenommen werden, daß wegen des verstärkten Ablaufs von Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen, wegen des Auslaufens von Arbeitslosengeldzahlungen und aufgrund der verschärften Einstellungsbedingungen für ausländische Arbeiter (Einschränkung des Arbeitserlaubnisverfahrens durch Rundbrief der Bundesanstalt für Arbeit vom 13.11.1974) die Zahl der zur Rückkehr gezwungenen Ausländer noch zugenommen hat.

Auch ein Teil der entlassenen einheimischen Arbeitskräfte kann vom Arbeitsmarkt und damit auch vom Anspruch auf bestimmte Sozialleistungen im Fall der Arbeitslosigkeit ausgeschlossen werden. Darunter sind insbesondere Jugendliche, Frauen und ältere Arbeitskräfte zu verstehen, die aufgrund fehlenden Stellenangebots ihren Anspruch auf Arbeit auf dem Arbeitsmarkt nicht geltend machen, sondern vom Familieneinkommen leben, weiterhin solche, die verlängerte Ausbildungszeiten bzw. Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung und Umschulung wahrnehmen und schließlich Frührentner.

Eine weitere Form der Verdeckung von Arbeitslosigkeit besteht in der massenhaften Kurzarbeit (45) 1974 entfielen 190 Mio. Arbeitsstunden durch Kurzarbeit, das waren 11 % des Rückgangs des Arbeitsvolumens. Im April 1975 lag die Zahl der Kurzarbeiter bei 900 000. Das entspräche einer Verminderung der Beschäftigtenzahl um ca. 150 000.

Trotz dieser Mechanismen der Verringerung der offiziellen Arbeitslosenzahlen hat die Krise zu bisher für unmöglich gehaltenen Arbeitslosenzahlen geführt und gleichzeitig die soziale Sicherung in der BRD materiell und ideologisch in eine Krise gebracht.

- 45) Vgl. MAB 1/75, S. 65 und ANBA 6/75, S. 520. Zur zeitlichen Entwicklung der Kurzarbeiterzahlen nach Branchen vgl. Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsstatistik 1974, a.a.O., S. 186 f.

Struktur der Arbeitslosen

Bei der Analyse der Strukturdaten der Arbeitslosen sind insbesondere gegenüber der Krise 1966/67 wichtige Unterschiede festzustellen: (46)

a) Obwohl der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen über die ganze Zeit relativ konstant bei 35 % lag, *nahm der Anteil der Frauenarbeitslosigkeit an der Gesamtarbeitslosigkeit stark zu*. Sie stellten im September 1973 51,5 % aller Arbeitslosen, während die Vergleichszahl für September 1966 nur 31,1 % betrug. Dabei *nimmt die Frauenarbeitslosigkeit in der Abschwungphase* sehr schnell zu, vergrößert sich dann in der Krise aber langsamer als bei den Männern. So stieg die Zahl der Arbeitslosen bei den Frauen zwischen September 1972/September 1973 um 22,3 %, bei den Männern dagegen um 3,8 %. Im nächsten Jahresintervall September 1973/September 1974 stieg sie mit 137 % geringer als die Zahl der männlichen Arbeitslosen mit 171 %. Ein ähnlicher Verlauf war 1966/67 zu beobachten.

Die Frauenarbeitslosigkeit konzentriert sich auf wenige Berufe. Von allen arbeitslosen Frauen entfielen im Mai 1974 auf folgende Berufe:

– Bürofach- und Bürohilfskräfte	20,5 %
– Warenkaufleute	18,1 %
– Textilarbeiterinnen	9,8 %
– Reinigungsberufe	8,2 %

Frauen
Diese Daten geben bereits Hinweise darauf, an welchen Bedingungen sich die Frauenarbeitslosigkeit festmacht. Die Beurteilung dieser Bedingungen darf allerdings nur von dem Ausgangspunkt her geschehen, daß sich das Kapital seine Reservearmee produziert und bestimmte Beschäftigtengruppen aus dem Produktionsprozeß herausselektiert. Arbeitslosigkeit entsteht folglich nicht, weil Frauen z. B. eine niedrige Durchschnittsqualifikation und eine geringe regionale Mobilität haben, sondern weil die aus ökonomischen Zwängen, im Sinne der Kapitalverwertung notwendigen Einschränkungen der Produktion, Rationalisierungen und Unternehmenskonzentrationen soziale und betriebliche Gruppen mit bestimmten Eigenschaften umfassend treffen. Wäre das durchschnittliche Niveau von Qualifikation und Mobilität höher, also auch das der Frauen, würden sie genauso arbeitslos werden. Entscheidend sind also nicht generell irgendwelche Eigenschaften, sondern diese Eigenschaften im Verhältnis zur gesamten Arbeitsbevölkerung und das spezifische Interesse des Kapitals. Das gleiche gilt für die anderen, besonders von Arbeitslosigkeit betroffenen Gruppen.

Die berufsfachliche Konzentration der Frauenarbeitslosigkeit deutet bereits einige dieser Bedingungen an: Erstens die geringe Vielfalt der Ausbildung und

46) Vgl. Sonderuntersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit: Strukturanalyse der Arbeitslosen im Mai 1974 (ANBA 8/74), im September 1973 (ANBA 2/74) und im September 1974 (ANBA 1/75).

das niedrige durchschnittliche Ausbildungsniveau, das sie auf wenige Branchen und dort auf gering qualifizierte Tätigkeiten verweist. Die Krise der Textil- und Bekleidungsindustrie und die zunehmende Rationalisierung in Verwaltungs- und Dienstleistungsberufen macht sich dadurch besonders geltend. Zweitens die starke Abhängigkeit von der Familie, die die Zeiträume und die Art ihrer Tätigkeit einschränkt; die, in einer umgekehrten Argumentation, daß nämlich die Frauen über die Familie ökonomisch abgesichert wären und die Arbeitslosigkeit sie daher materiell weniger einschneidend treffen würde – dazu führt, daß Frauen häufig als Erste entlassen werden. Das zeigt sich allein daran, daß ca. 35 % aller weiblichen Arbeitslosen eine Teilzeitstelle suchen.

- b) Bei einem kontinuierlich zunehmenden Anteil der Angestellten an den abhängig Erwerbstätigen nimmt ihr Anteil an der Arbeitslosigkeit überproportional zu, wobei ihr Niveau von Arbeitslosigkeit noch unterdurchschnittlich ist.

(siehe hierzu TABELLE XXV auf Seite 88)

Handwritten signature

Der relative Anstieg von Arbeitslosigkeit bei Angestelltenberufen läßt sich auch am Vergleich der Arbeitslosenquoten zwischen 1967 und 1974 zeigen. Sie stieg bei den männlichen Arbeitern, „nur“ von 2,2% auf 2,5%, bei den männl. Angestellten von 0,7 % auf 1,3 %; bei den Arbeiterinnen von 2,3 % auf 4,4 %, bei den weiblichen Angestellten dagegen von 0,8 % auf 2,4 %. Wie die höhere Arbeitslosenquote bei den weiblichen Angestellten andeutet, werden maßgeblich die unteren Angestelltengruppen betroffen sein. Insgesamt sind Arbeiter immer noch wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Angestellte. Über die Veränderung der Betroffenheit von Arbeitern und Angestellten im Verlauf der Krise lassen sich keine eindeutigen Tendenzaussagen machen. Nahm in der Abschwungphase die Zahl der arbeitslosen Angestellten wesentlich schneller zu (die Arbeitslosenquote der Angestellten stieg zwischen September 1973/Mai 1974 von 0,7 % auf 1,5 %, die Arbeitslosenquote der Arbeiter sank von 3,1 % auf 2,5 %), so kehrte sich diese Bewegung in der anschließenden Phase um (vgl. auch obige Tabelle).

- c) Die größten Zuwächse der Arbeitslosigkeit verlagern sich zunehmend auf die unteren Altersgruppen. Stellten die männlichen Arbeitslosen unter 45 Jahren im September 1966 nur 25,6 % aller männlichen Arbeitslosen, so im September 1972 bereits 45,6 % und im September 1973 54,1 %. Die entsprechenden Zahlen für die weiblichen Arbeitslosen lauten 62,4/68,5/70,5 %. Die Frauenarbeitslosigkeit konzentrierte sich folglich schon viel früher auf die unteren Altersgruppen.

Wie die Entwicklung der altersspezifischen Arbeitslosenquoten zeigt, hat die Krise diese Entwicklung beschleunigt.

(siehe hierzu TABELLE XXVI auf Seite 89 oben)

Handwritten signature

TABELLE XXV:

Arbeitslose Arbeiter und Angestellte
(Ende September)Abhängig Erwerbstätige
(Mikrozensus: April)*

Jahr	Arbeitslose (insgesamt)	davon (in %)		Jahr	abhängige Erwerbstätige (in 1000)	davon (in %)	
		Arbeiter	Angestellte			Arbeiter	Angestellte/ Beamte
Männer				Männer			
1966	77 633	82,4	17,6	1966	14 121	65,8	34,2
1967	231 153	85,1	14,9	1967	13 767	64,6	35,4
1968	116 399	81,0	19,0	1968	13 812	64,5	35,5
1969	58 224	75,7	24,3	1969	14 053	63,9	36,1
1970	48 675	72,8	27,2	1970	14 227	63,2	36,8
1971	70 621	73,5	26,5	1971	14 188	62,3	37,7
1972	102 452	72,3	27,7	1972	14 283	61,1	38,9
1973	106 343	67,4	32,6	1973	14 343	61,0	39,0
1974	289 097	75,4	24,6	Frauen			
Frauen				1966	7 374	49,0	51,0
1966	35 093	67,3	32,7	1967	7 128	47,5	52,5
1967	109 925	72,8	27,2	1968	7 132	46,9	53,1
1968	58 068	59,6	40,4	1969	7 317	46,7	53,3
1969	42 253	55,4	44,6	1970	7 496	46,5	53,5
1970	48 663	61,2	38,8	1971	7 605	44,2	55,8
1971	76 119	65,5	34,5	1972	8 021	42,8	57,2
1972	92 208	59,8	40,2	1973	8 182	42,4	57,6
1973	112 762	54,3	45,7	*) Quelle: Stat. Bundesamt.			
1974	267 884	58,1	41,9				

Quelle: ANBA 1/1975, S. 24

TABELLE XXVI:

Altersspezifische Arbeitslosenquote¹⁾ Ende September 1974 und 1973

Altersgruppe	Arbeitslosenquote					
	Insgesamt		Männer		Frauen	
	1974	1973	1974	1973	1974	1973
unter 20	3,4	1,0	3,0	0,7	3,9	1,4
20 bis unter 25	3,0	1,0	2,5	0,7	3,6	1,4
25 bis unter 30	2,9	1,0	2,3	0,7	4,0	1,6
30 bis unter 35	2,1	0,8	1,6	0,5	3,2	1,4
35 bis unter 40	1,9	0,7	1,5	0,4	3,0	1,2
40 bis unter 45	2,0	0,7	1,6	0,5	2,9	1,2
45 bis unter 50	1,9	0,8	1,6	0,5	2,6	1,1
50 bis unter 55	2,0	0,9	1,6	0,7	2,8	1,3
55 bis unter 60	2,5	1,4	2,0	1,2	3,2	1,8
60 bis unter 65	3,0	2,4	2,9	2,5	3,1	1,9
65 und älter	0,3	0,4	0,3	0,5	0,3	0,2
Zusammen	2,4	0,9	1,9	0,7	3,2	1,4

¹⁾ Bezogen auf die abhängigen Erwerbspersonen (einschl. Soldaten) nach dem Mikrozensus vom Mai 1973.

Quelle: ANBA 1/1975, S. 26

Während das Problem der Altersarbeitslosigkeit schon lange existierte und durch verschiedene staatliche und betriebliche Maßnahmen abzubauen versucht wurde (Frühverrentung, Sozialpläne etc.), hat sich die Jugendarbeitslosigkeit in der Abschwungphase überproportional ausgebildet und ist als ein entscheidender Prozeß der derzeitigen Krise anzusehen. Zwischen September 1972 und September 1973 war der Anstieg in der Altersgruppe unter 20 Jahren bei den männlichen Arbeitern mit 27,8 %, bei den männlichen Angestellten mit 48,9 %, den Arbeiterinnen mit 39,6 % und den weiblichen Angestellten mit 46,9 % jeweils am höchsten. Gleiches gilt für die folgende Phase September 1973/September 1974, nur auf wesentlich höherem Niveau (Anstieg in dieser Gruppe insgesamt um 233 %).

Abgesehen von der etwas stärkeren Konzentration in dieser Gruppe auf die Angestelltenberufe und Frauenberufe sind noch zwei Merkmale wichtig, die auf ein Hinausdrängen von Jugendlichen aus dem Arbeitsmarkt verweisen: einmal waren im September 1974 ca. 46 % der Arbeitslosen unter 20 **Berufsanfänger** (32 000), was entscheidende Dequalifikations- und Desintegrationsprozesse bewirkt. Weiterhin stellen die Kinder von Arbeitsimmigranten einen überproportionalen und wachsenden Anteil an der Jugendarbeitslosigkeit. (Vgl. Abschnitt 5.3 zur Jugendarbeitslosigkeit).

- d) Da die Gesamtarbeitslosigkeit bereits seit 1970 langsam angestiegen war (Strukturkrisen, ältere Arbeiter), ergibt sich auch eine **längerfristige Tendenz zur langandauernden Arbeitslosigkeit!** Diese Tendenz wird überdeckt von der aus der konjunkturellen Krise resultierenden Arbeitslosigkeit. Entsprechend stieg in der Abschwungphase das Gewicht der kurzfristigen Arbeitslosigkeit,

in der Krise das Gewicht der kurz- und mittelfristigen Arbeitslosigkeit.

TABELLE XXVI:

Die Arbeitslosen nach der Dauer der Arbeitslosigkeit

Alle Berufe

Quelle: ANBA 1/1975, S. 28

Dauer der Arbeitslosigkeit	Männer und Frauen			Anteile (jeweils Ende September)					
	Ende September 1974	Veränderung gegenüber Vorjahr		Männer und Frauen		Männer		Frauen	
	insgesamt	absolut	%	1974	1973	1974	1973	1974	1973
unter 1 Monat	145 519	+ 83 327	+134,0	26,1	28,4	28,3	26,9	23,8	29,8
1 bis unter 3 Monate	173 545	+110 454	+175,1	31,1	28,8	30,8	26,5	31,6	31,0
3 bis unter 6 Monate	101 652	+ 66 360	+188,0	18,3	16,1	16,4	14,5	20,2	17,6
½ bis unter 1 Jahr	107 331	+ 67 504	+169,5	19,3	18,2	17,9	19,1	20,8	17,3
1 bis unter 2 Jahre	22 341	+ 7 798	+ 53,6	4,0	6,6	4,8	9,9	3,1	3,5
2 Jahre und länger	6 489	+ 2 328	+ 56,0	1,2	1,9	1,8	3,1	0,5	0,8
Zusammen	556 876	+337 771	+154,2	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Mit zunehmender Dauer der Krise nimmt die längerfristige Arbeitslosigkeit an Bedeutung zu; sie wird durch die bereits bestehende, strukturelle Dauerarbeitslosigkeit verstärkt. Im September 1974 hatten 88,2 % aller Arbeitslosen Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) beantragt bzw. bezogen gegenüber 79,7 % ein Jahr davor: 263 000 erhielten Arbeitslosengeld, 181 % mehr als im September 1973; 38 000 Arbeitslosenhilfe (97 % mehr) und 7 200 Unterhaltsgeld (116 % mehr).

Der steigende Anteil langfristiger Arbeitslosigkeit drückt sich teilweise in der zunehmenden Zahl von Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfängern aus. Im März 1975 erhielten bereits 82 000 Arbeitslosenhilfe, im Juni 1975 über 100 000.

Der bekannte Zusammenhang zwischen Alter und Dauer der Arbeitslosigkeit, d. h., daß mit zunehmendem Alter die Dauer der Arbeitslosigkeit ansteigt, blieb erhalten; bei allen Altersgruppen nahm die längerfristige Arbeitslosigkeit zu.

e) Aus den vorliegenden Daten muß angenommen werden, daß der Anteil der Beschäftigten ohne Berufsausbildung an den Arbeitslosen langfristig steigt und die Krise diesen Prozeß noch befördert.

TABELLE XXVIII:

Die Arbeitslosen nach ihrer Berufsausbildung

Quelle: ANBA 1/1975, S. 30

Berufsausbildung	Männer und Frauen			Anteile in %	
	Ende September 1974	Veränderung gegenüber Vorjahr		Ende September	
	insgesamt	absolut	%	1974	1973
nicht abgeschlossen	302 189	+188 353	+165,5	54,3	52,0
darunter:					
mit mittlerem Bildungsabschluß/mit Hochschulreife	12 718	+ 7 633	+151,0	2,3	2,3
abgeschlossen	254 687	+149 418	+141,9	45,7	48,0
darunter:					
Anerkennung	31 254	+ 19 014	+155,3	5,6	5,6
Ausbildung (Lehre)	184 050	+111 516	+153,7	33,1	33,1
Berufsfach-/Fachschule	18 714	+ 8 302	+ 79,7	3,4	4,8
Fachhochschule	10 264	+ 5 698	+124,8	1,8	2,1
Hochschule	9 618	+ 4 101	+ 74,3	1,7	2,5
Zusammen	556 876	+337 771	+154,2	100,0	100,0

Der Anteil der un- und angelernten Arbeiter und Angestellten an den Arbeitslosen insgesamt betrug ca. 60 %, ihre Arbeitslosenquote betrug im Mai 1974 3,6% gegenüber 1,3% bei den qualifizierten Arbeitslosen. Zwischen Sept.73/Sept.74 stiegen die Zahlen der ungelerten Arbeitslosen um 303% der angelernten Arbeitslosen um 155 % und der Arbeitslosen mit abgeschlossener Lehre um 154 % überdurchschnittlich an. Dieser Anstieg konzentriert sich stärker auf ungelernete männliche Arbeitskräfte, da das Niveau von Arbeitslosigkeit ungelerner Frauen generell höher liegt. Daneben besonders stark aus Qualifikationsgründen betroffen sind die ausländischen Arbeiter. Die Zahl der arbeitslosen Ausländer stieg zwischen September 1973/September 1974 um 319%! Wobei damit nur ein Teil der in diesem Zeitraum entlassenen bzw. arbeitslosen Ausländer erfaßt ist.

Im Gegensatz zu Tendenzen in der Krise 1966/67 scheint in dieser Krise die unterschiedliche berufliche Qualifikation keinen größeren Einfluß auf die Dauer der Arbeitslosigkeit zu haben. (Nach der IAB-Befragung vom Januar 1975 waren allerdings die befragten unqualifizierten Arbeitslosen durchschnittlich am längsten arbeitslos: un- und angelernte Arbeiter = 17,2 Wochen, Facharbeiter = 13,7 Wochen, Angestellte 15,2 Wochen, Durchschnitt = 16,1 Wochen).

Die Konzentration der Arbeitslosigkeit auf gering qualifizierte Arbeitskräfte macht deutlich, daß die Unternehmen bei der Einschränkung der Produktion im wesentlichen qualifiziertere Arbeitskräfte weiterbeschäftigen. Die dadurch entstehenden Disproportionen zwischen Belegschaftsqualifikation und den Qualifikationsanforderungen des betrieblichen Arbeitsprozesses werden ausgeglichen, indem z. B. Facharbeiter in ihrer Tätigkeit und zum Teil auch der Entlohnung auf das Niveau von angelernten Arbeitern heruntergestuft werden.

Die Rationalisierungsinvestitionen in der Krise führen in den Produktions- und unteren Verwaltungsabteilungen zu den meisten Entlassungen; hinzu kommt, daß durch den Druck auf die Arbeitsintensität weitere Arbeitskräfte „überflüssig“ werden. Die Möglichkeit der gering qualifizierten Arbeitskräfte, Widerstand gegen die Entlassungen zu leisten, wird dadurch verschlechtert, daß ihr gewerkschaftlicher Organisationsgrad unterdurchschnittlich ist. (47) Bei der Analyse der einzelnen sozialen Gruppen in Abschnitt 5 wird die Frage zu beantworten sein, inwieweit die Politik der DGB-Gewerkschaften diese Arbeitergruppen aus ihrer Organisation ausgrenzt und die Spaltung zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten noch dadurch verstärkt, daß diese mit der Spaltung in Organisierte und Nichtorganisierte tendenziell zusammenfällt.

- 47) 1964 betrug der gewerkschaftliche Organisationsgrad von ungelerten Arbeitern 20 %, von angelernten Arbeitern 35 % und von Facharbeitern 48 %. Vgl. Walter Nickel, Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Gewerkschaft, Köln 1974, S. 129 ff.

Die Herausbildung einer flüssigen Reservearmee

Über die dargestellten Strukturmerkmale der Arbeitslosigkeit hinausgehend sind inzwischen einige allgemeinere Merkmale und Auswirkungen der Arbeitslosigkeit deutlich geworden.

Nach der genannten Befragung (48) hat sich die Zahl der Arbeitslosen, die von sich aus das Arbeitsverhältnis gelöst haben, wesentlich verringert und zwar gegenüber 1968 (also in der Aufschwungphase des letzten Zyklus) bei den Arbeitern von 18,2 % auf 12,5 %, bei den Angestellten von 22,4 % auf 17,5 %, d. h., die *Abhängigkeit der Beschäftigten vom Einzelunternehmen* ist gestiegen. Besonders auffällig ist dabei der Rückgang der Kündigungen seitens weiblicher Erwerbstätiger von 29,1 % auf 17,1 %, was auf die zunehmende materielle Notwendigkeit der Erwerbstätigkeit für viele Frauen hinweist.

Durch *Betriebsschließungen* betroffen waren 13,7 % der Arbeitslosen, darunter wesentlich mehr ältere Erwerbstätige, die sich damit schlechter der drohenden Schließung durch Betriebswechsel und der Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer neuen Arbeit entziehen konnten. Ähnlich liegt die Situation bei den in *Klein- und Mittelbetrieben* Entlassenen, die wesentlich schwerer eine neue Arbeit finden.

Einige Daten deuten darauf hin, daß die derzeit von Arbeitslosigkeit Betroffenen schwerpunktmäßig zu einer Beschäftigtengruppe zählen, die besonders stark Arbeitsplatzunsicherheit, Arbeitsplatzwechsel und Arbeitslosigkeit unterliegt. So haben die befragten Arbeitslosen im Durchschnitt doppelt so häufig den Arbeitsplatz gewechselt und waren wesentlich kürzer auf ihrem letzten Arbeitsplatz beschäftigt als der Durchschnitt der Erwerbstätigen. Diese *Herausbildung einer einheimischen, flüssigen Reservearmee* findet nicht nur in Wirtschaftszweigen statt, in denen kurzfristige, saisonale und konjunkturelle Arbeitslosigkeit schon länger existiert.

Eine der wesentlichen Funktionen der Krise und der *Bildung einer* relativen Überbevölkerung besteht in der *Herabdrückung des Reproduktionsniveaus* der Lohnarbeiter. Ihren schärfsten Ausdruck findet diese Bewegung in der Senkung des verfügbaren Einkommens der Arbeitslosen. Selbst für die Arbeitslosen, die sich als arbeitslos registrieren ließen und für die darunter, die nach dem AFG unterstützt wurden (in der Befragung 67,3 % der registrierten Arbeitslosen), führte der Arbeitsplatzverlust zu einer Verminderung des Haushaltseinkommens um durchschnittlich 25 %, d. h. einer Senkung von 1 640,- DM auf 1 240,- DM. Dieser Betrag gibt noch nicht einmal den realen Einkommensverlust wieder, da er weder die wegfallenden betrieblichen Nebenleistungen einschließt noch die mögliche Doppelbelastung durch die erzwungene Nichterwerbstätigkeit eines weiteren Familienmitgliedes. Andererseits ist dieser Betrag deshalb zu gering, weil etliche

48) Vgl. Hermann Saterdag, Situationsmerkmale von Arbeitslosen Anfang 1975 und Voraussetzungen für die Aufnahme einer neuen Beschäftigung, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 2/75, S. 136 ff.

Arbeitslose mit Nebenarbeiten hinzuverdienen (nach der Befragung immerhin 22,6 %) und in der Phase der Arbeitslosigkeit Ersparnisse aufbrauchen bzw. Darlehen aufnehmen. Liegen also hier schon tiefgreifende Einschränkungen der materiellen Freiheit vor – die allerdings Staat und Kapital noch nicht weit genug gehen, da sie die Sicherungsleistungen vermindern und den Zumutbarkeitsbereich des sozialen Abbaus verbreitern wollen – so ist die Verschlechterung der Lebenslage der über 50 % der Arbeitslosen, die nicht nach dem AFG unterstützt werden, noch umfassender. Diese relative Verelendung trifft am stärksten die Frauen, die Jugendlichen und die ausländischen Arbeiter, die sich unterdurchschnittlich häufig arbeitslos melden (können) und unterdurchschnittlich häufig unterstützt werden (bei einem durchschnittlichen Bezug von Arbeitslosengeld/Arbeitslosenhilfe bei 67,3 % der Befragten lag der Prozentsatz bei den Frauen bei 60 % und den Arbeitslosen bis 24 Jahre bei 57,5 %). D. h., die Erwerbstätigen mit der größten Arbeitsplatzunsicherheit und dem niedrigsten Einkommen erleiden auch im Fall der Arbeitslosigkeit die größte soziale Not.

Andererseits muß gesehen werden, daß sich die Einkommensvermindierungen nicht nur auf die offen und verdeckt Arbeitslosen erstrecken. Durch die Verringerung von Effektivlöhnen, Lohnminderungen durch Kurzarbeit (der Reallohnverlust aufgrund von Kurzarbeit wurde in einer Studie des Berliner Senats im Durchschnitt für alle Industriearbeiter im Januar 1975 in Berlin auf 3 % geschätzt, die Textilarbeiter lagen mit 11,7 % am höchsten, bei den Bauarbeitern betrug die Verringerung 7,8 %. Extra-Dienst 53 vom 1.7.1975), Einschränkung von Nebenlohnleistungen und generell abnehmender Lohnzuwächse macht sich hier die Krise bemerkbar. Bei einem Arbeitsplatzwechsel müssen die meisten umfangreichere Lohnseinbußen hinnehmen.

Weitere Auswirkungen der Krise können hier nur angedeutet werden. Durch die verstärkte Konkurrenz der Arbeiter untereinander und zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten wird die Bereitschaft erzwungen, *intensiver zu arbeiten und auf die Erhaltung und Reproduktion der Arbeitskraft weniger zu achten*. Deutlicher Ausdruck dieser Tendenz sind die sinkenden Krankenziffern auch in dieser Krise und die steigende Arbeitsproduktivität. Ebenso bedeutet Arbeitslosigkeit keinen „verlängerten Erholungsurlaub“, sondern eine hohe psychische und physische Belastung, die vermehrt zu Herzinfarkten, Kreislaufzusammenbrüchen, Magengeschwüren, Durchblutungsstörungen, Alkoholismus und seelischen Depressionen führt (vgl. den Bericht über das Gutachten von Müller-Limmroth in FR vom 30.4.1975).

Die Tendenzen zur *Dequalifikation* in der Krise sind Folge eingeschränkter beruflicher Aus- und Fortbildung, dem Verlust von Erfahrung und Wissen bei Stellen-, Berufswechsel und insbesondere Arbeitslosigkeit sowie der Herabstufung von Fachkräften auf angelernte Tätigkeiten. Für die Verringerung der Ausbildungsmöglichkeiten stehen die Einschränkungen im staatlichen Bildungssektor, die Verringerung der Lehrstellen und der betrieblichen Fortbildung. Für die Dequalifikation durch die Diskrepanz zwischen Ausbildung und Arbeitsplatzangebot stehen die Jungarbeiter, die nach abgeschlossener Lehre keine Facharbeiterstelle finden

und arbeitslos werden oder nur als Produktionsarbeiter eingestellt werden. Bedeutet Arbeitslosigkeit für die Betroffenen schon durch das Brachliegen ihrer Fähigkeiten einen realen Qualifikationsverlust — dem auch durch staatliche Bildungsprogramme für Arbeitslose kaum entgegengewirkt wird —, so bedeutet es für die nächste Anstellung ziemlich sicher eine Herabstufung — Arbeitslosigkeit wird als Leistungsversagen interpretiert. Index für die umfangreiche Dequalifikation von Facharbeitern durch eine innerbetriebliche oder über Betriebs- und/oder Berufswechsel vermittelte Umsetzung auf Angelemtentätigkeiten ist die relativ hohe Arbeitslosenquote bei Facharbeitern an sich. Viele wären gar nicht gekündigt worden bzw. hätten schon wieder eine neue Stelle, wenn sie die Dequalifikation akzeptiert hätten. Ein entscheidender Grund dafür, daß neben ausländischen Arbeitern viele Facharbeiter in der Automobilindustrie die freiwilligen Kündigungen mit Abfindung angenommen haben, war ihre Furcht, auf die Arbeitsplätze der freigesetzten Produktionsarbeiter umgesetzt zu werden. Ständig hört man die Klagen der Arbeitsämter und Unternehmer, daß die Arbeitslosen zu hohe Ansprüche an den neuen Arbeitsplatz haben und es kommt häufig vor (vgl. den Bericht über Opel-Rüsselsheim in der FR vom 7.7.1975), daß die neu Eingestellten die Arbeitsbedingungen schon nach wenigen Tagen nicht mehr aushalten und kündigen. Ein längere Zeit arbeitsloser Facharbeiter wird entsprechend geringere Chancen haben, wieder auf eine Facharbeiterstelle zu kommen, insbesondere da sich in der nächsten Phase die Nachfrage nach Facharbeitern nicht groß erweitern wird.

Im Zusammenhang mit der Intensivierung und Straffung des Arbeitsprozesses in der Krise steht auch die *verstärkte Entlassung von nur eingeschränkt „leistungsfähigen“ Arbeitskräften* aus den Betrieben. Solche Einschränkungen der Leistungsfähigkeit liegen in gesundheitlichen Schäden, Alter und verringerter zeitlicher (z. B. Ehefrauen mit Kindern) und geographischer Verfügbarkeit. So versuchen die Unternehmer mit der Legitimation der Krise gewerkschaftlich und politisch im Interesse der Kollegen besonders aktive Gruppen zu zerschlagen. Die Komprimierung der Belegschaften auf besonders leistungsfähige Arbeitskräfte zeigt sich an dem hohen Prozentsatz von beschränkt Arbeitsfähigen unter den Arbeitslosen.

TABELLE XXIX: Anteil eingeschränkt vermittlungsfähiger Arbeitsloser an allen Arbeitslosen (%)

	September 1973	September 1974
Mit gesundheitlichen Einschränkungen	31,9	23,5
Rehabilitanden	6,7	5,2
Sozialversicherungsrentner	8,7	3,4
Leistungsbezieher nach Sozialplänen	4,4	1,5
weibliche Teilzeitarbeitskräfte	20,0	17,0
	ca. 71,7 %	ca. 50,6 %

Quelle: ANBA 1/1975, S. 21 ff.; Doppelzählungen möglich

Offensichtlich ist Arbeitslosigkeit unter den eingeschränkt Vermittlungsfähigen generell hoch, sodaß ihr Anteil bei steigender Arbeitslosigkeit sinkt und/oder sie werden in Abschwungphasen frühzeitig entlassen.

Eine als letzte zu benennende Funktion der Krise ist die *Herstellung einer größeren Mobilität* der Arbeitskräfte. Zentraler Angriffspunkt ist die Bereitschaft der Arbeitskräfte zum Arbeitsplatzwechsel und der Abbau diesbezüglicher rechtlicher Schranken. Deutliche Bemühungen dazu sind einmal generell die Bestrebungen zum Abbau des traditionellen Beamtenstatus, (49) zum anderen ganz konkrete Versuche, den Kündigungsschutz zu unterlaufen. Am Beispiel von Opel-Rüsselsheim, wo derzeit Einstellungen mit nur halbjährigen Zeitverträgen stattfinden, wird von den „neuen Gastarbeitern“ gesprochen. Das Ausländerrecht in der BRD enthält ja auch eine Konzeption von mobiler, rechtloser Arbeitskraft, die für Phasen der Unterbeschäftigung höchst geeignet ist. Die *Verwandlung von angeworbenen Ausländern in illegale* in der Krise charakterisiert den Endpunkt einer solchen Entwicklung.

Neben diesen massenhaften Versuchen, den sozialrechtlichen Status und die gewerkschaftlichen und betrieblichen Rechte zu umgehen oder einzuschränken, verbreiten sich *Arbeitsvertragsformen*, die solche Einschränkungen in ihrer rechtlichen Konstruktion legal enthalten wie z. B. *Leiharbeit* nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz.

Verbunden mit der Arbeitsplatzmobilität ist meist aufgrund der großen regionalen Strukturunterschiede auch der *Druck auf eine erhöhte regionale Mobilität*, die mit zunehmendem Zwang, einen Arbeitsplatz zu finden steigt und

- 49) Klar zum Ausdruck kommen diese Bestrebungen in den Forderungen der 1970 von der Bundesregierung eingesetzten Studienkommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechts, deren Untersuchungsergebnisse 1973 als Bericht in 10 Bänden vorgelegt wurden. Kern der Untersuchung ist ein neu zu entwickelndes Dienstrecht, das nicht mehr hemmend den Rationalisierungs- und Ökonomisierungsbestrebungen der öffentlichen „Arbeitgeber“ im Wege steht. Die Aufteilung der Beschäftigten in Beamte, Angestellte und Arbeiter soll durch Dienstverhältnisse auf Dauer, Zeit, Probe und Teilzeitbeschäftigung ersetzt werden, was die Beseitigung von tarifvertraglichen Regelungen zwischen Gewerkschaft und Staat bedeutet. Inhalt des Dienstverhältnisses und Höhe der *Bezahlung* würden durch Gesetze geregelt. Steht die Realisierung der Forderung der Mehrheit der Studienkommission noch in weiter Ferne, so sind die vielfältigen Vorschläge zur Hebung der Mobilität und Flexibilität der Arbeitskräfte teilweise schon verwirklicht oder in reifen Planungsphasen befindlich. Analog zu Modellen der analytischen Arbeitsplatzbewertung in der Industrie existieren schon für etliche Zweige des öffentlichen Dienstes *Dienstpostenbeschreibungen*, -bewertungen und -bemessungen. Die sonst üblichen *Regelbeförderungen* werden eingeschränkt, befördert wird nur noch derjenige, der nachher auch einen höherwertigen Dienstposten ausfüllt. Das abstrakte *Beförderungsamt* fällt weg. Die *starrten Laufbahnen* sollen durch sogenannte *Funktionsgruppen* abgelöst werden, dem individuellen Aufstiegswillen des Beschäftigten soll unter Ausnutzung neu entstehender Konkurrenzmechanismen breiter Raum gewährt werden. Die öffentliche Ausschreibung von Dienstposten soll fähige Führungskräfte aus Industrie und Handel anlocken. Ebenso ist an die Entwicklung von differenzierten Zulagensystemen bei entsprechend hoher und guter Leistung gedacht. Bei schlechtem Leistungsstandard werden Zurückstufungen möglich. Vgl. genauer dazu: Armanski/Penth/Pohlmann, Staatsdiener im Klassenkampf – Soziale Lage und Kämpfe staatlicher Lohnarbeiter in der BRD, Gaiganz 1975.

auch vom Staat über sogenannte Mobilitätszulagen zu steigern versucht wird. (50)

All diese in der Krise angelegten Veränderungen setzen sich um so umfassender und tiefgreifender durch, je länger die Krise dauert und je mehr Beschäftigte sie erfaßt. Anhand der bisher vorliegenden Untersuchungen über die Krisenauswirkungen läßt sich der Grad der Durchsetzung dieser Maßnahmen noch nicht ablesen, dagegen gibt die oben genannte IAB-Untersuchung einige Hinweise darauf, in welchen Bereichen sich die Arbeitslosen am ehesten dem Druck der Unternehmen beugen. Generell sind die Möglichkeiten zur Wiederaufnahme der Arbeit sehr eingeschränkt, da nur 30 % der Befragten ein Arbeitsangebot erhalten hatten. Am wenigsten gefragt waren un- und angelernte Arbeiter (75 % ohne Stellenangebot), am meisten Facharbeiter (63 % ohne Angebot). Dementsprechend war auch die bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit bei den Un- und Angelernten am größten (17,2 Wochen). Befragt nach den Bedingungen, unter denen sie eine neue Arbeit annehmen bzw. eine angebotene Arbeit ablehnen würden, zeigen sich große Unterschiede nach Konzeptionsbereichen und nach sozialen Gruppen:

TABELLE XXX:

Konzeptionsarten	Gesamt (n = 454) ¹⁾	Haushalts- vorstände (n = 233)	Konzeptionsbereitschaft bei der Arbeitssuche							
			Männer (n = 224)	Frauen (n = 230)	bis 24 Jahre (n = 114)	25-44 Jahre (n = 200)	45 Jahre und mehr (n = 140)	un- und angelernte Arbeiter (n = 217)	Fach- arbeiter (n = 79)	Angestellte (n = 124)
Arbeit in anderer Branche	75,1 %	75,8 %	73,9 %	76,2 %	80,0 %	74,1 %	72,4 %	77,8 %	73,0 %	70,0 %
Weiterer Weg zur Arbeit	57,8 %	60,6 %	70,4 %	45,5 %	76,8 %	54,1 %	47,4 %	52,8 %	60,9 %	59,7 %
Wesentlich weniger Verdienst	11,4 %	9,8 %	11,9 %	11,0 %	16,1 %	9,5 %	10,4 %	14,0 %	2,8 %	11,4 %
Ganz andere Tätigkeit als bisher	61,8 %	64,4 %	64,2 %	39,5 %	70,0 %	61,3 %	55,9 %	69,5 %	60,9 %	46,4 %
Schlechtere berufliche Position	26,3 %	25,8 %	27,1 %	25,4 %	28,4 %	23,9 %	27,8 %	28,3 %	14,0 %	25,8 %
Umzug	18,8 %	23,8 %	25,5 %	12,2 %	22,3 %	23,1 %	9,6 %	18,3 %	16,0 %	19,1 %
Weniger interessante Tätigkeit als bisher	44,5 %	48,4 %	43,9 %	45,1 %	37,5 %	47,3 %	46,2 %	49,6 %	30,0 %	36,0 %

¹⁾ In diese Auswertung wurden alle Arbeitslosen einbezogen, die vorher erwerbstätig waren und zu dieser Frage eine Angabe gemacht haben.

Konzeptionsindex (= durchschnittl. Zahl der Konzeptionen pro Person)	2,96	3,08	3,17	2,75	3,31	2,93	2,70	3,10	2,58	2,71
---	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------

Handwritten note:
Konzeptionsbereitschaft

50) Angesichts der Tatsache, daß in der aktuellen Krise qualifizierte Facharbeiter auf Stellen von An- und Ungelernten gesetzt werden (die ihrerseits wieder entlassen wurden), wirkt es schon wie ein Hohn, daß in den Gewerkschaftlichen Monatsheften den Gewerkschaften angesichts „rapiden techno-ökonomischen Strukturwandel(s)“ anempfohlen wird, „auf eine größere Mobilität der Arbeitnehmer hinzuwirken, die das individuelle Machtpotential des Arbeitnehmers erhöht und die sozialen Risiken des Strukturwandels mindert.“ (Müstermann/Schacht/Unterseher, Handlungsfelder der Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 6/75). Die Wirkungen der kapitalistischen Krise werden auf den einzelnen Arbeiter abgewälzt, die geforderte Politik der „rationalen und erweiterten Nutzung von Umschulungsmöglichkeiten“ wird dabei nicht nur durch die *faktischen* Wirkungen dieser Politik ad absurdum geführt (vgl. dazu unseren Teil III-Sozialpolitik-), sondern auch durch die Pläne des sozialdemokratischen Arbeitsministers, das Arbeitsförderungsgesetz zu novellieren und der Krise anzupassen: Nicht durch Erweiterung, sondern durch den *Abbau* solcher Umschulungsmöglichkeiten.

Handwritten note:
Handwritten signature and date: 1965/12/10

Quelle: Saterdag. Situationsmerkmale . . . a.a.O. S. 146

Die Konzessionsbereitschaft ist bei Branchen- und Tätigkeitswechsel sowie Verlängerung des Arbeitsweges relativ hoch, bei Verdienst und Wohnortwechsel relativ gering. Diese Aussagen weisen darauf hin, daß die Identifikation mit dem konkreten Inhalt der Arbeit und den Arbeitsbedingungen weit hinter die Bedeutung der Sicherung des Reproduktionsniveaus und der privaten Bindungen zurückfällt. In der Gruppe der Un- und Angelernten ist die Konzessionsbereitschaft generell am höchsten, im einzelnen beim Branchen- und Tätigkeitswechsel, aber auch bei Verdienstminderung und Verschlechterung der beruflichen Position überdurchschnittlich. Im Gegensatz dazu sind die Facharbeiter bei den letzten beiden Punkten – Verdienstminderung und Verschlechterung der beruflichen Position – kaum konzessionsbereit. Die Angestellten legen besonderen Wert auf die Beibehaltung ihrer Tätigkeit, sind aber überdurchschnittlich mobil.

Wie bereits angedeutet, läßt sich bisher über die Auswirkungen der Dauer der Arbeitslosigkeit auf das Anspruchsniveau wenig aussagen, eine langsame Zunahme der Konzessionsbereitschaft bei den Bedingungen Verdienstminderung und Umzug deutet sich an, dagegen eine Verstärkung in der Ablehnung einer weniger interessanten Tätigkeit und der Verschlechterung der beruflichen Position:

TABELLE XXXI:

Konzessionsbereitschaft bei der Arbeitssuche in Abhängigkeit von der Dauer der Arbeitslosigkeit

	1-4 Wochen (n=127)	5-8 Wochen (n=75)	9-16 Wochen (n=113)	17-25 Wochen (n=40)	26 und mehr Wochen (n=94)	Durchschnittl. Dauer der Arbeitslosigkeit in Wochen
Arbeit in anderer Branche	76,9 %	75,4 %	72,2 %	69,5 %	78,3 %	16
Weiterer Weg zur Arbeit	54,7 %	59,0 %	63,2 %	70,5 %	48,9 %	15
Wesentlich weniger Verdienst	9,7 %	7,8 %	13,1 %	12,6 %	14,8 %	21
Ganz andere Tätigkeit als bisher	70,5 %	54,9 %	55,7 %	64,0 %	61,5 %	16
Schlechtere berufliche Position	27,4 %	32,0 %	28,7 %	20,0 %	19,7 %	15
Umzug	7,5 %	23,2 %	25,4 %	17,8 %	22,2 %	19
Weniger interessante Tätigkeit als bisher	50,8 %	43,8 %	44,5 %	40,0 %	38,6 %	14

Quelle: Saturday, Situationsmerkmale . . . a.a.O., S. 147

*Weg, keine mind. Wahlfrist
Wahlberechtigung
Wahlberechtigung als Voraussetzung
Wahlberechtigung als Voraussetzung
Wahlberechtigung als Voraussetzung
Wahlberechtigung als Voraussetzung
Wahlberechtigung als Voraussetzung*

Spiny nicht wirklich

Spiny

*Schwierigkeiten vor uns bestehen
kann man nicht erklären
arb. losen Feld → Hilfe = verschlechterung*

Die Bemühungen des Staates, die Tätigkeit der Arbeitsämter überregional zu koordinieren, die Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes zu verschärfen und die Umschulungsmöglichkeiten einzuschränken, zielen gemeinsam in die Richtung, eine breite Herabstufung der Beschäftigten durchzusetzen.

4. DIE ZUSAMMENSETZUNG DER RESERVEARMEE

Das Wiedereinsetzen des Krisenmechanismus in der BRD führt über die zunehmende Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu einer Spaltung der Arbeitsbevölkerung in einen Teil von intensiv und extensiv Beschäftigten und einen Teil, dessen Arbeitsvermögen brachliegt. Diese Spaltung geht weit über die Differenzierungen der Beschäftigten aufgrund der Arbeits- und Einkommensbedingungen hinaus und stellt die Interessenvertretung der Arbeiterklasse insgesamt vor qualitativ neue Aufgaben. Um Vorstellungen darüber entwickeln zu können, auf welche Weise eine Interessenvertretung der Arbeiterklasse insgesamt unter den veränderten Bedingungen der Krise durchgesetzt werden kann, muß auch herausgearbeitet werden, *welche objektiv gesellschaftlichen Bindungen zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten bestehen, über welche Mechanismen der Prozeß der Ausgliederung bestimmter sozialer Gruppen aus dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß stattfindet*. Ebenso kann eine selbständige Organisation und Interessenvertretung von Arbeitslosen in ihrer Durchsetzungsfähigkeit nur beurteilt werden, wenn einerseits die Voraussetzungen und Auswirkungen der gesellschaftlichen Desintegration durch Arbeitslosigkeit in ihrer Tragweite begriffen werden, andererseits die Zusammensetzung der Reservearmee selbst analysiert ist. Daher werden im folgenden die gesellschaftlichen Gruppen, die besonders ausgeprägt von Arbeitslosigkeit betroffen und ihre spezifische Eingliederung in die gesellschaftliche Produktion charakterisiert. Teil IV versucht dann, die Bedeutung dieser Konkurrenzbedingungen für die gewerkschaftliche Politik umzusetzen.

Die verschiedenen *Prozesse der Herabstufung innerhalb der Beschäftigten* z. B. durch die Rationalisierungswelle im Verwaltungs- und Dienstleistungssektor, durch die Dequalifikation traditioneller Facharbeitertätigkeiten etc. sind für die Widerstandsmöglichkeiten gegen Arbeitsplatzunsicherheit, Lohnabbau und Arbeitsintensivierung gleichermaßen von Bedeutung, konnten aber im Rahmen dieser Artikel nicht mehr ausführlich behandelt werden.

4.1 Frauen

Die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Berufstätigkeit von Frauen und ihre soziale Situation unterscheiden sich in wesentlichen Punkten grundsätzlich von denen männlicher Erwerbstätiger. Trotz des langfristigen Integrationsprozesses der Frauen in die Arbeitsbevölkerung haben sich diese Voraussetzungen und Bedingungen nicht grundlegend geändert. Sie erfüllen nach wie vor die Doppelfunktion von

flexiblen, niedrig bezahlten und mit gering qualifizierten Arbeiten beschäftigten Arbeitskräften einerseits und der Aufrechterhaltung und Reproduktion der Familienstruktur andererseits. Diese Funktionen werden im folgenden in ihrer gegenseitigen Bedingtheit für die gegenwärtige Phase dargestellt, um daraus Folgerungen für die Möglichkeiten aktiver Interessenvertretung zu ziehen.

Die *spezielle Stellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt* läßt sich über folgende Faktoren beschreiben:

- Durch die weitgehende Diskriminierung der Frauen in der *schulischen und beruflichen Ausbildung* werden ihre Berufsmöglichkeiten von vornherein auf gering qualifizierte, monotone und niedrig entlohnte Arbeiten eingeschränkt. Während sie in den Berufsschulen mit 44,1 %, den Berufsfachschulen mit 61,8 % und den Fachschulen mit 62,2 % ungefähr ihrem Jahrgangsanteil entsprechend vertreten sind, sind sie an den Ingenieurschulen mit einem Anteil von 1,5 %, den Technikerschulen 10,2 %, den Berufsfachschulen mit 11,4 % und den Hochschulen mit 24,6 % stark unterrepräsentiert. Gleiches gilt für die betriebliche Ausbildung, wo sie z. B. nur 7 % der Industrielehrlinge stellen, die auch noch auf das Textil- und Bekleidungs-gewerbe konzentriert sind. (51) Ähnliches gilt für die berufliche Weiterbildung und Umschulungsmöglichkeiten.
- Berufsausbildung und Berufszugänge sind auf *spezifische „Frauenberufe“* eingeschränkt. Von den 69 % der weiblichen Erwerbstätigen, die über eine Lehr- bzw. Anlernausbildung verfügen, konzentrieren sich 80 % auf nur 14 Berufe, wobei diese Konzentration in der letzten Zeit eher noch zugenommen hat. (52)

Besetzung der Berufsausbildungsstellen 1968/69:

- Groß- und Einzelhändlerin	29,5 %
- Industriekaufmann	23,9 %
- Friseurin	8,7 %
- Sprechstundenhelferin	7,7 %
- Hauswirtschaftsgehilfin	3,8 %
- Bankkaufmann	3,5 %
- Schneiderin	2,9% usw.

Unter diesen Schwerpunkt-Berufen sind Facharbeiter-Berufe kaum enthalten.

Handwritten notes:

Frauen + Beruf → Frauen
 Aufklärung → Bedeutung d. Arb. l. problems
 → werden als Arb. l. nicht wahrgenommen
 von off → jgl = nicht vorstellbar

51) Brandt/Koort/Steppe, Zur Frauenfrage im Kapitalismus, es 581, Frankfurt, 1975/
 S. 81.

52) Hans Hofbauer, Potentielle Berufsfelder für Frauen, in: MAB 3/1973, S. 336 ff., hier
 S. 339.

Hoff bei regionalen Berufsberatung =
 Wasser etc.)

- Ausbildungsqualität und -breite zusammengenommen, verwundert es nicht, daß Frauen sich jeweils auf die *unteren Qualifikationsstufen* in den ausgeübten Berufen konzentrieren. So verteilten sich 1969 männliche und weibliche Arbeiter auf die Leistungsgruppen:

TABELLE XXXII:

	m	w
LG 1	56,2 %	6,2 %
LG 2	32,1 %	48,6 %
LG 3	11,7 %	45,2 %

Quelle: Jutta Menschik, Gleichberechtigung oder Emanzipation?, Fischer TB 6507, Frankfurt, 1974, S. 177

1966 verteilten sich die männlichen und weiblichen Angestellten auf die Leistungsgruppen:

TABELLE XXXIII:

	m	w
LG I b	4,7 %	0,4 %
LG II	24,4 %	3,8 %
LG III	52,2 %	30,3 %
LG IV	16,6 %	55,2 %
LG V	1,9 %	10,3 %

Quelle: IMSF, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970, Teil III, S. 514 - Vgl. auch: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 11/1972, S. 680 und S. 700 ff.

Insgesamt üben fast 60 % aller weiblichen Erwerbstätigen eine Arbeit aus, die keine Ausbildung bzw. eine Einarbeitungszeit von unter 1/2 Jahr erfordert (ebenda, S. 512).

- Die gesamte gesellschaftliche Organisation, die Struktur der Institutionen, die Erziehung und die gesellschaftliche Arbeitsteilung verweisen die Frau auf ihre Funktion als *Trägerin des familiären Haushalts*, als Zuarbeiterin für die Arbeitsfähigkeit des Mannes und als Pflegerin des Nachwuchses. Diese Familienorientierung ist zwar bereits vielfach durch eine selbständige Berufsorientierung durchbrochen und verändert, prägt aber immer noch die durchschnittliche Berufseinstellung und das durchschnittliche Berufsverhalten der Frauen. Die Mehrheit der Frauen nähert sich dem *Typ der mitverdienenden Frau*, deren Übergang zwischen aktiver und passiver Arbeitsbevölkerung noch flexibel ist, die beruflich bezüglich Lohnhöhe, Qualifikation, Arbeitsplatzsicherheit etc. diskriminiert wird, deren Einkommen aber zunehmend zum notwendigen Bestandteil des Einkommens von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten wird.

Entsprechend wird die Hausfrauen-Existenz von der überwiegenden Mehrheit der Frauen immer noch der Berufsexistenz vorgezogen. (53) Die Bedeutung des Berufs wird überwiegend in individuellen, immateriellen Verwirklichungen gesehen (27,5 %: sich in einer Tätigkeit ausdrücken und anerkannt werden, 18 %: als Lebensaufgabe, 15 %: zur Erlangung von Selbständigkeit und Unabhängigkeit); allerdings nehmen bei den Angestellten- und Arbeiterfrauen existenzielle Zwänge zu. (54) In den Begründungen für die Beendigung der Erwerbstätigkeit stehen noch

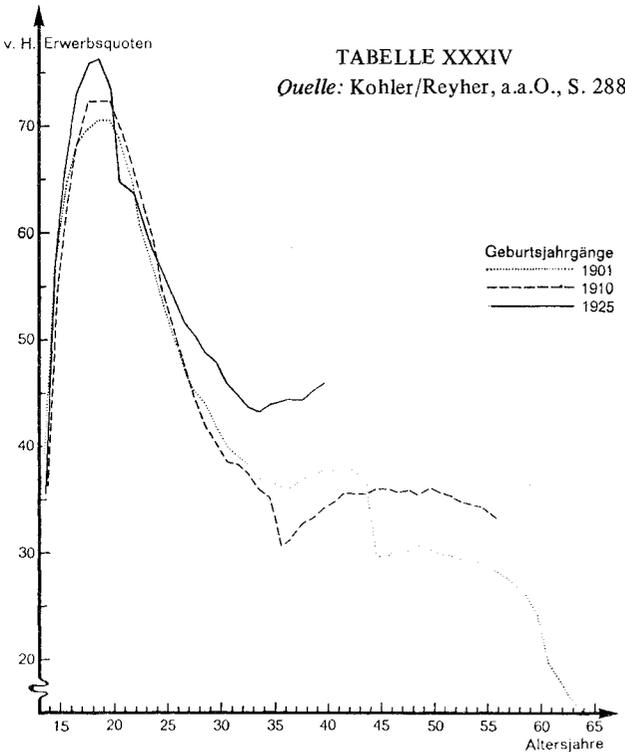
53) Nach einer Untersuchung von Pfeil von 93 %, vgl. Menschik, a.a.O., S. 123, Fn. 95.
54) Ebenda, S. 112.

die familiären Gründe im Vordergrund: Heirat, Kinder, Pflege von Familienangehörigen. Nicht unerheblich sind daneben physische Einschränkungen: Alter, Gesundheit, Überforderung.

Dararaus läßt sich ableiten, daß *das berufliche Schicksal von Frauen sich stark nach Klassen- und Schichtzugehörigkeit, Familienstand und Alter differenziert*. So arbeiten 84 % der ledigen Frauen über 25, 90 % der ledig/geschiedenen Frauen zwischen 20 und 50 und 70 % der ledigen/geschiedenen Frauen über 50 Jahre, weil sie sich den Lebensunterhalt verdienen müssen. Bei verheirateten Frauen stehen Interesse am Beruf und sich mehr leisten zu können im Vordergrund. (55)

Durch eine Zeitreihenanalyse der Zu- und Abgänge von Frauen kann eine *Phasengliederung der Berufstätigkeit der Frau* entwickelt werden, die in den letzten Jahrzehnten relativ unverändert geblieben ist: (56) nach der Absolvierung der

Verlauf der Erwerbsquoten nach Altersjahren bei weiblichen Erwerbspersonen.



- 55) Weltz, Bestimmungsgrößen der Frauenerwerbstätigkeit, in: MAB 2/1973, S. 201 ff., hier S. 207.
- 56) Kohler/Reyher, Erwerbstätigkeitsphasen der Frauen, in: MAB, 3/1970, S. 286 ff.

– sich verlängernden – Ausbildungsphase beginnt die erste Erwerbstätigkeitsphase von durchschnittlich 10 Jahren, deren Dauer aufgrund zunehmender Ausbildungsdauer, vermehrter Ausbildungsunterbrechungen und früherem Heiratsalter abnimmt. Die Rückkehr in das Erwerbsleben verteilt sich ziemlich gleichmäßig über alle Altersgruppen. Es kann nur geschätzt werden, daß bei größerer Ausbildungsdauer die Unterbrechung kürzer ist, bei Heirat länger. Der häufigste Wert der Rückkehr zu einem Beruf liegt bei 27 Jahren. Die zweite Erwerbstätigkeitsphase wird von vielen Frauen noch ein- oder mehrmals unterbrochen mit den hauptsächlichsten Begründungen eigener Krankheit, Kinderbetreuung, Umzug.

(siehe TABELLE XXXIV auf Seite 101)

Die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit war bei ca. 50 % der Frauen mit einem Berufswechsel verbunden, relativ unabhängig von der Dauer der Unterbrechung und der Dauer der Ausbildung. Dennoch ist Stellen- und Berufswechsel bei Frauen nicht so häufig wie bei Männern. (57)

Umgesetzt auf die Entwicklung in den sechziger Jahren hat die Berufstätigkeit der Frauen insgesamt und speziell in der dritten Phase zugenommen. Dies ist Resultat einer verstärkten Berufstätigkeit bereits in der ersten Phase und einer größeren Kontinuität der Berufstätigkeit in der zweiten Phase durch Weiterarbeit, Teilzeitarbeit, Gelegenheitsarbeiten. (58)

Die Erwerbstätigkeit von Frauen unter 25 hat sich kontinuierlich seit längerer Zeit verringert, bei den 20–25jährigen ist allerdings seit 1970 wieder eine Zunahme zu bemerken. Die Erwerbsquote der Gruppe 25–45 Jahre schwankt mit der konjunkturellen Entwicklung, wobei 1964/65 ein Höhepunkt erreicht wurde; nur die Gruppe der 30–35jährigen, die die bisher geringste Erwerbsquote hatte, nahm kontinuierlich zu. In der Gruppe der 45–60jährigen läßt sich eine leichte Erhöhung der Erwerbstätigkeit mit stärkeren konjunkturellen Schwankungen ablesen. In der Gruppe über 60 Jahre zeigt sich eine stabile Zunahme. Insgesamt stagniert die Frauenerwerbstätigkeit auf dem Niveau von 1967. Generell ist die Erwerbsfluktuation bei den Frauen wesentlich höher als bei den Männern, was durch die relativ hohen Arbeitslosenquoten und die Möglichkeit des Rückzugs ins Privatleben belegt wird.

Der Doppelfunktion der Frauenarbeit entspricht die Zunahme der Teilzeitarbeit bei Frauen. Die Anzahl der Teilzeitarbeiterinnen stieg seit 1957 um 243 % (sogenannte Teilzeitarbeit aus eigenem Entschluß). Sie konzentrieren sich zunehmend auf abhängige Beschäftigungen und nach Branchen auf das produzierende Gewerbe zu 32 %, öffentliche Dienste und Dienstleistungen zu 30 %, Handel und Verkehr zu 24 % und in der Landwirtschaft zu 13,5 %, wo 1957 noch über 50 % der Teilzeitarbeiterinnen als mithelfende Familienangehörige tätig waren. (59)

57) Nach Menschik, a.a.O., S. 116 f. Diese Aussage wäre sehr wichtig, da die Unstetigkeit der Frauen häufig als Argument für ihre berufliche Diskriminierung benutzt wird.

58) Friedrich Weltz, Bestimmungsgrößen der Frauenerwerbstätigkeit, in: MAB, 2/1071, S. 201 ff., hier S. 213.

59) Vgl. Projekt Klassenanalyse, Materialien zur Klassenstruktur der BRD, Teil II, Berlin, 1974, S. 88 ff. und Tabellen.

Die Zahl der Teilzeitarbeiterinnen ist ausgeprägt konjunkturreegibel, ein Großteil der arbeitslosen Frauen meldet sich für eine Teilzeitbeschäftigung.

Die Annahme der Doppelfunktion durch die Frauen kanalisiert sie in der Mehrheit in die Rolle einer industriellen Reservearmee, die je nach kurz- und langfristigen Akkumulationszyklen gering qualifizierte Arbeiten unter schlechten Arbeitsbedingungen und bei geringer Entlohnung, ohne Aufstiegsmöglichkeiten und soziale Sicherheit verrichten muß. Die Kontinuität einer beruflichen Entwicklung und Qualifikation wird ständig von Veränderungen des Arbeitsmarktes und Anforderungen der Familie bedroht. Eine ausreichende Altersversorgung kann sich nur ein geringer Teil erarbeiten, Frauen stellen 85 % der Empfänger der niedrigsten Renten, die Mehrheit ist auf die Unterstützung durch Familienangehörige und Sozialhilfe angewiesen. (60) Dabei wird die Arbeitsfähigkeit der Frauen dermaßen ausgenutzt, durch Doppelarbeit und durch die Beschäftigung bei hochintensivierten Produktions-, Verwaltungsarbeiten und Dienstleistungen unter Akkordbedingungen, daß schon im frühen Alter vielfältige gesundheitliche Schäden auftreten: „Frauen, die zehn Jahre am Fließband sitzen, sind es gar nicht mehr wert, geheiratet zu werden. Herzfunktionsstörungen, Regelwidrigkeiten, Kreuzschmerzen, Schulterverspannungen, Kopfweg, Magen- und Darmstörungen, psychische Störungen, Neurosen sind der übliche Preis für jahrelange Überbeanspruchung von Arbeiterinnen an Fließbändern und Halbautomaten.“ (61)

Der objektive und subjektive Zwang für viele Frauen, unter diskriminierenden gesellschaftlichen Bedingungen berufstätig zu sein, zwingt sie über den Mechanismus struktureller und konjunktureller Krisen in ihrer Mehrheit in überanstrengende, schlecht bezahlte und unsichere Arbeitsplätze. Die Möglichkeit, selbstgewählte, bessere Arbeitsplätze zu finden, nimmt eher ab. (62)

Reaktionsmöglichkeiten der Frauen auf die Arbeitsplatzunsicherheit/Arbeitslosigkeit und ihr derzeitiges Verhalten

Stellen einerseits die Frauen zwar einen erheblichen Anteil der offen und verdeckt Arbeitslosen in der BRD, so liegen bisher nur wenige empirische Ansatzpunkte dazu vor, wie der Bedingungs Zusammenhang zwischen ökonomischer und sozialer Lage und beruflicher Interessenvertretung zusammengesetzt ist und sich entwickelt. So kann weder daraus, daß die Frauen mehrheitlich den gering qualifizierten Arbeitern und Angestellten angehören, die über ein relativ ausgeprägtes Bewußtsein ihrer zunehmenden Arbeitsplatzunsicherheit besitzen (63), geschlossen werden, daß von

60) Brandt/Kootz/Steppe, a.a.O., S. 63.

61) Zitiert nach Menschik, a.a.O., S. 129. Vgl. auch Industriearbeit und Gesundheitsverschleiß, Frankfurt, 1974, S. 216 ff.

62) Vgl. Brandt/Kootz/Steppe, a.a.O., S. 88 f. sowie Weltz, a.a.O., S. 213 ff.

63) Vgl. Bunz/Jansen/Schacht, Qualität des Arbeitslebens, Hrsg. vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn-Bad Godesberg, 1973, S. 92 ff. sowie Kern/Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Teil II, Frankfurt, 1970, S. 149, 153.

ihnen entscheidende Impulse für eine Sicherung der Arbeitsplätze ausgehen, noch daraus, daß bisher keine exemplarischen Kampfaktionen von Frauen gegen die Arbeitsplatzunsicherheit ausgegangen sind, daß sie kein Konfliktpotential darstellen. (64)

So können bisher nur *Thesen über die konstituierenden Bedingungen ihres Verhaltens* aufgestellt werden:

Von entscheidender Bedeutung ist, daß in der BRD ein *Recht auf Arbeit* für Frauen nicht existiert, schon gar nicht auf eine Arbeit eigener Wahl mit entsprechenden Qualifikationen. Diesem gesellschaftlichen Zustand wird auch kein entwickelteres Bewußtsein breiterer Bevölkerungsgruppen, Institutionen und Parteien sowie bei der Mehrheit der Frauen selbst entgegengesetzt. So werden die Frauen für „Frauenarbeiten“ erzogen und ausgebildet und auf typische Frauenarbeitsplätze gezwungen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung ihrer Familienfunktion, keine Partei/Gewerkschaft vertritt entschieden ihre Interessen und sie selbst sind über diese Situation weitgehend im unklaren.

1. Für die Frauen besteht zumindest grundsätzlich die ständige Rückzugsmöglichkeit aus dem Beruf in den Familienverband, der für sie zwar Abhängigkeit und Vereinseitigung bedeutet, aber immer noch ökonomische Absicherung, Verausgabung und Bestätigung in der Hausfrauenfunktion bietet. Arbeitslosigkeit bedeutet für sie nur den Verlust einer Funktion, auf die sie sich nicht vollständig angewiesen fühlen und die sie tendenziell überfordert. Viele Frauen werden daher sofort bei Arbeitsplatzverlust in die Familie zurückkehren und die Arbeit erst bei einem entsprechenden Angebot wieder aufnehmen. Schon die Beantragung von Arbeitslosengeld bringt Schwierigkeiten, da sie teilweise nicht ausreichend Arbeitslosenversicherung gezahlt haben und auf die „letzten“ Arbeiten vermittelt werden können, da keine Fachqualifikationen vorhanden sind. Spätestens nach einem Jahr reduziert sich die Arbeitslosenhilfe durch die Anrechnung des Familieneinkommens bzw. entfällt. Möglichkeit und Notwendigkeit des Rückzugs in die Familie führen zu einer breiten, verdeckten Arbeitslosigkeit bei Frauen, was bisher die Herausbildung einer breiten, kontinuierlichen, gewerkschaftlichen und politischen Interessenvertretung entscheidend behindert hat. Die Folgen des Arbeitsplatzverlustes werden privatisiert, in der Familie als Konflikt ausgetragen und erscheinen in ganz anderen Inhalten und Formen (Scheidung, psychisch bedingte Krankheiten etc.).
2. Die vorausgesetzte Eingeschränktheit der Frauenerwerbstätigkeit hat viele Formen von Arbeitsverhältnissen für Frauen hervorgebracht, die die Entwicklung eines gleichberechtigten Arbeitsbewußtseins, Kommunikationsstrukturen aus der Arbeit heraus, gemeinsame Interessenvertretung und rechtliche Ansprüche mindern oder sogar unmöglich machen. Das früher dominante Arbeitsverhältnis der

64) Wichtig in diesem Zusammenhang sind allerdings die Streiks von mehrheitlich ausländischen Arbeiterinnen gegen die Leichtlohngruppen bei Hella/Lippstadt und Pierburg /Neuss. Vgl. auch Teil 5.2.

mithelfenden Familienangehörigen und der Heimarbeiterin hat zwar an Bedeutung verloren, dafür nehmen aber Teilzeitarbeit, „Arbeitnehmerüberlassung“ (Leiharbeit) und befristete Arbeitsverträge zu. Die Frau wird nicht Bestandteil der Stammbesellschaft im positiven Sinn mit der Folge sich langfristig herausbildender, gemeinsamer Arbeitserfahrung und Interessenvertretung – ihre Entlassung geschieht als wenig beachteter, rechtmäßiger und ihr irgendwie adäquater Vorgang.

3. Die Diskriminierung im Beruf wird von den Frauen weitgehend durch eigenes Verhalten mitgetragen. Durch die starke Familienorientierung nutzt sie die Berufstätigkeit zwar zum Aufbau eigenständiger sozialer Beziehungen und privaten Informationsaustausch, der sich aber mehr auf die Familie als das Betriebsgeschehen und die gemeinsame Interessenvertretung bezieht. Das wirkt sich auch im Grad ihrer gewerkschaftlichen Organisierung aus, der mit 18 % sehr niedrig liegt. Erst ein umfassender beruflicher Erfahrungsprozeß, der durch die Betriebsgröße, die Höhe des betrieblichen Status, die Dauer der Erwerbstätigkeit und das Alter maßgeblich mitbestimmt wird, verstärken die Einsicht in die gewerkschaftliche Organisierung. (65)

Eine Verstärkung der Diskriminierung bzw. Verunmöglichung des Widerstandes gegen Arbeitslosigkeit liegt in dem geringen Informationsstand der Frauen über ihre eigene Situation und in ihrem Verhalten, schon von sich aus nur geringe Ansprüche an Arbeitsbedingungen, Arbeitsform und Entlohnung zu stellen. Nach der Untersuchung von Weltz waren die befragten Frauen über die Arbeitsmarktsituation und die Qualifikationsanforderungen katastrophal im Irrtum und artikulierten ihre Anforderungen an ihre (potentielle) Beschäftigung nur auf „bescheidenstem“ Niveau. (66)

4. Die Bedingungen einer aktiven, breiten Interessenvertretung aus den Arbeitsbedingungen heraus sind für verschiedene Frauengruppen sehr unterschiedlich. Ein Großteil von ihnen arbeitet in kleingewerblich organisierten Dienstleistungen oder bei Privatpersonen (Einzelhändlerin, Friseurin, Schneiderin, Hausgehilfin, Arzthelferin), wo das Arbeitsverhältnis noch weitgehend als persönliches Abhängigkeitsverhältnis ausgeprägt ist, Lohnarbeit nicht massenhaft als Schicksal in Erscheinung tritt, der Kontakt zum Kunden und damit auch die Qualität der Arbeitsleistung wichtig ist. Gewerkschaftliche Betätigung ist unter solchen Umständen von starker persönlicher Initiative abhängig, Unterstützung von Widerstand gegen den „Arbeitgeber“ durch die Kollegen oder die Gewerkschaft meist irrelevant.

Anders verhält es sich für die Arbeiterinnen und Angestellten im produzierenden Gewerbe, im Handel-, Geld- und Versicherungswesen und im öffentlichen Dienst. Hier sind die Frauen mit starker Konzentration in Großbetrieben bzw. Großbüros mit vielen Frauen in gleicher Situation zusammen. Die Gemeinsam-

65) Genauere Daten vgl. Brandt/Kootz/Steppe, a.a.O., S. 65 ff.

66) Weltz, a.a.O., S. 209 ff.

keit tritt deutlich in Erscheinung und kann sich – obwohl die individuellen Widerstandsformen vorherrschen – in gemeinsamen Widerstand umsetzen. Beispiele für den industriellen Bereich sind die erfolgreichen Aktionen zur Abschaffung der Leichtlohngruppen und zur Verringerung bestimmter Arbeitsbelastungen.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist in den industriellen Großbetrieben am höchsten. (67)

Gegen die Tendenz des Akzeptierens der Lohnarbeiterexistenz in den industriellen Großbetrieben wirkt die Verstärkung der Konkurrenz untereinander und mit anderen Beschäftigungsgruppen. Auf dem Teilarbeitsmarkt für gering qualifizierte, leichtere Arbeiten besteht durch die fließende Erwerbstätigkeit vieler Frauen ständig ein latentes Überangebot; hinzu kommen psychisch und physisch sehr leistungsfähige und sich selbst gegenüber rücksichtslose ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen, die das Überangebot noch verstärken. Auch seitens älterer dequalifizierter Arbeiterinnen existiert Konkurrenzdruck.

Da die industrielle Frauenarbeit inzwischen einen derartigen Grad von Intensität und Gesundheitsbelastung angenommen hat, daß die Frauen nur über eine Phase von ca. 10 Jahren volle Leistungsfähigkeit bringen können, entwickelt sich eine ständige Bedrohung durch jüngere und leistungsfähigere Arbeitskräfte. (68)

5. Im Mittelpunkt einer möglichen beruflichen Interessenvertretung der Frauen stehen die Gewerkschaften. Obwohl der DGB zentrale Fragen der Frauenerwerbstätigkeit wie gleichberechtigte Ausbildung, Doppelrolle, Lohnungleichheit aufgenommen hat, gehören die Frauen zu den gewerkschaftlich stark unterrepräsentierten Gruppen. Unterrepräsentiert sowohl im Bezug auf ihren Organisationsgrad, wie auch in ihrer Beteiligung an den betrieblichen und gewerkschaftlichen Organen (BR, VL, Gewerkschaftsausschüsse und -kongresse (69), wie auch in der Vertretung zentraler Frauenforderungen. Zwar hat der DGB einige sozialpolitische Verbesserungen für die Frauen gefördert und wort- und resolutionsradikal betriebliche Diskriminierungen angeklagt, ohne bisher in einer zentralen Frage, wie z. B. der Lohngleichheit, entscheidende Erfolge erzielt zu haben. Mit dafür verantwortlich ist, daß die DGB-Gewerkschaften entsprechend ihrer Vertretungskonzeption und entsprechend der schwachen Stellung der Frauen in der Organisation für Frauenprobleme noch nie die Mitglieder mobilisiert haben. Das sogenannte Jahr der Frau ist ein beredtes Beispiel dafür.

67) Vgl. Menschik, a.a.O., S. 179.

68) Nach der Befragung „Qualität des Arbeitslebens“, a.a.O., S. 112, sehen Frauen ihren Arbeitsplatz am meisten gefährdet durch Jüngere (28 %), besser Ausgebildete (19 %) sowie Frauen, Ausländer, Sonstige (je 2 %).

69) Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist bei den Arbeiterinnen zwischen 1952 und 1963 sogar von 24,7 % auf 19,8 %, bei den weiblichen Angestellten von 10,7 auf 7,4 % zurückgegangen, vgl. Schellhoss, Apathie oder Legitimität, München, 1967, S. 75. Ebenso Rückgang der weiblichen BR-Mitglieder zwischen 1965 und 1968; vgl. Brandt u. a., a.a.O., S. 66.

Die vorausgegangenen Überlegungen zeigen, daß grundlegende gesellschaftliche Verzerrungen verhindern, daß Frauen überhaupt das geringe Niveau von sozialem Widerstandverhalten entwickeln, was derzeit zumindest bei einigen Arbeitslosen-Gruppen vorhanden ist. Kurzfristig lassen sich für die akute Krise nur wenige Punkte zur Aktualisierung und Abmilderung des Problems der Frauenarbeitslosigkeit benennen:

- alle Frauen, die derzeit aus den verschiedensten Gründen nicht berufstätig sind, sollten sich arbeitslos bzw. arbeitssuchend melden, um einerseits für sich den generellen Anspruch auf Arbeit aufrechtzuerhalten und auch leichter eine Arbeit zu finden, andererseits, um diesen Anspruch auch gesellschaftspolitisch umfassend anzumelden und die verschiedenen Organisationen und den Staat zur Aktivität zu zwingen.
- Bildung gewerkschaftlicher Frauengruppen, in denen das Problem der Arbeitsplatzunsicherheit der Frauen in seinem Begründungszusammenhang diskutiert und die Privatisierung dieses Problems verhindert wird.
- Die Problematisierung der überdurchschnittlichen Entlassung von Frauen durch die Existenz reiner Frauenabteilungen; der Benachteiligung von Frauen, deren Mann auch berufstätig ist, bei der Sozialauswahl bei Entlassungen; verstärkte Wahl von weiblichen BR's und VL's.
- Verstärkung der Forderungen nach und Durchsetzung von besserer betrieblicher Aus- und Weiterbildung, breiterer sozialer Absicherung im Fall der Arbeitslosigkeit und verstärkter Berufsvermittlung von Frauen.

4.2 Ausländische Arbeiter (70, 71)

Der qualitative Anstieg der Ausländerbeschäftigung in der BRD fand in einer Phase statt, als die Nachfrage der Unternehmen und des Staates nach Arbeitskräften mit geringer Qualifikation, hohem physischen und psychischen Leistungsvermögen auf dem einheimischen Arbeitsmarkt nur zu decken gewesen wäre, wenn die Arbeitsbedingungen verbessert und die Einkommen aus solchen Tätigkeiten wesentlich gesteigert worden wären. Die hohen Akkumulationsraten in den 50er Jahren führten zu erheblichen Produktionsausweitungen ohne umfassende technologische Neuerungen, die Neuanlage des Zusatzkapitals in relativ arbeitsintensiven Produktionsverfahren bewirkte einen hohen Beschäftigungsgrad der einheimischen Arbeitsbevölkerung, sodaß um 1960 vom Erreichen der nationalen Vollbeschäftigung

- 70) Unter dieser Bezeichnung werden nur Arbeitskräfte verstanden, die aufgrund von struktureller Arbeitslosigkeit und Armut aus ihren weitgehend agrarischen, nur gering industrialisierten Heimatländern in die BRD immigriert sind und hier ohne die Möglichkeit einer langfristigen Integration gering qualifizierte Tätigkeiten verrichten.
- 71) Eine ausführliche Darstellung und Analyse der Ausländerbeschäftigung in der BRD unter dem Gesichtspunkt ihrer Stellung zur deutschen Arbeiterklasse liegt vor, in: Hildebrandt /Olle, Ihr Kampf ist unser Kampf, Teil I + II, Offenbach, 1975.

gesprochen werden kann. Da die BRD kein Einwanderungsland ist und daher der Arbeitsmarkt weitgehend geschlossen, „nationalisiert“ ist, wirkte das ökonomische Gesetz der Übernachfrage nach Arbeit in Richtung auf eine kontinuierliche Steigerung des Lebensstandards der einheimischen Beschäftigten (Lohnhöhe, Arbeitszeit, soziale Sicherung) und eröffnete den Lohnarbeitern die Möglichkeit, in einem bestimmten Rahmen überanstrengende, gesundheitsschädliche, unsichere und gering entlohnte Arbeiten ablehnen zu können. Genau in diese Phase fiel dann die gesteuerte Ausweitung der Anwerbung und Vermittlung von ausländischen Arbeitern durch die Bundesanstalt für Arbeit nach den Richtlinien des Ausländergesetzes und bilateraler Anwerbeverträge.

Da sich die Bedingungen der Ausländerbeschäftigung in der BRD seitdem entscheidend verändert haben, sind die *Ausgangsbedingungen der gelenkten Intensivierung der Arbeiterimmigration* festzuhalten:

- a) ein national geschlossener Arbeitsmarkt,
- b) staatliche Kontrolle grenzüberschreitender Wanderungen von Arbeitskräften,
- c) starke Nachfrage von Unternehmen und des Staates nach leistungsfähigen und arbeitswilligen Arbeitskräften, die über nur geringfügige Qualifikationen verfügen, nur relativ geringe Lohnforderungen stellen können und den Staatshaushalt wenig belasten für bestimmte Arbeitsplätze, für die zu solchen Bedingungen keine einheimischen Arbeitskräfte zu finden waren.
- d) Ferner gehört dazu die Existenz von unterentwickelt gehaltenen Peripherieländern, in denen Armut und Unterbeschäftigung herrscht, deren ökonomische Entwicklung von den auf dem Weltmarkt dominierenden Staaten in die Richtung aufgezwungen wird, daß der Anhäufung von Reichtum bei einigen wenigen Staaten und Bevölkerungsgruppen wachsendes Elend immer größerer Bevölkerungsteile gegenübersteht; sodaß die Regierungen dieser unterentwickelten Länder Millionen ihrer Arbeiter zur Ausbeutung in die Industriestaaten exportieren, um die sozialen Konflikte in ihren Ländern abzumildern.

Da die Konzeption der Ausländerbeschäftigung als Arbeitsmarktregulativ auf die kurzfristigen Bedürfnisse einzelner Kapitale und Kapitalgruppen außerhalb des nationalen Rechtsrahmens angelegt ist und seit Anbeginn von der Regierung, den Arbeitgeberverbänden, den Gewerkschaften und breiten Teilen der Einheimischen akzeptiert wurde, sind die Arbeitsimmigranten im klassischen Sinne Gefangene der ökonomischen Entwicklung, hin- und hergeworfen zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, zwischen verschiedenen Branchen und zwischen verschiedenen Ländern, unfähig, ihre Lage langfristig zu verbessern. Sie stellen in jedem Fall die unterste Schicht der Beschäftigten und – mit ihrer Herausbildung – auch der Reservearmee. In der Konkurrenz mit dem Unternehmer (als Arbeitsvertragschließende) wie auch in der Konkurrenz mit anderen Beschäftigten haben sie die niedrigste Machtposition.

Folglich bewirkte die Auflösung einiger der oben genannten Ausgangsbedingungen keine Veränderung ihrer Stellung innerhalb der Arbeitsbevölkerung. Sie bleiben auf der untersten Stufe, nur heißt das im Abschwung und in der Krise für die meisten Arbeitsimmigranten Arbeitslosigkeit, Illegalität, Abschiebung in das

Heimatland, wo das soziale Elend noch viel größer ist.

Es kann folglich festgehalten werden, daß die Wirtschaftspolitik der herrschenden Klasse in der BRD die Ausländer von Anfang an als zeitweises Arbeitsmarktregulativ für bestimmte Tätigkeiten verstanden hat, nur am Verbrauch von Arbeitskraft interessiert war, ansonsten aber die soziale und politische Integration der Arbeitsimmigranten verhindert hat und nun in der Krise diese Politik um so offener vertritt. Die Voraussetzungen für die ausländischen Arbeiter, ihre Arbeits- und Reproduktionsbedürfnisse zu verbessern haben sich mit dem *Einsetzen der Krise* noch verschlechtert:

- Die Unternehmer versuchten, mit zunehmender Anzahl von Ausländern in der BRD diese als Konkurrenz gegen die einheimischen Arbeiter einzusetzen und so durch die Spaltung der Belegschaften eine weitere Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen zu verhindern. Faktisch bestand diese Konkurrenz zu den ungelerten Arbeitern und Arbeiterinnen, Leih- und Teilzeitarbeitern von Anfang an, nur gewann sie mit der Ausdehnung der Ausländerbeschäftigung auf weite Bereiche des verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors eine gesellschaftliche Qualität, die die Ausnutzung nationalistischer Ideologien zur Einschränkung des Reproduktionsniveaus der einheimischen Arbeiter ermöglichte. So waren „Anti-Gastarbeiter-Kampagnen“ die Vorboten von Krisen, das erstmal die Arbeitszeit-Kampagne von 1965.
- Die Funktion der ausländischen Arbeiter als industrielle Reservearmee in ihrer flüssigen Form, die sich in Phasen der Prosperität in der Form der Rotation durchsetzt, wurde erstmals in der Krise 1966/67 offensichtlich, als kurzfristiger Zustand der Vollbeschäftigung durchbrochen wurde. Die entscheidende Grundlage der Anwerbepolitik, die Vollbeschäftigung, wurde durch die Verstärkung des Krisenzyklus und endgültig durch die langfristige Verwertungskrise seit 1970 vernichtet. Der Illusion der Eingliederung der Arbeitsimmigranten auf Lebenszeit stellte sich zunehmend die ökonomische Realität entgegen: als massenhafte Abschiebung in der Krise, als Anwerbestopp, als institutioneller Abbau der wenigen Rechte der Ausländer. Die Konzentration der Ausländer allein auf die schwersten und am schlechtesten entlohnten Arbeiten nahm zu.
- Während die Krisen die Ausländerbeschäftigung relativ konfliktlos regulierten, traten mit steigender Ausländerzahl in der BRD zunehmend Krisen im Reproduktionsbereich auf. Aufgrund des unzureichenden Ausbaus der Infrastruktur und der sozialen Sicherung im Verhältnis zu einer wachsenden Arbeitsbevölkerung ergaben sich notwendig Versorgungslücken und Finanzierungsschwierigkeiten, die die benachteiligten Bevölkerungsgruppen, die auch über das geringste Einkommen verfügen, am schwersten trafen. Das Abschieben der Verantwortlichkeit für diese Krisen im Reproduktionsbereich bildet folglich nicht nur im Produktionsbereich eine zentrale Ablenkungsstrategie. Obwohl die Ausländer auch bezüglich der Wohnverhältnisse, der Krankenversorgung, der sozialen Betreuung, der Alterssicherung, dem Zugang zu Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten auf die unterste soziale Stufe gedrängt werden, müssen sie diese Leistungen privat durch Steuern und Versicherungsbeiträge gleichberech-

tigt mit den Deutschen finanzieren. Hier steht allerdings das Interesse des Staates an einem minimalen Versorgungsstandard für alle sich in der BRD Aufhaltenden, der Vermeidung der Öffentlichkeit von krasser sozialer Not und Diskriminierung und einer daraus resultierenden Mobilisierung der Bevölkerung, gegen die Interessen der Einzelkapitale an billigen Arbeitskräften. Dieser Konflikt drückte sich z. B. in der Diskussion um eine „Gastarbeitersteuer“ aus.

- Der vollen Durchsetzung des Rotationsprinzips und der beliebigen Entlassung von Ausländern in der Krise stehen nicht nur betriebliche Interessen entgegen (Aufrechterhaltung bestimmter Produktionsprozesse und Dienstleistungen, Aufrechterhaltung der Spaltung der Beschäftigten), sondern auch minimale Rechte, die den Ausländern zugebilligt wurden und Rechte, die im Rahmen bilateraler oder multinationalaler Verträge (EWG, UNO, Internationale Arbeitsorganisation) vereinbart wurden. Um weiterhin den Arbeitsmarkt weitgehend d. h. zumindest die Arbeitskräftebewegungen über EWG-Grenzen hinaus, kontrollieren zu können, schränkt die Bundesregierung systematisch seit 1974, seit die Erkenntnis der tiefen Krise sich durchgesetzt hatte, solche Rechte der ausländischen Arbeiter ein (z. B. die Erteilung der Aufenthaltsberechtigung nach 5 Jahren, den Kündigungsschutz, die freie Wahl des Wohnsitzes etc.; vgl. dazu weiter unten).
- Ein weiterer Grund für die verschärfte Handhabung der rechtlichen und ökonomischen Disziplinierungsmittel ist in den Versuchen der Ausländer zu sehen, auch in der BRD ihre Interessen als Lohnarbeiter und Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft selbst zu vertreten. War die politische Betätigung und Organisierung von Ausländern durch die Beschneidung der Grundrechte und die massive Zerschlagung von politischen Parteien und Gruppen schon frühzeitig unterdrückt worden, so entwickelte sich durch die zunehmende Organisierung der Ausländer in den DGB-Gewerkschaften und ihre Teilnahme an den tariflichen und autonomen Arbeitskämpfen der Industriearbeiter eine Zersetzung der ökonomischen Funktion der Arbeitsimmigranten. Trotz umfassender Diskriminierung und Entrechtung führten ausländische Arbeiterinnen bei Pierburg/Neuss und Hella/Lippstadt die ersten großen Frauenstreiks in der BRD durch, machten die ausländischen Arbeiter durch ihre breite und initiative Beteiligung an den Streiks für Teuerungszulagen in der metallverarbeitenden Industrie 1973 auf die Arbeits- und Einkommensbedingungen un- und angelernter Arbeiter sowie auf die Diskriminierung der Ausländer in den Betrieben aufmerksam, demonstrierten Ausländer zusammen mit deutschen Kollegen gegen ihre Wohnbedingungen, die Kürzung des Kindergeldes, gegen massenhafte Entlassungen u. a. Teile der Arbeitsimmigranten und der Deutschen befinden sich in einem Lernprozeß, die Isolierung der Ausländer, die Spaltung der Belegschaften durch eine gemeinsame, solidarische Interessenvertretung aufzulösen. Die Ergebnisse der Betriebsratswahlen '75 sind das aktuellste Zeichen für die schrittweise Eingliederung der ausländischen Arbeiter in die westdeutsche Arbeiterbewegung. Bevor die Auswirkungen der Krise und der konjunkturellen Schwankungen auf die Ausländerbeschäftigung dargestellt werden, ist kurz die Stellung der ausländischen Arbeiter innerhalb des nationalen Gesamtarbeiters zu charakterisieren.

4.2.1 Die Herkunft der ausländischen Arbeiter aus weitgehend agrarischen, industriell unentwickelten Regionen sowie die spezifische Art ihrer Eingliederung in den Produktionsprozeß in der BRD bedingen ihre Zugehörigkeit zur untersten Schicht der Lohnarbeiter. Ihre Arbeiterexistenz wird gekennzeichnet durch:

a) Die Emigration ist Folge der niedrigen Durchschnittseinkommen und der hohen Arbeitslosenquote in den Peripherieländern. Die Arbeitsaufnahme in der BRD zielt darauf ab, zum Unterhalt der Familie und eventuell zum Aufbau einer selbständigen Existenz im Heimatland ein hohes Einkommen zu erzielen und einen beträchtlichen Teil davon zu sparen. Dafür steht ihnen nur ein kurzer Zeitraum zur Verfügung: 1968 waren 37 % der ausländischen Arbeiter weniger als drei Jahre in der BRD, 1972 mehr als die Hälfte (57 %) (72). Aufgrund des Anwerbestopps und der Entlassungen wird sich die durchschnittliche Verweildauer inzwischen noch mehr verringert haben.

Aus der *Dominanz des Einkommensmotivs* folgt, daß die Ausländer von der inflationären Entwertung ihres Einkommens und den Lohnminderungen besonders betroffen sind, andererseits fast jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Erhöhungen der Arbeitsintensität für Einkommenssteigerungen akzeptieren. Arbeitslosigkeit bedeutet für sie kurzfristig eine einschneidende Senkung des Einkommens, da sie durchschnittlich seltener und weniger Arbeitslosenunterstützung als die Einheimischen erhalten, langfristig Rückwanderung und damit Arbeitslosigkeit im Heimatland, wo sie nach dem Verbrauch ihrer Ersparnisse häufig auf eine niedrigere soziale Stufe als vor der Ausreise zurückfallen. Viele Ausländer ziehen daher die Illegalität in der BRD der Rückreise vor, z. Z. beträgt ihre Zahl ca. 500 000.

b) Der *Stundelohn* der ausländischen Arbeiter liegt im Durchschnitt erheblich unter dem einheimischen Arbeiter. Aufgrund der geltenden Lohnbemessungsgrundlagen in der BRD werden die psychischen und physischen Leistungen bei un- und angelernten Tätigkeiten, insbesondere bei sogenannten Ausländertätigkeiten relativ niedrig bewertet. Als spezifische Ausländerdiskriminierung kommt ihre Einordnung in die untersten Lohngruppen, die Verringerung von Zulagen, die Aussparung aus bestimmten Lohnnebenleistungen (z. B. Betriebsrente, Vermögensbildung, Treueprämien etc.) sowie der volle Abzug der Sozialabgaben hinzu, ohne dafür in vollem Umfang die entsprechenden Leistungen in Anspruch nehmen zu können. Die Ausländer kompensieren diese Unterentlohnung durch eine höhere Erwerbsquote (73) und einen hohen Überstundenanteil (74), sodaß im Ergebnis relativ niedrige Lohndifferenzen erscheinen: nach der Untersuchung

72) Bundesanstalt für Arbeit, Repräsentativuntersuchung '72 – Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, Nürnberg 1973, S. 32 f.

73) 1970 lag die Erwerbsquote der Ausländer mit 71 % deutlich über der der Einheimischen mit 43 %. Vgl. Wirtschaft und Statistik, Nr. 11/73, S. 643.

74) Ausländische Männer leisteten 1972 60 % mehr Überstunden als der Durchschnitt aller in der BRD beschäftigten Männer, ausländische Frauen 750 % mehr. Vgl. Bundesanstalt für Arbeit, Repräsentativuntersuchung '72, a.a.O., S. 87 ff.

der Bundesanstalt für Arbeit lagen die durchschnittlichen Brutto­löhne und -gehälter aller Beschäftigten im Frühjahr 1972 bei 1 346,- DM, die der Ausländer bei 1 280,- DM. (75) Wichtig für den niedrigen Durchschnittslohn der ausländischen Arbeiter ist auch, daß sie kaum als Facharbeiter oder sogar Angestellter eingestellt werden bzw. nach längerer Betriebszugehörigkeit in solche Positionen aufsteigen können. Als Begründung dafür dient ihre niedrige Qualifikation sowie die Unkenntnis der Sprache.

- c) Nimmt man aus den Statistiken über die *Qualifikation* die „übrigen Ausländer“ und mit Einschränkungen auch die Jugoslawen heraus, so zeigt sich, daß die Ausländer zu ca. 90 % in den unteren Arbeiter- und Angestelltenpositionen beschäftigt sind:

TABELLE XXXV:

Die ausländischen Arbeiter nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftszweigen und der beruflichen Stellung im Betrieb (in %)

Wirtschaftsabteilungen ausgewählte Wirtschaftszweige	Facharbeiter (einschl. Meister, Vorarbeiter im Stundenlohn)			angelernte Arbeiter			ungelernte Arbeiter		
	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt
Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft	.	—	16	.	.	23	32	.	61
Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	14	—	14	55	.	55	31	.	31
Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung, darunter	22	1	17	52	60	54	26	39	29
Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustrie	12	.	8	58	48	55	30	52	37
Maschinen-, Apparate- und Armaturenbau	34	4	29	47	50	48	19	46	23
Straßenfahrzeugbau	18	.	17	53	66	54	29	.	29
Elektrotechnik	23	.	11	52	68	60	25	32	29
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung) darunter	16	4	11	50	53	51	34	43	38
Textilgewerbe	14	5	9	56	66	61	30	29	30
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe darunter	37	—	37	31	.	31	32	.	32
Hoch- und Tiefbau	35	—	35	31	.	31	34	.	34
Handel, Geld- und Versicherungswesen	20	.	18	45	.	41	35	55	41
Dienstleistungen, darunter	.	8	14	.	28	32	.	64	54
Gaststättenwesen	.	.	14	.	.	34	.	63	52
Verkehrswesen	11	.	10	42	.	40	47	.	50
Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse, darunter	.	2	7	.	27	28	55	71	65
Krankenpflege (ohne Badeanstalten)	.	—	76	74
Alle Wirtschaftsabteilungen	23	3	18	46	51	47	31	46	35

Quelle: Repräsentativuntersuchung '72, a.a.O., S. 70

Die Gründe für diese niedrige Einstufung liegen erstens in dem niedrigen Qualifikationsniveau der Arbeitsimmigranten. Nach einer Untersuchung von

75) Ebenda, S. 96.

1971 verfügten 37 % der ausländischen Männer und 72 % der ausländischen Frauen vor ihrer Einreise über keine industrielle oder handwerkliche Berufserfahrung. (76) Sofern sie über eine Berufserfahrung oder eine Berufsausbildung verfügen, wird diese zweitens in den meisten Fällen in der BRD nicht anerkannt, weil die Ausländer für Anlerntätigkeiten angeworben wurden. Nach derselben Untersuchung arbeiteten nur 28 % der Ausländer in derselben Wirtschaftsabteilung in Deutschland wie im Heimatland. (77) Die Vernichtung von Qualifikationen der Arbeitsimmigranten drückt sich darin aus, daß 31 % der angelernten und 24 % der qualifizierten Ausländer in der BRD unter der Qualifikation beschäftigt wurden, die sie im Entsendeland erreicht hatten. (78) Die reale Dequalifikation wird noch wesentlich höher sein, da Formalqualifikationen verglichen werden und da die Ausländer viele Fähigkeiten und Kenntnisse verlieren, die für eine Beschäftigung im Heimatland von Bedeutung sind.

Drittens beschränkt sich die Möglichkeit des beruflichen Aufstiegs für ausländische Arbeiter in der Mehrzahl auf die Umstufung vom ungelerten zum angelernten Arbeiter, wobei sich die Tätigkeit selbst nicht verändert, der Aufstieg zum Facharbeiter bzw. qualifizierten Angestelltenpositionen ist sehr selten. Langjährige betriebliche Erfahrung führen bei den Ausländern in viel geringerem Umfang als bei den Einheimischen zur Verbesserung des Einkommens und zur Übernahme einer qualifizierten Tätigkeit. Zudem können solche geringfügigen Verbesserungen bei jeder Umsetzung und Entlassung zurückgenommen werden. Die Möglichkeiten der betrieblichen Aus- und Weiterbildung für ausländische Arbeiter sind sowohl vom Angebot als auch von den Dispositionsmöglichkeiten der Ausländer her gering. (79)

(siehe hierzu TABELLE XXXVI auf Seite 114)

Die Besetzung einer höheren betrieblichen Stellung ist an verschiedene Merkmale gebunden: relativ hohe Facharbeiterquoten stellen die Jugoslawen und die sogenannten übrigen Ausländer, bei denen schon bei der Anwerbung größtenteils eine anerkannte Ausbildung vorhanden war; weiterhin konzentrieren sich ausländische Facharbeiter bei den Männern auf das Baugewerbe und die Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung, bei den Frauen auf Dienstleistungsberufe; gegliedert nach Berufsgruppen konzentrieren sich die männlichen Facharbeiter auf die Schlosser, Mechaniker und zugehörigen Berufe, die Elektriker, Maler, Lackierer und verwandten Berufe, die weiblichen Facharbeiter auf die Textil- und Bekleidungsberufe. Interessant ist, daß der Anteil der Facharbeiter unter den Ausländern mit zunehmender Betriebsgröße abnimmt.

76) Ursula Mehrländer, Soziale Aspekte der Ausländerbeschäftigung, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 74.

77) Ebenda, S. 79.

78) Ebenda, S. 82.

79) Ebenda, S. 93 ff. sowie Repräsentativuntersuchung '72, a.a.O., S. 86 ff.

TABELLE XXXVI:

Die ausländischen Arbeiter nach dem Jahr der erstmaligen Einreise in das Bundesgebiet und der beruflichen Stellung im Betrieb (in %)

Einreisejahr erstmalige Be- schäftigungs- aufnahme im Bundesgebiet	bisherige (ununterbrochene) Aufenthaltsdauer	Facharbeiter (einschl. Mei- ster, Vorarbei- ter im Stun- denlohn)	ange- lernte Arbeiter	unge- lernte Arbeiter	alle Arbeiter
1972	höchstens 4 Monate	16	29	55	100
1971	von 5 Monaten bis gut 1 Jahr	14	38	48	100
1970	von gut 1 Jahr bis gut 2 Jahre	17	46	37	100
1969	von gut 2 Jahren bis gut 3 Jahre	17	50	33	100
1968	von gut 3 Jahren bis gut 4 Jahre	20	47	33	100
1967	von gut 4 Jahren bis gut 5 Jahre	16	52	32	100
1966	von gut 5 Jahren bis gut 6 Jahre	18	50	32	100
1965	von gut 6 Jahren bis gut 7 Jahre	17	51	32	100
1964	von gut 7 Jahren bis gut 8 Jahre	16	51	33	100
1963	von gut 8 Jahren bis gut 9 Jahre	23	47	30	100
1962	von gut 9 Jahren bis gut 10 Jahre	20	54	26	100
1961 oder früher	mehr als 10 Jahre	30	51	19	100
Insgesamt	—	18	47	35	100

Quelle: Repräsentativuntersuchung '72, a.a.O., S. 77

- d) Bezüglich der *Verteilung der ausländischen Arbeiter über die Wirtschaftszweige* kann keine einheitliche Tendenz festgestellt werden. Der Bedarf nach niedrig entlohnenden und physisch leistungsfähigen Arbeitskräften ging ursprünglich von der Landwirtschaft und dem Bergbau, wo es um die Erhaltung von strukturschwachen, arbeitsintensiven und unterdurchschnittlich profitablen Wirtschaftsbereichen ging. Hinzu kam bald ihre Beschäftigung in besonders konjunkturreagiblen Wirtschaftszweigen (Baugewerbe) und in der industriellen Massenproduktion, wo die Rechtlosigkeit der Arbeitsimmigranten kurzfristige Reaktionen auf Marktveränderungen ermöglichte (Straßenfahrzeugbau). Für all diese Wirtschaftszweige gilt, daß ihr Anteil am gesamtwirtschaftlichen Produktionsvolumen überproportional zur Branchenstruktur hochentwickelter Industriestaaten ist

und nur auf Kosten der ausländischen Arbeiter gehalten werden kann. (80) Bestes Beispiel dafür ist die Textil- und Bekleidungsindustrie.

Ein weiterer Schwerpunkt der Ausländerbeschäftigung liegt bei den privaten und öffentlichen Dienstleistungen (Gaststättengewerbe, Krankenpflege, Stadtreinigung etc.). Mit dem Einstellungsstopp in weiten Bereichen des öffentlichen Dienstes, zunehmender Rationalisierung und unter dem Druck hoher Arbeitslosenquoten sinken auch hier die Arbeitsplatzsicherheit und die Beschäftigungsmöglichkeiten für ausländische Arbeitskräfte.

TABELLE XXXVII:

Ausländerquoten in den Wirtschaftsbereichen										
Wirtschaftsabteilung Wirtschaftszweig/-gruppe ¹⁾	Abhängig Erwerbs- tätige Ende April 1971	Beschäftigte aus- ländische Arbei- nehmer		Beschäftigte aus- ländische Arbei- nehmer		Ausländerquote ²⁾ in % Ende September				
		Ende Januar 1973		Ende Sept. 1972 ³⁾		1971	1970	1969	1968	
		absolut	in %	absolut	in %					
Bergbau und Energiewirtschaft	526 900	32 593	6,2	32 552	6,2	6,5	5,4	3,5	2,8	
darunter										
Steinkohlebergbau	248 500	26 928	10,8	25 970	10,5	11,3	9,3	5,9	4,4	
Eisen- und Metallherstellung und -verarbeitung	5 541 200	843 346	15,2	825 598	14,9	14,8	13,7	11,0	7,7	
darunter										
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	2 562 900	361 581	14,1	355 213	13,9	14,1	12,5	9,8	6,6	
Übrige verarbeitende Gewerbe (ohne Bau)	4 141 100	597 456	14,4	594 499	14,4	13,7	11,9	9,7	7,4	
darunter										
Chemische Industrie	674 300	67 655	10,0	66 667	9,9	9,7	9,2	7,6	5,9	
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	327 700	67 560	20,6	65 333	19,9	18,6	18,4	16,5	11,3	
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Grob- und Feinkeramik, Glasgewerbe	389 700	71 946	18,5	77 091	19,8	19,0	16,1	11,9	9,0	
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	882 600	113 078	12,8	109 931	12,5	11,6	10,1	7,9	5,9	
Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	1 124 100	195 378	17,4	192 421	17,1	16,4	13,6	12,1	9,4	
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	742 700	81 839	11,0	83 056	11,2	10,6	8,6	6,4	5,2	
Zwischensumme										
Produzierende Gewerbe (ohne Bau)	10 209 200	1 473 395	14,4	1 452 649	14,2	13,9	12,5	10,0	7,3	
Baugewerbe	1 777 700	389 854	21,9	419 667	23,6	22,4	17,5	12,4	8,9	
Dienstleistungen, Handel und Verkehr	9 528 000	464 521	4,9	457 633	4,8	4,2	3,4	2,8	2,3	
darunter										
Handel	2 446 800	136 081	5,6	128 802	5,3	4,5	3,6	2,9	2,3	
Reinigung	318 100	29 824	9,4	29 156	9,2	7,4	5,3	4,2	3,5	
Gaststättengewerbe	398 200	81 565	20,5	87 739	22,0	19,1	14,8	12,7	9,4	
Haushalt	134 900	6 187	4,6	6 032	4,5	4,5	3,4	2,7	2,6	
Deutsche Bundespost	442 100	9 739	2,2	9 554	2,2	2,1	1,9	1,6	1,3	
Deutsche Bundesbahn	431 500	22 876	5,3	22 966	5,3	5,1	4,7	3,2	2,1	
Deutsche und ausländische Verteidigungsstellen, ausl. Vertretungen	254 200	20 743	8,2	20 465	8,1	7,5	5,6	4,8	4,5	
Krankenpflege	676 900	66 231	9,8	64 750	9,6	8,3	7,0	5,2	4,9	
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	278 100	19 030	6,8	22 443	8,1	7,8	5,9	4,5	3,5	
Alle Wirtschaftsabteilungen/-gruppen	21 793 000	2 346 800	10,8	2 352 392	10,8	10,3	9,0	7,0	5,2	

¹⁾ Um die Ausländerquoten anhand der Beschäftigtenzahlen des Mikrozensus errechnen zu können, wurden einige Wirtschaftszweige den Wirtschaftsabteilungen anders zugeordnet als sonst in der Wirtschafts-Systematik

²⁾ Berechnet nach dem Mikrozensus des jeweiligen Jahres

³⁾ Berechnet nach dem Mikrozensus von 1971

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Ausländische Arbeitnehmer 1972/73, Nürnberg 1974, S. 15

80) Vgl. Fels/Schatz/Wolter, Der Zusammenhang zwischen Produktionsstruktur und Entwicklungsniveau, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 106 (1971), Heft 2, S. 240 ff.

Generell ist fast allen Tätigkeitsbereichen von ausländischen Arbeitern gemeinsam, selbst wenn sie in hochproduktiven, wachstumsintensiven Wirtschaftsbereichen liegen, daß die Möglichkeit der betrieblichen Umsetzung und des Arbeitsplatzverlustes sehr hoch ist. Nur ihr erzwungen niedriges Anspruchsniveau sowie ihre regionale und betriebliche Mobilität ermöglichen für einen Teil der Ausländer einen längeren Aufenthalt in der BRD. Vom Schrumpfungsprozeß der Klein- und Mittelbetriebe sind die ausländischen Arbeiter weniger betroffen, da sie sich stärker auf Betriebe über 1 000 Beschäftigte konzentrieren als die Einheimischen (81) – also insbesondere die industrielle Massenproduktion.

- e) Da die ausländischen Arbeiter mit der Einreise in die BRD ihren Wohnort bereits verlassen haben und ihre Aufenthaltsgenehmigung meist an einen Arbeitsvertrag mit einem bestimmten Unternehmen geknüpft ist, sind sie in viel stärkerem Maße als die Einheimischen an die Einstellungs- und Personalpolitik der Unternehmen gebunden. Da sie privat isoliert leben und sich aufgrund der geplanten oder aufgezwungenen Vorläufigkeit ihres Aufenthaltes auch nicht langfristig einrichten, d. h. ihre Anwesenheit der Erlangung eines Arbeitsplatzes und Einkommens dient, folgen sie den regionalen Schwerpunkten der Nachfrage für un- und angelernte Arbeitskräfte. Gleichermäßen sind sie aufgrund fehlender betrieblicher Interessenvertretung, gewerkschaftlichen Desinteresses und mangelnden Rechtsschutzes nicht in der Lage, sich gegen innerbetriebliche Umsetzungen zu wehren, die häufig ihre Berufserfahrungen wieder zerstören und ihr Einkommen auf einem niedrigen Niveau halten.

Zur Beschreibung der Stellung der ausländischen Arbeitskräfte im Produktionsprozeß gehört auch die Darstellung des Zustandes ihrer Interessenvertretung, d. h. der *Ausländerpolitik des DGB*. Es ist davon auszugehen, daß der DGB sich mit seiner Position von Anfang an in Übereinstimmung mit dem wirtschaftspolitischen Kalkül der Bundesregierung befand, die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften als Arbeitsmarktkorrektiv in Phasen der Vollbeschäftigung anzusehen. „Zehn Jahre nach dem Ende der Naziherrschaft waren die deutschen Gewerkschaften erstmals durch das zeitliche Zusammenfallen von drei Faktoren großer sozialökonomischer Bedeutung, d. h.

- wegen der anhaltenden wirtschaftlichen Konsolidierung und der rascher werdenden industriellen Expansion,
- wegen einer gleichgerichteten Orientierung der staatlichen Wirtschaftspolitik und der Gesamtorientierung der Gewerkschaften auf Erhaltung und Ausbau der Vollbeschäftigung und
- dank des größeren gesellschaftlichen Gewichts der gewerkschaftlichen Organisation in allen Arbeitsfragen

in der Lage, zur Frage der Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern eine weltoffene und aufgeschlossene Position zu beziehen, die zugleich den gewerkschaftlichen Interessen voll entspricht. “Die Einschränkung dieser Weltoffenheit lag

81) Repräsentativuntersuchung '72, a.a.O., S. 55 ff.

darin, daß die Gewerkschaften sich gleichzeitig dahingehend festlegten, „daß bei einer grundlegenden Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt, d. h. bei einem etwaigen Überangebot von Arbeitssuchenden und bei einer umschlagenden Tendenz zu einer gewissen Arbeitslosigkeit – energisch allen Versuchen entgegenzutreten ist, auch noch durch eine weitergehende Anwerbung von Arbeitern aus dem Ausland einen zusätzlichen Import von Arbeitslosigkeit möglich zu machen.“ (82) Diese programmatische Grundhaltung setzte sich so in die gewerkschaftliche Praxis um, daß sie sich bemühten, die Arbeitsimmigration in den DGB-Gewerkschaften zu organisieren und argwöhnisch darauf achteten, daß keine Konkurrenzorganisationen entstanden. Ansonsten beschränkte sich die gewerkschaftliche Aktivität darauf, in einzelnen Punkten extreme soziale Benachteiligungen der Ausländer vor die Öffentlichkeit zu bringen (politische Bespitzelung, Einhaltung tarifvertraglicher Regelungen, Wohnsituation, Sprachunterricht), die Ausländer selektiv zu informieren und ihnen in Einzelfällen Rechtshilfe zu geben. Insgesamt unterstützt der DGB den formellen Rahmen von Anwerbung und Aufenthaltsbedingungen der Ausländer in der BRD, der die entscheidenden Voraussetzungen für die freie Ausbeutung der Arbeitskraft der Ausländer darstellt.

Die Organisation der ausländischen Arbeiter in den DGB-Gewerkschaften bedeutete nicht eine offensive Interessenvertretung für die Ausländer und den Versuch, die Arbeits- und Einkommensbedingungen innerhalb der Belegschaften anzugleichen. Dadurch findet die Differenzierung und Spaltung der einzelnen Belegschaftsteile auch innerhalb der Gewerkschaften statt, was dadurch verdeckt wird, daß die wirkliche Lage der ausländischen Arbeiter verdrängt, ihre Repräsentation in den Gewerkschaften und ihre Forderungen abgedrängt werden. Die Diskriminierung der Ausländer durch die Gewerkschaften verhindert natürlich auf der anderen Seite wieder die Organisationsbereitschaft der Ausländer. Die zunehmende Beteiligung der Ausländer an den Tarifbewegungen und den Arbeitskämpfen, die Kooperation mit bewußteren Belegschaftsvertretern haben im Ergebnis die Organisationsquote der Ausländer dennoch erhöht, wobei bei ihnen eine kritische Distanz zur Vorstandspolitik vorherrscht. Generell liegt der Organisationsgrad der ausländischen Arbeiter, ihre Beteiligung an der Betriebsrats- und Vertrauensleutearbeit, ihre Repräsentation in gewerkschaftlichen Gremien und auf Gewerkschaftskongressen noch weit unter dem Durchschnitt. (83)

Das Verhalten der Betriebsräte bei Entlassungen ist unterschiedlich; in der

82) Beratungsbericht der IGM vom 10.12.1969, hektographiert, S. 2.

83) Am Beispiel der IGM: 1972 betrug der Organisationsgrad der Ausländer 40,7 % gegenüber 55,8 % bei allen Arbeitern und 46,3 % bei allen Arbeitern und Angestellten. Der Anteil der ausländischen Betriebsräte betrug 2,21 % an allen Betriebsratsmitgliedern, während die Ausländer einen Beschäftigtenanteil von 14,2 % stellten. Ihre entsprechende Beteiligung am Vertrauensleutekörper betrug nach den VL-Wahlen 1973 ca. 4,7 %. Vgl.: Ergebnis der Betriebsratswahlen 1972, hrsg. vom Vorstand der IGM, Frankfurt/Main und: Ergebnis der Vertrauensleute-Wahl 1973, hrsg. vom Vorstand der IGM, Frankfurt/Main.

Mehrzahl der Fälle bedeutet das Akzeptieren der Entlassungspläne der Unternehmen und das Prinzip der Sozialauswahl, daß ausländische Arbeitskräfte „bevorzugt“ entlassen werden. Die Konzeption der Ausländerbeschäftigung als gesteuertes Arbeitsmarktregulativ setzt sich also auch durch die Gewerkschaften und die betriebliche Interessenvertretung hindurch durch.

4.2.2 Die wesentlichen *Instrumente der nationalen Arbeitsmarktkontrolle* sind die bilateralen Anwerbeabkommen (mit Italien, Spanien, Griechenland, Türkei, Portugal, Marokko und Jugoslawien) und dem Ausländergesetz (AuslG) von 1965 mit entsprechenden Verwaltungs- und Ausführungsvorschriften, die einen breiten Ermessungsspielraum freilassen. Die Gruppe der Arbeitsimmigranten wird durch eine abgestufte Rechtsstellung in vier Untergruppen geteilt: EWG-Angehörige, unter ein Anwerbeabkommen Fallende, Illegale und sonstige Arbeitsimmigranten. Am besten gestellt sind Arbeitskräfte aus der EWG: sie benötigen keine Arbeitserlaubnis und haben ein Anrecht auf die Erteilung eines fünf Jahre gültigen Aufenthaltsausweises, wenn ihnen eine Arbeit angeboten worden ist. Anders die über die Deutschen Kommissionen oder Auslandsvertretungen Angeworbenen, für sie gilt:

1. Es muß ein Vermittlungsauftrag eines deutschen Unternehmens an das zuständige Arbeitsamt vorliegen – damit wird den Anforderungen der Unternehmen im einzelnen entsprochen.
2. Das Arbeitsamt überprüft, ob auf dem nationalen Arbeitsmarkt den Anforderungen entsprechende Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und erhält das Primat der Beschäftigung Einheimischer aufrecht, auch gegen evtl. Einwände der anfordernden Unternehmen.
3. Die arbeitssuchenden Ausländer, die sich bei den Außenstellen gemeldet haben, werden auf berufliche Eignung (sofern gefordert), Gesundheit, Straffälligkeit, asoziales Verhalten etc. überprüft. Damit wird sichergestellt, daß die Angeworbenen zumindest in den nächsten Jahren physisch leistungsfähig sind und nicht der Krankenkasse und der Sozialhilfe zur Last fallen (was außerdem ein Abschiebungsgrund ist). Weiterhin wird möglichst ausgeschlossen, daß durch die Arbeitsimmigranten sozialer Konfliktstoff entsteht.
- 4) Der Aufenthalt in der BRD wird durch die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis bzw. eine Legitimationskarte legitimiert. Sie wird inzwischen für höchstens ein Jahr vergeben und gilt nur für ein festgelegtes Einzelarbeitsverhältnis. Die Bestimmungen der Erteilung der Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis sind differenziert auf die Bedürfnisse der Unternehmen, der Länder und der zentralen Gremien abgestimmt. Sie sind durch Verwaltungsvorschriften und -anweisungen an die jeweilige ökonomische Situation anpaßbar und enthalten einen breiten „Ermessungsspielraum“ der Behörden. Durch die jeweilige kurze Befristung wird die Ausländerbeschäftigung relativ kurzfristig (ca. 1 Jahr) dem Konjunkturverlauf und der Arbeitsmarktlage anpaßbar; Rechtsschutz aufgrund des Kündigungsschutzgesetzes und des Anhörungs- und Widerspruchsrechts des Betriebsrates (§ 102 BetrVG) entfallen weitgehend.

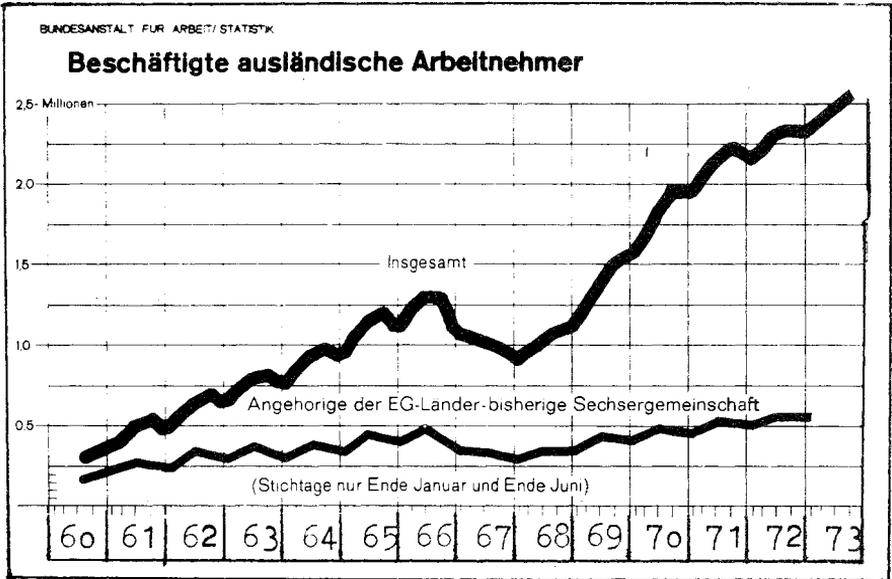
Neben der Veränderung der ökonomischen Situation können viele Anlässe zur Nichtverlängerung bzw. Ausweisung führen. In § 10 des AuslG ist eine Reihe von Ausweisungsgründen zusammengestellt, die sich auf Tatsachen oder nur Vermutungen beziehen, die die Funktionalität der Ausländerbeschäftigung für Kapitale und Gemeinwesen infrage stellen. Neben die zentrale Formel der „Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes“ werden gestellt die Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung und Sicherheit der BRD, die Verurteilung wegen eines Vergehens oder Verbrechens (darunter fällt z. B. auch Trunkenheit am Steuer oder die „wilde Ehe“), falsche Angaben gegenüber Behörden, Bettelei, Gefährdung der öffentlichen Gesundheit und Sittlichkeit, die Inanspruchnahme der Sozialhilfe und die Gefährdung erheblicher Belange der BRD wie ihre innere und äußere Sicherheit, die öffentliche Ordnung und die Beziehungen zu anderen Staaten. Diesem Ensemble von individuellen Ausweisungsgründen stehen umfassende Maßnahmen der Verhinderung von Einwanderungen und der massenhaften Abschiebung gegenüber, wie sie seit Beginn des Abschwungs verstärkt eingesetzt werden.

Welche grundlegende Bedeutung nationale Kapitalinteressen für die Politik der Bundesregierung haben bzw. in welchem Ausmaß angeworbene Ausländer nur als Arbeitskräfte betrachtet werden, verdeutlicht nochmals ihre Haltung bei der Verabschiedung einer „Konvention zum Schutz der Gastarbeiter“ durch die Internationale Arbeitskonferenz im Juni 1975. Sie stimmte der Verpflichtung zur sozialrechtlichen Gleichstellung von legal eingereisten Ausländern (Arbeitsplatzsicherheit, Umschulung, berufliche Fortbildung) nicht zu und beantragte einen einschränkenden Zusatz „... soweit es die Situation und Entwicklung des Arbeitsmarktes erlaubt.“, der mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. (84)

84) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 25.6.1975; Hervorhebung vom Verfasser.

4.2.3 Wie gut die beschriebenen Instrumente der Arbeitsmarktregulierung funktionieren, zeigen die *Veränderungen der Ausländerbeschäftigung in Abhängigkeit vom Konjunkturablauf*:

TABELLE XXXVIII:



Quelle: Journal G, Heft 4/5, 1975, S. 43

Die 1966/67-Krise, ein Abflachen der Zunahmeraten ab 1970 zeichnen sich deutlich ab. Genauere aktuelle Daten, die die Entwicklung seit dem Anwerbepstopp wiedergeben, liegen noch nicht vor. Obwohl aus der Beschreibung der ausländischen Arbeiter als unterste Schicht der Arbeiterklasse nicht geschlossen werden kann, daß sie als erste und in ihrer Gesamtzahl entlassen werden – dagegen stehen die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Beschäftigungsbereiche, die Disproportionen zwischen Qualifikationsstruktur und Tätigkeitsanforderungen, wirtschaftsgeographische Strukturprobleme etc. sowie die Konkurrenz-Funktion der ausländischen Arbeiter – fand 1967 eine abrupte Verringerung der Anwerbung und massenhafte Entlassung von Ausländern statt. Zwischen Juli 1966 und September 1967 verminderte sich die Zahl der erwerbstätigen Ausländer um 323 000, ca. 300 000 waren neu angeworben worden und die Zahl der arbeitslosen Ausländer, die in der BRD eine neue Anschlußbeschäftigung gefunden haben – ca. 650 000 ihren Arbeitsplatz endgültig verloren, das sind fast 45 % aller im Juli 1966 beschäftigt gewesenen ausländischen Arbeitskräfte. Die offizielle Arbeitslosenquote für Ausländer von 1,2 % für 1967 kann diesen Prozeß auch nicht ansatzweise ausdrücken.

Relativ kurzfristig nahmen die Anwerbequoten ab Ende 1967 wieder erheblich ab. Die Krise schien nur ein „Betriebsunfall“ gewesen zu sein und hat bei den ausländischen Arbeitern aufgrund der Abschiebe-Mechanismen zu keinen sichtbaren Lernprozessen in der BRD geführt. Auch in Phasen wie der anschließenden Hochkonjunktur findet unter der Oberfläche ansteigender Ausländerbeschäftigung eine beständige Rotation statt, die eine kontinuierliche Erfahrung der Lohnarbeiterexistenz und des organisierten Widerstands dagegen durch die Ausländer selbst nicht zuläßt.

Mit dem offeneren Durchschlagen der Krise auf dem Arbeitsmarkt, dem starken Anstieg von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit seit Ende 1973 war der Zustand relativer Stabilität der Ausländerbeschäftigung schlagartig beendet. Mit der umfassenden Maßnahme des auch vom DGB unterstützten Anwerbestopps für Arbeitskräfte aus Nicht-EG-Staaten im November 1973 wurde eine breite Entlastung des einheimischen Arbeitsmarktes und der Infrastruktur angestrebt. Damalige Schätzungen gingen davon aus, daß durch diese Verminderung der Immigration zusammen mit einer scharfen Anwendung des Aufenthalts- und Arbeiterlaubnisverfahrens die Zahl der in der BRD beschäftigten Arbeitskräfte um 1,2 Mio. innerhalb eines Jahres verringert werden könnte. Nur rechtliche Schranken hinderten die Bundesregierung vorläufig, die bestehenden Freizügigkeitsregelungen noch weiter abzubauen. So wird beabsichtigt, die derzeitigen Privilegien der Ausländer einzuschränken und den Assoziierungsvertrag zwischen EG und Türkei insoweit rückgängig zu machen, daß die vorgesehene Liberalisierung der Migration nicht einsetzt.

Kurzfristig scheiterte die Intention des Anwerbestopps sowohl an der Personalpolitik der Unternehmen, die weiterhin die betrieblichen Funktionen der Ausländerbeschäftigung wie Verringerung der Personalkosten und Verstärkung des Konkurrenzdruckes zwischen den Beschäftigten aufrechterhalten und am Verhalten der ausländischen Arbeitskräfte in der BRD selbst, die unter den Bedingungen des Anwerbestopps unter allen Umständen, auch der Illegalität, in der BRD zu bleiben versuchen. Dementsprechend hat sich ihre Zahl zwischen September 1973 (Höhepunkt der Ausländerbeschäftigung in der BRD) und September 1974 um „nur“ 245 000, d. h. um 9,4 % verringert, bis zum Frühjahr 1975 um weitere 250 000.

Im Gegenteil eskalieren die sozialen Probleme, da die ausländischen Arbeitskräfte einen Integrationsdruck auf die Bundesregierung auszuüben versuchen, indem sie alle bestehenden Regelungen ausnutzen, um ihre Frauen und Kinder in die BRD nachzuholen, was zu einem absoluten Anstieg der Zahl der Ausländer in der BRD geführt hat.

Den Maßnahmen gegen die weitere Immigration von ausländischen Arbeitern außerhalb des EG-Raumes entsprechen neue, rigide Maßnahmen zur Abschiebung der sich bereits in der BRD aufhaltenden Ausländer. Zentralen Stellenwert dafür hat der interne Rundbrief der Bundesanstalt für Arbeit vom 13.11.1974 zur Einschränkung der Erteilung der Arbeiterlaubnis. (85) Danach ist die Arbeiterlaubnis für

85) Abgedruckt in: Journal G, Nr. 4/5, 1975, S. 23 ff.

ausländische Arbeitskräfte aus Nicht-EG-Ländern nur zu erteilen, wenn nach ausgiebiger Überprüfung die zu besetzende Stelle nicht mit einem Deutschen, zu fördernden Arbeitergruppen wie Behinderten, Aussiedlern etc. oder einem Teilzeitbeschäftigten besetzt werden kann, selbst wenn das beantragende Unternehmen sich dagegen stellt. Auch wenn die Arbeitserlaubnis nur für die Fortsetzung der Tätigkeit eines bereits beschäftigten und nicht gekündigten ausländischen Arbeitnehmer beantragt wird, ist diese Überprüfung vorzunehmen. Das hat bereits dazu geführt, daß Kontingente von bis zu 300 Ausländern, für die die Unternehmen die Verlängerung der Arbeitserlaubnis beantragt hatten, kurzfristig abgeschoben wurden. Darin eingeschlossen ist, daß bei der Nicht-Verlängerung auch bei noch bestehendem Arbeitsverhältnis weder ein Kündigungsschutz noch ein Einspruchsrecht des BR existiert. Damit nicht genug, unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen werden nicht – wie gesetzlich vorgesehen – nach 5 Jahren Aufenthalt erteilt, Arbeitsgenehmigungen werden nur für die Zeiträume unter einem Jahr erteilt.

Ausländer, die weiter in der BRD bleiben wollen, werden noch massiver als bisher in bezüglich der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung niedrigste Tätigkeiten gedrängt, sowohl offiziell, indem der zitierte Rundbrief einen „besonderen Bedarf“ für ausländische Arbeitskräfte bei den Dreckarbeiten im Bergbau, der Fisch- und Konservenindustrie, der Torfindustrie und dem Hotel- und Gaststättengewerbe annimmt und dort das Genehmigungsverfahren erleichtert, als auch in der inner- und zwischenbetrieblichen Umsetzung von ausländischen Arbeitskräften, deren Arbeitsbedingungen verschlechtert und deren Tätigkeit intensiviert wird.

So bleibt vielen ausländischen Arbeitskräften nur das Absinken in die Illegalität (derzeit ca. 300 000–500 000), wo sie von der Ausländerpolizei gejagt werden und nur hin und wieder eine Arbeit zu miserabelsten Bedingungen finden. Oder die Rückkehr in die Heimatländer, in denen sie die schon bestehenden sozialen Probleme noch verschärfen (Arbeitslosigkeit, Überlastung der Staatshaushalte, Zerstörung der traditionellen Sozialstruktur, Zusammenbruch des Devisenhaushalts etc.).

Die Maßnahmen am Arbeitsplatz werden durch Maßnahmen gegen die Reproduktionsmöglichkeiten der Ausländerfamilien ergänzt. Seit dem 1.4.1975 ist eine „Zuzugssperre für Ausländer in Wohngebiete mit über 12 % Ausländeranteil gültig, Zuzugsbeschränkungen für Familienangehörige von Ausländern aus Nicht-EG-Staaten wurden erlassen und das Kindergeld danach gestaffelt, wo sich die Kinder der ausländischen Arbeitskräfte aufhalten.

Programmatischer Ausdruck dieser umfassenden Entrechtung und Vertreibung sind die Diskussionen über die „Rückwandererprämie“ und die „freiwillige Rotation“.

Konkret zur Verstärkung der Arbeitsplatzunsicherheit und Arbeitslosigkeit der ausländischen Arbeitskräfte kann noch nicht viel gesagt werden. (86) Aufgrund des Arbeitsförderungsgesetzes drückt sich erstmalig die massenhafte Freisetzung von

86) Vgl. SAG, Die ausländischen Arbeiter in der Krise, Frankfurt 1975, Abschnitt III.

ausländischen Arbeitskräften auch in hohen Arbeitslosenquoten aus (im März 1975 betrug sie 7,4 % gegenüber einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 4,9 %). Viele ausländischen Arbeitskräfte sind auch auf das Angebot der sogenannten freiwilligen Kündigung mit Abfindung eingegangen, mit der in der Automobilindustrie die Beschäftigtenzahlen abgebaut werden (Opel, Ford, VW). Da die Aufhebung des Anwerbstopps nicht abzusehen ist und kein Anspruch auf Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe besteht, werden auch die gesichertsten Nicht-EG-Ausländer nach Auslaufen der Arbeitslosenunterstützung von den Auswirkungen der Krise voll getroffen. Es ist damit zu rechnen, daß deshalb ab Mitte 1975 die Arbeitslosenquote für Ausländer abnimmt und eine massenhafte Rückkehr in die Heimatländer erzwungen wird. Gleichzeitig ist mit einem Ansteigen der Zahlen illegaler Ausländer zu rechnen.

Trotz der umfassenden Disziplinierungsversuche gegen die Ausländer in der BRD, insbesondere gegen gewerkschaftlich und politisch aktive Ausländer (vgl. den Pierburg-Prozeß, den Targün-Prozeß, den Versuch der Entlassung des Sprechers der Ausländer bei Opel, Abdul Kheder), sind auch *Solidarisierungsprozesse zwischen Deutschen und Ausländern festzustellen, die auf einer gemeinsamen betrieblichen Erfahrung beruhen*. Zwar wird in Krisenphasen die Arbeitsplatzkonkurrenz zwischen Deutschen und Ausländern von Meinungsforschungsinstituten und der Presse immer wieder zur Vertiefung nationaler Resentiments herausgestellt – das Contest-Institut erhob z. B. im Oktober 1974, daß jeder zweite Befragte die ansteigende Arbeitslosigkeit dem „Überschuß an Gastarbeitern“ zuschrieb – und sie wird auch als solche ausgetragen. Wichtig sind demgegenüber aber auch Ereignisse wie gemeinsame Arbeitslosendemonstrationen von Ausländern und meist jugendlichen, einheimischen Beschäftigten wie am 18.1.1975 in Darmstadt und am 7.4.1975 in Kassel. In eine ähnliche Richtung weisen die Ergebnisse der Betriebsratswahlen 1975, bei denen in einigen Großbetrieben Listen bzw. Kandidaten besonders erfolgreich waren, die in der Streikbewegung 1973 aktiv die Forderungen der Kollegen einschließlich der Ausländer aktiv vertreten hatten.

4.3 Jugendliche

4.3.1 Während die steigende Quote von Frauenarbeitslosigkeit seit langer Zeit in der Öffentlichkeit bekannt ist und die Zunahme im Abschwung nicht überrascht hat, ist der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit kaum vorhergesehen bzw. frühzeitig erkannt worden. Symptomatisch für solche Vorstellungen ist die Stellungnahme der Bundesanstalt der Arbeit in ihren „Überlegungen zu einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik“ von 1974, in der sie über die Jugendlichen behauptet: „Jugendliche Arbeitnehmer bilden gegenwärtig insgesamt gesehen keine Problemgruppe des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik, wie etwa in einigen anderen westlichen Industrieländern, wenn es um die Suche nach einem geeigneten Erstarbeitsplatz für Jugendliche geht oder um geeignete Arbeitsplätze, obwohl gerade in jüngster Zeit das Ausbildungsplatzangebot abnimmt.“ (S. 74) Wenn

11,5% die absolute prop. Anzahl Ber. ausgebildeten (auch 25)
 48% davon haben sich bei Tätigkeit angestellt

dennoch Arbeitslosigkeit auftritt, wird sie sozialen Randgruppen zugeordnet: „Es handelt sich dabei insbesondere um sogenannte drop-outs, d. h. Jugendliche, die ohne Abschluß die Hauptschule verlassen oder eine begonnene Ausbildung vorzeitig abbrechen; lern- oder körperbehinderte Kinder; jugendliche Ungelernte; Abiturienten ohne Studienplatz.“ (Ebenda) In dieser breiten Definition der drop-outs deutet sich bereits das Gegenteil der vorausgegangenen Feststellung an. Bei allen Vorbehalten gegenüber der amtlichen Arbeitslosenstatistik (87) existierten aber schon frühzeitig Indikatoren, die auf das Problem der Jugendarbeitslosigkeit hinwiesen (hoher Anteil der Jugendarbeitslosigkeit in den fünfziger Jahren, Jugendarbeitslosigkeit in den kapitalistisch entwickelten Ländern). Seit 1968 begann die Arbeitslosenquote für Jugendliche (unter 20 Jahren) anzusteigen:

TABELLE XXXIX:

	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974
Anteil der Jugendlichen an den abh. Erwerbstätigen	11,0	10,7	10,3	9,5	9,4	9,1	8,8	
Anteil der Jugendlichen an den registrierten Arbeitslosen	5,6	4,8	5,8	7,7	8,0	8,0	9,6	12,5

Erweist sich daran schon die These einer langfristig ansteigenden Jugendarbeitslosigkeit in der BRD als richtig, so zeigt ein Überblick über die derzeitige Struktur der jugendlichen Arbeitslosen, daß die zweite Behauptung nur zutrifft, wenn man die Charakterisierung „drop-out“ auf einen wachsenden Anteil der Jugendlichen überhaupt ausdehnt. Insofern trifft sich die Analyse der Bundesanstalt mit der Ideologie von Unternehmerverbänden, die Jugendarbeitslosigkeit auf zunehmendes individuelles Leistungsversagen, Lernschwäche und Lernunwilligkeit, zurückzuführen.

TABELLE XXXX:

Arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren
Ende Januar 1975

Staatsangehörigkeit Geburtsjahr	insgesamt	ohne bisherige berufliche Tätigkeit			mit bisheriger beruflicher Tätigkeit		
		strebt eine Berufsausbildung an	übrige	zusammen	strebt eine Berufsausbildung an	übrige	zusammen
	1	2	3	4	5	7	8
Deutsche							
1957 und später	47 196	3 109	7 481	10 590	3 956	7 003	25 647
1955—1956	62 241	422	1 454	1 876	30 102	3 118	27 145
Ausländer							
1957 und später	6 814	184	1 489	1 673	98	228	4 815
1955—1956	6 821	18	351	369	539	89	5 824
Deutsche und Ausländer							
1957 und später	54 010	3 293	8 970	12 263	4 054	7 231	30 462
1955—1956	69 062	440	1 805	2 245	30 641	3 207	32 969
alle Jugendlichen	123 072	3 733	10 775	14 508	34 695	10 438	63 431

Quelle: Zur Situation der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen. Ergebnisse der Sonderuntersuchung von Ende Januar 1975, in: ANBA. 3/1975

87) Nach einer Schätzung für 1951 (vgl. K. Kraiwczak, Zur Lage der westdeutschen Arbeiterjugend, Berlin, 1960, S. 55) sowie des IAB für die heutigen Erhebungen werden unter 50 % der wirklich arbeitslosen Jugendlichen erfaßt. Nicht erfaßt werden die sogenannten verfügbaren Berufsanwärter, mithelfende Familienangehörige, Trebegänger, nicht gemeldete Ausländer, Teilnehmer an sogenannten Förderungsmaßnahmen.

Alte Werte im früheren Lesee (67) Textes
betreffen als Durchschnitt der Ab. Bevölkerung

Da man generell davon ausgehen kann, daß sogenannte drop-outs im engeren Sinne, weil nicht registriert, gar nicht in dieser Statistik erscheinen, also in der beklagten offiziellen Jugendarbeitslosigkeit gar nicht auftreten, erweist sich der oben zitierte Zusammenhang von vornherein als unsinnig. Unter den erfaßten jugendlichen Arbeitslosen überwiegen die mit Berufserfahrung (88,3%), der nicht befriedigte Ausbildungsbedarf (3 733 + 10 438 = 11,5%) ist beachtlich und drückt in Richtung auf Dequalifikation (von den bereits Berufstätigen sind 41,5% ausgebildet oder streben eine Ausbildung an, von den Berufsanfängern streben nur 25,7% eine Berufsausbildung an; anders herum, von den bereits berufstätig gewesenen suchen 58,2% eine Un- und Angelerntentätigkeit, von den Berufsanfängern dagegen 74,5%).

Der richtige Kern der „drop-out“-Behauptung liegt darin, daß nach dem Prinzip der kumulativen Diskriminierung (Lempert) die sozial und rechtlich am schlechtesten gestellten Gruppen überdurchschnittlich intensiv von Arbeitslosigkeit betroffen werden. Während sich die Geschlechtsunterschiede hier nur geringfügig auswirken, sind als deutlicher Ausdruck dieses Prinzips die ausländischen Jugendlichen von der verdeckten und offenen Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Durch die Möglichkeit der Selektion unter den Bewerbern für Ausbildungsplätze und Stellen reproduziert sich auch innerhalb der einheimischen Jugendlichen eine Hierarchie, die die Arbeitsplatzsicherheit entscheidend mitbestimmt. So hat sich nach der Süddeutschen Zeitung vom 21.11.1974 „bei handwerklich-praktischen Berufen allmählich ein Idealtyp des Bewerbers herauskristallisiert: Der gut-durchschnittliche Hauptschüler aus bürgerlich-ländlichem Milieu... Erwartet werden: eine bestimmte Schulausbildung mit erfolgreichem Abschluß, wenigstens gut-durchschnittliche Zeugnisse, günstige Leistungs- und Verhaltenseigenschaften, geordnete häusliche Verhältnisse und meist ein ebensolches Aussehen und Auftreten. Lehrabbrecher aus eigenem Verschulden, Leistungsschwache, Schwierige und Extreme haben es besonders schwer.“ In der Umkehrung von Ursache und Wirkung, d. h. in der Behauptung, daß für die Jugendarbeitslosigkeit weitgehend persönliche Gründe ausschlaggebend seien und damit diese selbstverschuldet ist, wird der relativ abnehmende Bedarf an Arbeitskräften, die massenhafte Herstellung von jugendlichen Arbeitslosen, die erst eine Selektion nach solchen Kriterien ermöglicht, verdeckt. Die ökonomischen Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit geraten aus dem Blickfeld bzw. es werden nur punktuelle, kurzfristige Konjunkturauswirkungen dazu in Beziehung gesetzt: „Wir stellten fest, daß bei 71% die Nichtbeschäftigung auf subjektiven, persönlichen Gründen beruht. Es gibt keine allgemeinen Erscheinungen wie Konkurse, Liquidation von Abteilungen als Ursache. Die meisten Entlassungsgründe sind negativer Art, wobei sie allerdings nur auf Aussagen der Arbeitgeber beruhen. Unordentliches Arbeitsverhalten, Nichterscheinen am Arbeitsplatz, Ungepflegtheit, mangelnder Arbeitswille.“ (88)

88) Kurt Widmaier, Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen - eine Bestandsaufnahme, in: Arbeitslose Jugendliche, Protokoll einer Klausurtagung, Landeszentrale für Politische Bildung Stuttgart, 1974, S. 2.

Ziele (Altersstruktur & Berufung jug. Ab. 10% bis 68)
Hauptberuflich: 1975 Höhe als BRD 125
(6% bis 6,6%) d.h. trotz Liberalisierung!
natürl. als werb. ab in BRD

Krise von 68 auf Männer, große
v.a. auf 25 Jahre mit 11 Markt der
Frauen auch große)

Die Therapie kann dann nur noch in zweierlei bestehen: „Verbesserung der Anpassungsfähigkeit und des Arbeitsverhaltens“ der Jugendlichen durch den Druck der Arbeitslosigkeit selbst und durch staatliche Sonderprogramme einerseits, Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten, z. B. durch „die von der Bundesregierung beschlossene Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung“ (vgl. die Erklärung der Bundesregierung zur Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsstellensituation vom 22.1.1975). Die Hoffnung, mit dem nächsten Aufschwung auch vom Problem der Jugendarbeitslosigkeit erlöst zu werden, wäre aber nur dann berechtigt, wenn man nach Abwägung der wesentlichen, die Jugendarbeitslosigkeit bedingenden Faktoren zu dem Ergebnis käme, daß hier nur konjunkturell bedingte Auswirkungen vorliegen. Zur Beurteilung dieses Komplexes können an dieser Stelle nur einige Schwerpunkte thesenartig herausgestellt werden, die insgesamt mehr auf eine längerfristige Krise der Beraufsausbildung und der Jugendarbeit hinweisen.

4.3.2 Als erstes kann ein Vergleich zwischen genereller Arbeitslosigkeit bei Arbeitern/Angestellten und Jugendarbeitslosigkeit auf Besonderheiten hinweisen. Ihrem Umfang nach hat die Jugendarbeitslosigkeit (Verhältnis des Anteils der Altersgruppe an den Erwerbstätigen insgesamt zum Anteil an den Arbeitslosen = altersspezifische Arbeitslosenquote) erst mit Einsetzen der Krise ein durchschnittliches Niveau erreicht. Daher kann man annehmen, daß sie tendenziell noch unter dem Niveau der Arbeitslosigkeit von Arbeitern und unteren Angestellten generell liegt. Außergewöhnlich wird sie vielmehr durch den überdurchschnittlichen Anstieg in der Krise (so von September 1973 bis September 1974 um 233 % bei einem Durchschnitt von 154 %) und durch die Angleichung an die Arbeitsplatzunsicherheit von Arbeitern und Angestellten. Die vorherige, relativ niedrige Arbeitslosenquote bei jüngeren Beschäftigten war im Vergleich zu anderen kapitalistisch entwickelten Ländern eine Ausnahmesituation. (89)

89) In den USA besteht seit der Weltwirtschaftskrise die höchste Jugendarbeitslosigkeit in den westlichen Ländern. Sie erreichte damals 25 % aller Jugendlichen. Der Anteil der 16–19jährigen steigerte sich von 17,8 % 1947 auf 21,2 % 1963 auf 29 % 1973. Im Frühjahr 1975 waren in den USA 18 % aller Jugendlichen arbeitslos, darunter 39,8 % aller farbigen Jugendlichen (UZ vom 30.7.1975).

Nach den letzten Daten waren in:

Italien	300 000 Jugendliche
Frankreich	289 000 Jugendliche
Großbrit.	158 000 Jugendliche
Holland	73 000 Jugendliche
Belgien	56 500 Jugendliche
Dänemark	52 000 Jugendliche

(Nach Süddeutscher Zeitung vom 3.6.1975)

bei 18-25 10% 90%
arbeitslos
28% der 18-25jährigen haben abgeschlossene
Leber

Bekannt: auch Männer als Frauen (Jan 75)
denn nicht mehr 90%.

Gliedert man die bereits berufstätigen arbeitslosen Jugendlichen insgesamt nach Berufsgruppen, so stellen folgende Berufsgruppen die höchsten Anteile (September 1974):

männlich:	weiblich:	
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	Warenkaufleute	20,1 %
Schlosser, Mechaniker und zugehörige Berufe	Allg. Dienstleistungsberufe	15,2 %
Verkehrsberufe	Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	11,7 %
Bauberufe	Textil- und Bekleidungsberufe	6,9 %
Montierer und Metallhilfsarbeiter		

Handwritten notes: 13,9% (circled), 35% (circled), *abgeschlossen*, *neu*

Bei Jugendlichen mit abgeschlossener betrieblicher Ausbildung besteht eine überproportionale Arbeitslosigkeit bei Warenkaufleuten, Textil- und Bekleidungsberufen, Papierherstellern und -verarbeitern, Bauausstattern, Gesundheitsdienstberufen und allgemeinen Dienstleistungsberufen; eine unterproportionale Arbeitslosigkeit dagegen bei Schlossern, Mechanikern und zugeordneten Berufen sowie Elektrikern.

Bei Jugendlichen mit abgeschlossener Berufsfachschulausbildung dominieren andere Berufsbereiche: die Sozial- und Erzieherberufe mit einem Anteil von 49 %, Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe mit 16,6 %, allgemeine Dienstleistungsberufe mit 10 % und Gesundheitsdienstberufe mit 8,4 %.

Aus einem Vergleich dieser Schwerpunkte der Jugendarbeitslosigkeit mit der Struktur der Gesamtarbeitslosigkeit läßt sich ablesen, daß

1. die Jugendarbeitslosigkeit grundsätzlich die gleichen Strukturen wie die Gesamtarbeitslosigkeit aufweist, daß sich in ihr der Verlauf der Krise, differenziert nach Branchen und Berufsgruppen, widerspiegelt und daß sich folglich die Struktur der Jugendarbeitslosigkeit, wie sie hier für den Zeitpunkt September 1974 dargestellt ist, entsprechend dem Gang der Krise verlagert. Im Herbst 1974 zeigen sich Übereinstimmungen bei den männlichen Arbeitslosen am hohen Anteil der Bauberufe, der Schlosser, Mechaniker, der Verkehrsberufe etc. Bei den Frauen an den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen, den Textil- und Bekleidungsberufen, den Warenkaufleuten etc. Allerdings sind Verschiebungen festzustellen, die darauf hindeuten, daß
2. sich in der Jugendarbeitslosigkeit aktuelle Veränderungen in der Beschäftigungs- und Berufsstruktur am markantesten ausdrücken. Das wird daran liegen, daß die Jugendlichen als Berufsanfänger nur in längerfristig abgesicherten und prosperierenden Branchen- und Berufsbereichen überhaupt eingestellt werden, bzw. als Beschäftigte bei einer Kontraktion der Belegschaften aufgrund ihrer schlechten arbeitsrechtlichen Stellung und relativen sozialen Ungebundenheit am ehesten entlassen werden können. Einstellungstopps und Entlassung der am wenigsten widerstandsfähigen Belegschaftsteile markieren neue, entscheidende Entwicklungen wie:
 - die Rationalisierungen im Verwaltungsbereich,
 - die Rationalisierung und Konzentration im Einzelhandel,
 - die Maßnahmen zu Einsparung von Lohnkosten im öffentlichen Dienst (z. B.

Handwritten note: da hier noch keine entlastung, wenn AS G. 198
betreut

- Verkehr),
- die verringerten Zuwachsraten im Bereich staatlicher Sozialleistungen (z. B. Gesundheitswesen, Sozial- und Erzieherberufe),
 - die Proletarisierung des unteren Angestelltenbereichs,
 - den sinkenden Facharbeiterbedarf in wichtigen Industriebranchen.

Eine weitere Abweichung besteht darin, daß

3. *Differenzierungen in der Qualifikation und der Leistungsfähigkeit der Jugendlichen zu deutlicheren Abweichungen in der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit führen.* Der hohe Anteil von Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, insbesondere der mit und ohne Hauptabschluß, die große Zahl von arbeitslosen jugendlichen Hilfsarbeitern weisen auf die überdurchschnittliche Betroffenheit von unqualifizierten Jugendlichen hin. Daß davon $\frac{2}{3}$ Frauen sind, zeigt, daß sich die Ausbildungs- und Berufsdiskriminierung der Frauen eher verschärft als abmildert. Auf der anderen Seite der Skala, wo Jugendliche einen kontinuierlichen und qualifizierenden Berufsausbildungsgang vorzuweisen haben, liegen die Arbeitslosenquoten relativ niedrig.

Bereits aus diesen Aspekten des Verhältnisses von allgemeiner Arbeitslosigkeit zu Jugendarbeitslosigkeit folgt, daß das Argument einer allein konjunkturbedingten Jugendarbeitslosigkeit nicht aufrecht erhalten werden kann. Geht man von einer längeren Phase der Überakkumulation aus, in der durch Konzentration der Betriebe, durch Rationalisierung der Produktions- und Verwaltungsprozesse, durch Senkung der Kosten in der Anwendung von Arbeitskraft und Abwanderung von Kapital der Verwertungsgrad der Kapitale wieder gesteigert werden soll, so kann nicht angenommen werden, daß z. B. in den nächsten zwei Jahren der Beschäftigungsgrad wieder so ausgeweitet wird, daß im Rahmen von umfassenden Neueinstellungen auch die unqualifizierten Schichten der Jugendlichen eine langfristige Beschäftigung finden (vgl. Teil I). Die derzeitige Schrumpfung und Konsolidierung – hier im Sinne der Selektion von leistungsfähigen, betriebstreu, an die Wirtschaftsideologie angepaßten und innerhalb des Unternehmens flexiblen Erwerbstätigen gebraucht – der Belegschaften schließt einen Teil der Jugendlichen langfristig von jeder anspruchsvolleren, gesicherten Berufstätigkeit aus (weitgehend die nicht registrierten, arbeitslosen Jugendlichen). Ein anderer Teil (die ein- oder mehrmals, kurzfristig arbeitslosen Jugendlichen (90)) wird die latente Reservearmee der Arbeitsbevölkerung bilden, in Hochkonjunkturphasen bei geringem Lohn und langer Arbeitszeit beschäftigt, ansonsten zeitweise arbeitslos, zeitweise kurzfristig beschäftigt, nach den kurzfristigen Bedürfnissen der Unternehmen zwischen den Betrieben und Branchen, zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit hin- und hergeschleudert. Der dritte Teil der Jugendlichen (mit zunehmender „Leistungsbereitschaft“ und Qualifikation) wird in die Belegschaften integriert werden, ohne – inzwischen weitgehend unabhängig von der betrieblichen Stellung – starkem Konkurrenzdruck,

90) Bei 80 % der Jugendarbeitslosen betrug im September 1974 die Dauer der Arbeitslosigkeit unter 3 Monaten.

dem Abbau betrieblicher Leistungen und Arbeitsplatzunsicherheit vollständig entgehen zu können.

Am stärksten bedroht von ständiger Arbeitsplatzunsicherheit, Dauerarbeitslosigkeit und damit vom Absinken in die untersten Schichten des Proletariats sind die un- und angelernten Jugendlichen, diejenigen, die eine Schul- oder betriebliche Ausbildung abgebrochen haben sowie die Jugendlichen, die trotz abgeschlossener Schulausbildung und Lehre keinen Arbeitsplatz finden, längere Zeit arbeitslos sind und dadurch auf das Niveau der Un- und Angelernten hinabgedrückt werden. Obwohl nur zu einem geringeren Teil bei den Arbeitsämtern gemeldet, stellten sie im Januar 1975 60,5% der arbeitslosen Jugendlichen. 2/3 der ungelernen Jungarbeiter sind weiblich und konzentrieren sich auf Bekleidungs- und pflegerische Berufe, die ungelerten männlichen Jugendlichen auf die Berufsfelder Maschinenbau, Bau und Bekleidung, wo sie zu über 50% als Hilfsarbeiter tätig sind. Die aufgezwungene Dequalifikation auch in dieser untersten Schicht zeigt sich daran, daß über 60% dieser Jungarbeiter und -angestellten aufgrund ihrer allgemeinen Schulausbildung eine Ausbildung durchlaufen könnten. Aufgrund der zunehmenden Herabstufung von höher qualifizierten Jugendlichen insbesondere in der Krise wird diese Schicht an Umfang zunehmen.

Das Zusammenfallen von gestiegener Arbeitslosigkeit der aktiven Arbeitsbevölkerung in hoch und gering qualifizierten Berufen, die gleichzeitige Verengung in Teilen der staatlichen und betrieblichen Ausbildung sowie die Friktionen zwischen Ausbildungsqualifikation und Tätigkeitsanforderungen führen zu einem Druck auf die unteren Arbeiterschichten einschließlich der Jungarbeiter, der nur zur Herausbildung einer umfangreicheren, permanenten Überbevölkerung führen kann. (91)

4.3.3 Im Gegensatz zur Krise 1966/67 war bei den letzten Arbeitsmarktentwicklungen nicht nur eine Verringerung des Arbeitsvolumens bei den Produktionsarbeitern durch Kurzarbeit und Entlassungen festzustellen, sondern gestiegene Arbeitslosenquoten in allen Berufsbereichen bis hin zu Fach- und Hochschulabsolventen. Darauf folgt zumindest in der Phase der allgemeinen Krise, daß jugendliche Schulabgänger und bereits Berufstätige mit hohem Ausbildungsniveau in unterwertige berufliche Ausbildungsgänge und Tätigkeiten drängen, so z. B. abgewiesene Hochschulbewerber in die Lehrstellen im kaufmännischen und technischen Bereich, Jugendliche mit mittlerer Reife in Ausbildungsstellen für Hauptschulabgänger. Es findet – gemessen an den bisherigen Ausbildungs- und Berufsverläufen – eine durchgehende Herabstufung statt. In Abhängigkeit davon, wo der einzelne Erwerbstätige in seiner Ausbildung und Berufstätigkeit gerade steht, muß er unter den derzeitigen

91) Nicht berücksichtigt sind dabei verstärkende Entwicklungen in der Bevölkerungsstruktur, wie die jährliche Zunahme der Altersgruppe 15 bis unter 20 Jahre um durchschnittlich 130 000 Personen bis 1980 und erhöhte Abgängerzahlen aus allgemein- und berufsausbildenden Schulen.

60/67: A 21% (WB: 60%) de höherer über 55
74: B 11,6% WB: 55 → 28,3% (WB 16%) unter 25

Bestimmung über die...

Bedingungen, d. h. in einer Krise der Kapitalverwertung und einer gleichzeitigen Krise der Gewerkschaftsbewegung, um eine Stelle zu bekommen bzw. seinen Arbeitsplatz zu erhalten, häufig eine Dequalifikation, eine Verschlechterung seiner Arbeitsbedingungen und eine relative Verringerung seines Einkommens akzeptieren. Da sich gezeigt hat, daß die technologische und arbeitsorganisatorische Entwicklung in den Betrieben insbesondere seit 1965 nur bei einem geringen Teil der Belegschaften zu einer Erhöhung der produktionsabhängigen Qualifikationen geführt hat, kann folglich auch nicht behauptet werden, daß die technologisch bedingte Veränderung der betrieblichen Tätigkeiten generell höhere Qualifikationen als bisher erfordern. Durch die Hortung der qualifizierten Belegschaftsteile in den Betrieben (z. B. die überproportionale Entlassung von un- und angelernten Arbeitern in der Industrie und die Umsetzung von Facharbeitern an deren Arbeitsplätze) einerseits und die Selektion von Arbeitssuchenden (so haben Facharbeiter gegenüber Un- und Angelernten eine wesentlich kürzere Dauer von Arbeitslosigkeit u. a. auch deshalb, weil sie Angelerntentätigkeiten insbesondere bei einem Berufswechsel akzeptieren, um wieder eingestellt zu werden) andererseits entstehen in der Krise überqualifizierte Belegschaften (vgl. Teil IV). Für die untersten Arbeiter- und Angestelltenschichten bedeutet die Degradation dann tägliche Arbeitsplatzunsicherheit, zeitweise oder ständige Arbeitslosigkeit.

Verstärkt somit die Krise auf der einen Seite die Diskrepanz zwischen Ausbildungsqualifikation und Tätigkeitsanforderung, so wirkt sie auf der anderen Seite verschärfend auf die Krise im Ausbildungsbereich. Die Bemühungen des Staates in der letzten Zeit zielen auf eine engere Bindung der Ausbildung an die Berufserfordernisse, die Rationalisierung und Standardisierung der Ausbildungsgänge und eine verstärkte, abgestufte Selektion der Auszubildenden. Daraus entwickelte sich eine zunehmende Diskrepanz zwischen den Bildungsanforderungen des Staates und der Unternehmen (z. B. numerus clausus an den Hochschulen und Lehrstellenboykott in den Betrieben). Wenn die sozialen und finanziellen Voraussetzungen für den Zugang zu höheren Ausbildungsgängen verschärft werden, findet zwar ein Anpassungsprozeß statt, der aber die Krise des Ausbildungssystems kaum verdeckt. Darüberhinaus wirkt die zunehmende Arbeitslosigkeit gerade bei Berufsanfängern in Richtung auf die Verlängerung der Ausbildung bzw. das Beginnen einer Zusatzausbildung. Verbunden damit ist eine Verschiebung des Schwerpunkts der Ausbildungsfunktion von der Fachqualifikation hin zu disponiblen Grundlagenwissen und einem disziplinierten, enthaltenen und angepaßten Arbeitsverhalten.

Von den Jugendlichen selbst sind in der letzten Zeit der dequalifizierten Ausbeutung ihrer Arbeitsfähigkeit (Jugendarbeitsschutzgesetz), der unternehmensfunktionalen Berufsbildungskonzeption (Berufsbildungsgesetz) und der Einschränkung der Ausbildungsmöglichkeiten (sogenannter Lehrlingsboykott) der stärkste Widerstand entgegengesetzt worden. Während ihre Aktionen Anfang der siebziger Jahre teilweise noch in einer Effektivierung der Ausbildung aufgefangen werden konnten (Lehrlingszentrenbewegung), gingen sie bald über den Kompromißbereich hinaus und drohten betriebliche Herrschaftsmechanismen einzuschränken. Es wäre

*2.1
r. H. H.*

2

*2.1
H. H.*

*ein. Grund für Arbeitslosigkeit
im 14. - 16. J. - geringere Umsatzerlöse
- aufgrund Ausb. plebe
- geringere Kosten:
1970-71: große Prof. Verluste*

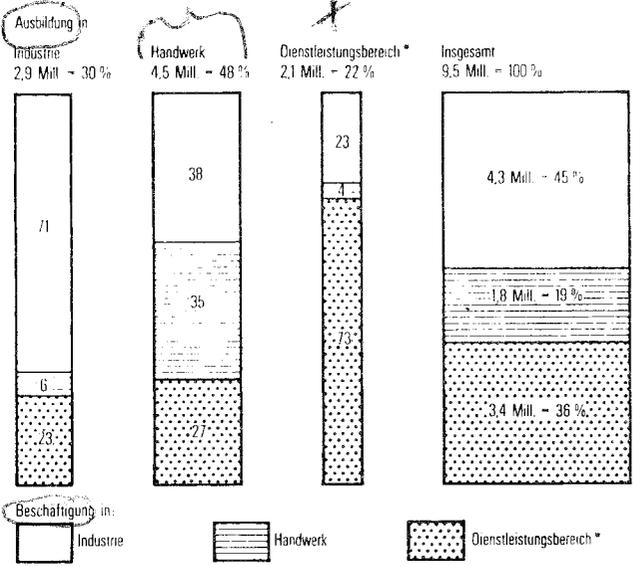
ok. Bei. us. ...? (vgl. Kap. 10)

aber falsch, in der Kritik der Lehrlings- und Jugendgruppen an Form und Inhalt der Ausbildung bis hin zur Infragestellung der kapitalistischen Form der Arbeitsverausgabung überhaupt die entscheidende Ursache für die Einschränkung der betrieblichen Ausbildung zu sehen. Vielmehr müssen dazu längerfristige ökonomische Umstrukturierungen herangezogen werden:

4.3.4 Im Ausbildungssystem der BRD bestehen langfristige Diskrepanzen zwischen Ausbildung- und Beschäftigungsbereich, was zur Folge hat, daß erstens Veränderungen im Ausbildungsverhalten der Betriebe nicht direkt mit der Veränderung der Qualifikationsstruktur der eigenen Belegschaft gekoppelt ist und zweitens, daß der Übergang von der Ausbildung in die Berufstätigkeit für viele Fachkräfte mit einem Berufswechsel verbunden ist.

TABELLE XXXXI:

Wirtschaftsbereich des Ausbildungsbetriebes und Wirtschaftsbereich des Beschäftigungsbetriebes bei männlichen Erwerbspersonen mit betrieblicher Berufsausbildung (absolut und in Prozent)



*) einschl. Land- und Forstwirtschaft

Quelle: Hofbauer/Stooß, Überschüsse und Defizite an betrieblichen Ausbildungsplätzen nach Wirtschafts- und Berufsgruppen, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 2/1975

Industrie und Dienstleistungsbereich rekrutieren einen hohen Anteil ihrer Fachkräfte aus dem Handwerk. Per saldo arbeiteten ca. 1,5 Mio. im Handwerk Ausgebildete

um 55% (anteils als Kaufleute) +
 Differenz zwischen Ausb. und Beschäftigung
 als 1-2 S. Lehrjahre auch als
 Gehilfen. fast zu westen Wunden: Gruppen
 W. über

in der Industrie, ca. 1,1 Mio. im Handwerk Ausgebildete im Dienstleistungssektor. Darüberhinaus beschäftigt der Dienstleistungssektor per saldo ca. 185 000 in der Industrie ausgebildete Fachkräfte. Dementsprechend waren von den 1970 erwerbstätigen Männern, die nach 1955 in das Erwerbsleben eintraten, 40 % Berufswechsler, von denen ein erheblicher Teil seine Ausbildungsqualifikation im neuen Beruf nicht verwerten konnte. 28 % aller betrieblich ausgebildeten Fachkräfte war 1970 in Berufsgruppen tätig, für die es keinen direkten Zugang gibt. (92)

Zu diesen Friktionen kommt hinzu, daß das Ausbildungsvolumen im Verhältnis zum Facharbeiterbestand 1970 überhöht war, daß *Ausbildungsüberschüsse tendenziell in Branchen und Berufsgruppen vorhanden waren, die von der Krise besonders stark betroffen sind* (als Vernichtung von ausbildungsintensiven Klein- und Mittelbetrieben und gleichzeitiger Verringerung der Beschäftigtenzahlen, vgl. Teil I) bzw. *umgekehrt, Ausbildungsdefizite in Branchen und Berufen gegeben waren, die eine wachsende Zahl von Fachkräften aufnehmen können*.

So lagen 1970 die höchsten Ausbildungsüberschüsse im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, im Handels- und Handelshilfgewerbe sowie Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren; bezogen auf Berufsgruppen bei den Schmieden, Schlossern, Mechanikern und verwandten Berufen, den Elektrikern, den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen sowie den Nahrungs- und Genußmittelherstellern. Die höchsten Ausbildungsdefizite verzeichneten der öffentliche Dienst (Gebietskörperschaften, Eisenbahn, Energie- und Wasserwirtschaft), die chemische Industrie, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen sowie das Leder-, Textil- und Bekleidungsgerbe; bezogen auf Berufsgruppen Ingenieure und Techniker, den Bauberufen, den Verkehrsberufen, den Metallherzeugern und -bearbeitern sowie den Maschinisten und zugehörigen Berufen. (93)

Langfristige Veränderungstendenzen in dieser Struktur der betrieblichen Ausbildung wirken in der Industrie in Richtung auf eine generelle Verringerung der Facharbeiterquoten, also „... daß die Industriezweige, die 1962 die höchsten Ausbildungsintensitäten aufwiesen, den Umfang ihrer Nachwuchsrekrutierung für Facharbeiterpositionen vergleichsweise am stärksten reduzierten, während umgekehrt die ausbildungsschwächsten Industriezweige ihre Nachwuchsquoten am stärksten erhöhten bzw. am wenigsten verringerten.“ (94)

„Die Übersicht zeigt ferner, daß in den typischen Wachstumsindustrien (wie die chemische Industrie, die elektrotechnische Industrie, die kunststoffverarbeitende Industrie und der Straßenfahrzeugbau) die Facharbeiterbestände und die

92) Hofbauer/Stoß, Defizite und Überschüsse . . . , a.a.O., S. 111 und 107.

93) Vgl. Hofbauer/Stoß, Defizite und Überschüsse . . . , a.a.O., S. 102 ff.

94) Henniges/Schwarz, Zur Ausbildungsintensität von Industriebetrieben, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 2/75. Die Industriezweige mit der höchsten Ausbildungsintensität für Facharbeiterberufe waren 1972 die elektrotechnische und die feinmechanische Industrie, Maschinenbau, Druckindustrie und Luftfahrzeugbau; für Angestelltenberufe waren es die Bekleidungsindustrie, Stahl- und Leichtmetallbau, die leder- und die holzverarbeitende Industrie sowie die Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie. Ebenda, S. 119.

09. anw
5-134
Kittel
+135

Stellen mit bes. spez. Qual.
nimmt zu -> Bes. Qual. /
keine, die in Betrieb stehen

Bestände der gewerblich Auszubildenden erhöht wurden. Auffallend ist jedoch, daß der Umfang der Nachwuchsausbildung in stets größer werdenden Abständen hinter der Expansion der Facharbeiterpositionen hinterherhinkte (Ausnahme: elektrotechnische Industrie). Facharbeiterpositionen wurden in diesen Industriezweigen also in zunehmendem Maße mit Personen besetzt, die entweder über keine betriebliche Ausbildung verfügten oder aber eine Ausbildung besitzen, diese aber in anderen Industriezweigen und/oder anderen Wirtschaftsbereichen erworben haben.“ (95) Noch extremer verlief die Entwicklung im Angestelltenbereich, in dem die Expansion der Angestellten nicht durch eine entsprechende Zahl von Ausbildungsplätzen gestützt wurde, sondern die Ausbildungsintensität für Angestellte noch umfassender als bei den Facharbeitern eingeschränkt wurde. So „wurden in 14 Industriezweigen, zu denen u. a. der Maschinenbau, der Straßenfahrzeugbau und die elektrotechnische Industrie zählen, zwar vermehrt Auszubildende eingestellt, jedoch nicht in dem gleichen Ausmaß, in dem die Anzahl der Angestelltenarbeitsplätze erhöht wurde. In 15 Industriezweigen, u. a. in der Bekleidungsindustrie, wurde dagegen der Umfang der Nachwuchsausbildung trotz starker Zunahme der Angestelltenbestände abosolut verringert.“ (96)

Aus diesen Analysen läßt sich ablesen, daß sich die Diskrepanzen zwischen Berufsausbildung und betrieblicher Tätigkeitsstruktur vertiefen und dazu führen, daß erstens die direkte Übernahme aus dem Ausbildungs- in ein Beschäftigungsverhältnis immer seltener wird, zweitens eine betriebliche Berufsausbildung weder eine Beschäftigung im gleichen Wirtschaftszweig noch eine Berufsausübung mit Tätigkeitsmerkmalen garantieren, die dem Niveau der Ausbildung entsprechen. D. h., auch den Jugendlichen mit abgeschlossener Berufsausbildung wird immer häufiger ein Betriebs- und Berufswechsel mit der Gefahr der Dequalifikation und Einkommensminderung aufgezwungen.

Die quantitative Verringerung der Ausbildungsstellen sowie die Disproportionen zwischen Wachstums-, stagnierenden und schrumpfenden Branchen beinhalten drittens die generelle Verengung der Möglichkeiten beruflicher Qualifikation und verstärken die unter erstens und zweitens genannten Tendenzen.

Nach der Ausbildungsstellenstatistik der Arbeitsämter ging tatsächlich die Zahl der freien Lehrstellen seit 1970 um fast die Hälfte zurück:

TABELLE XXXXII:

Jahr (Okt.-Sept.)	Freie Ausbildungsstellen (die bei den Arbeitsämtern registriert wurden)	Davon besetzt (%)
1959/1960	600 500	68,7
1961/1962	616 400	57,6
1963/1964	620 100	61,9
1965/1966	632 500	57,8
1967/1968	593 700	66,5
1969/1970	646 200	57,5
1970/1971	604 300	59,3
1971/1972	492 300	63,0
1972/1973	371 400	72,6
1973/1974	341 600	ca. 90,0

95) Ebenda, S. 122. 96) Ebenda.

Diese Statistik zeigt aber nur einen kleinen Ausschnitt der Besetzung von Ausbildungsstellen, da z. B. nach einer Umfrage vom Juni 1975 nur ca. 60 % der vorhandenen Lehrstellen bei den Arbeitsämtern gemeldet und nur 19 % der Stellen (22 % bei den weiblichen und 16 % bei den männlichen Jugendlichen) über die Arbeitsämter vermittelt wurden (Frankfurter Rundschau vom 24.7.1975).

Wenn man nach den Gründen für die Verringerung des Lehrstellenangebots fragt, muß einbezogen werden, daß ein Großteil der betrieblichen Berufsausbildung in handwerklichen Klein- und Mittelbetrieben stattfindet, wo die Lehrlinge weitgehend in den Produktionsprozeß eingegliedert sind und nach dem Motto „Lernen durch Arbeiten“ mit produktiven und notwendigen Arbeiten beschäftigt werden. (97) Viele Handwerksbetriebe können sich nur aufgrund der niedrigen Ausbildungskosten im Handwerk (98) und des hohen Lehrlingsanteils an den Belegschaften halten. Da die Lehrlinge nach Beendigung des Ausbildungsverhältnisses mehrheitlich abwandern, profitiert die Industrie einmal von diesen niedrigen Ausbildungskosten, zum anderen „... interessieren sicherlich nicht in erster Linie die arbeitsprozeßlichen Qualifikationsdimensionen... Für die großen Industriebetriebe sind die handwerklich ausgebildeten Arbeitskräfte vor allem ihrer „prozeßunabhängigen“ Qualifikation wegen interessant, weil sie gelernt haben, ordentlich, sauber und pünktlich zu arbeiten und sich einzuordnen: „Arbeitstugenden“, die in einer sehr stark auf die personale Autorität abgestellten Ausbildungssituation besonders intensiv gelernt werden. Diese Arbeitskräfte sollen nicht die Positionen der qualifiziertesten Fachkräfte einnehmen, sind aber für Angelernten-Positionen und einfache Facharbeitertätigkeiten häufig besser geeignet als ungelernte Kräfte, weil man bei ihnen die Garantie zu haben glaubt, daß sie „sich schon einmal bewährt haben“. Für den handwerklichen Facharbeiter bedeutet ein derartiger Wechsel in der Regel einen Dequalifikationsprozeß, indem er einen Arbeitsplatz bekommt, der unter dem Niveau seiner Ausbildung liegt, aber möglicherweise besser bezahlt wird. Da sich viele dieser Wechsler gleichzeitig als „Gelernte“ fühlen, hilft diese Wechselmechanik dazu, das wahre Ausmaß der Dequalifikation fortschreitender Mechanisierung und Automatisierung zu verdecken.

Die Transferierung großer Arbeitskräftegruppen aus dem Handwerk und dem kleinbetrieblichen Bereich in die großen Industriebetriebe ist aber nur möglich, weil der Qualifikationsbedarf der großen Industrie nur in wenigen Bereichen hoch und

97) Vgl. z. B. Jürgen Daviter, Der Lehrling im Betrieb, Band 2 der Hamburger Lehrlingsstudie, München 1973.

98) Die durchschnittlichen Nettokosten der Berufsausbildung betragen 1973:

IHK-Betriebe mit mehr als 1 000 Beschäftigten	6 692 DM
IHK-Betriebe mit bis zu 1 000 Beschäftigten	5 050 DM
HWK-Handwerksbetriebe	2 582 DM
Landwirtschaft	381 DM
Gesundheitswesen	86 DM
Beratende Berufe	1 589 DM

zitiert nach Martin Baethge, Lehrstellenboykott – Eine Fabel zur Verschleierung ökonomischer Zwänge, in: päd. extra 11 '74, S. 9 ff.

spezialisiert ist, in der Mehrheit der Fälle aber mit sensomotorischen Grundqualifikationen und den sogenannten Arbeitstugenden sein Bewenden hat. . . . Wegen der starken personalen Definition der Ausbildungs- und Arbeitsbeziehungen im handwerklich-kleinbetrieblichen Bereich darf sich das industrielle Kapital von diesen Arbeitskräften zugleich eine gewisse *Immunisierung gegenüber politischen und gewerkschaftlichen Einflüssen* erhoffen.“ (99)

Neben der „Elite“-Ausbildung in den industriellen Lehrwerkstätten rekrutiert die Industrie den Großteil der Facharbeiter aus gewerblichen Klein- und Mittelbetrieben.

a) Für die Schrumpfung der Ausbildungsstellen ist daher die zunehmende Konzentration und Zentralisation in Industrie und Handel, verbunden mit arbeitssparenden Rationalisierungen in den überlebenden Kleinbetrieben die entscheidende Grundlage für das langfristige Schrumpfen der Ausbildungsplätze. Wie in Teil I dargestellt, gewinnt innerhalb der verschärften Konkurrenz der Kapitale die Betriebsgröße, d. h. die Kompensation des Falls der Profitrate über die Profitmasse, zunehmend an Bedeutung. Nach Schätzungen des Deutschen Industrie- und Handelstages nahm die Zahl der Ausbildungsbetriebe im IHK-Bereich zwischen 1957 und 1971 um ca. 52 000 ab, im Bereich der Handwerkskammern wird ein Rückgang im gleichen Umfang allein für den Zeitraum von 1966 bis 1971 angenommen. (100) In der Abschwungphase verschärft sich der Prozeß der Konzentration und Zentralisation in Form zunehmender Konkurszahlen, Unternehmensaufkäufe und -zusammenschlüsse und trifft insbesondere die Kleinbetriebe. Nach einer Teilerhebung 1974 entfielen 92 % der Konkurse auf Betriebe mit unter 200 Beschäftigten. (101) Wenn man dem gegenüberstellt, daß über die Hälfte der Lehrstellen auf Betriebe mit bis zu 50 Beschäftigten entfallen, muß diese Entwicklung zu einer deutlichen Verminderung der betrieblichen Lehrstellen führen. Allerdings entstehen kompensatorische Wirkungen dadurch, daß Ausbildungsplätze in Handwerkszweigen, die bisher ihren Bedarf an Lehrlingen nicht decken konnten, wieder stärker nachgefragt werden (z. B. Metzger-, Bäcker- und Damenschneiderinnenhandwerk). Einige Handwerkskammern berichten seit 1973 wieder über steigende Lehrstellenzahlen.

Noch schwieriger stellt sich die Beurteilung (aufgrund fehlender empirischer Daten) der Lehrstellenentwicklung in den industriellen Großbetrieben. Aufgrund einer verringerten Bedeutung der traditionellen Facharbeiterqualifikationen für hochentwickelte Produktions- und Verwaltungsprozesse, in der Bedeutung für das derzeitige Ausbildungssystem noch nicht genau einzuschätzende Verschiebungen in den Tätigkeitsanforderungen und einer entsprechend gewandelten

99) Ebenda, S. 11.

100) Ebenda, S. 12.

101) Jörg Huffschmidt, Zum Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 4/75, S. 402 f.; vgl. auch Teil I, 3 a und 3 b.

Rekrutierungspolitik der Unternehmen und den oben beschriebenen Veränderungen in den Berufswechselströmen wurde in allen Industriezweigen mit Ausnahme des Bergbaus eine Verringerung der betrieblichen Ausbildungskapazität ab einer bestimmten Betriebsgröße festgestellt. (102) Ebenso wird die Rationalisierungswelle im gesamten Büro- und Verwaltungsbereich zu einer Verringerung der Lehrstellen geführt haben. Besonders betroffen sind davon die Ausbildungsmöglichkeiten im Handel. (103) Eine Gewichtung dieser verschiedenen Bewegungen kann hier aufgrund fehlender Gesamtzahlen und ihrer Verteilung auf die Wirtschaftszweige und Betriebsgrößen nicht vorgenommen werden.

- b) Auch die kurzfristige konjunkturelle Entwicklung beeinflusst die Zahl der angebotenen Lehrstellen. Sofern die Lehrlinge nicht in größerem Umfang direkt am Produktionsprozeß teilnehmen und das Unternehmen keine langfristige Nachwuchsausbildung betreibt, werden auch Kosteneinsparungen im Ausbildungsbereich durchgeführt – insbesondere, da die Ausbildungskosten durch die Minimalstandards des Berufsausbildungsgesetzes (BBiG) von 1969 und durch die Erhöhungen der tariflichen Ausbildungsvergütungen angestiegen sind. Nach einer infas-Untersuchung vom Herbst 1974 (104) gaben 13 % der befragten Betriebe an, daß der Umfang der betrieblichen Berufsausbildung direkt von der Auftragslage und der Umsatzentwicklung abhängt. Weitere 28 % sahen darin einen wichtigen Einflußfaktor. Diese Auffassung wurde schwerpunktmäßig in konjunkturrempfindlichen Branchen wie dem Baugewerbe und dem Metallhandwerk vertreten.
- c) Einige Impulse gehen auch von den veränderten gesetzlichen Regelungen der Berufsausbildung und der Kritik der bestehenden Konzeptionen aus. So haben das BBiG und etliche neue, verschärfte Ausbildungsgänge (z. B. Elektrotechnik, Einzelhandel, Bekleidungsindustrie) generelle Minimalanforderungen an die Ausbildungsstätten, die Eignung der Ausbilder und den Umfang des Ausbildungsprogramms formuliert, die etliche Betriebe herzustellen nicht in der Lage waren. Gleichfalls sichern Berufsgrundbildungsjahr- und Berufsfachschularenrechnungsverordnungen eine regelmäßige Schulzeit. Faktoren wie der Einfluß der verstärkten Kritik am autoritären, gesetzliche Regelungen ignorierenden (Jugendarbeitsschutz) und durch Desinteresse an der Qualifikation der Jugendlichen gekennzeichneten Verhalten von Ausbildungsbetrieben in der Öffentlichkeit auf die Ausbildungsentscheidungen der Jugendlichen sowie die Vorbehalte und die Verunsicherung der Ausbildungsbetriebe gegenüber der Reform der beruflichen Bildung auf der anderen Seite sind schwer zu quantifizieren, werden aber ihre Wirkung haben.

102) Vgl. genauer Henniges/Schwarz, Zur Ausbildungsintensität . . . , a.a.O., S. 124.

103) So sind seit 1965 insgesamt 80 000 Ausbildungsplätze für Verkäufer weggefallen. Vgl. Auszubildende in Ausbildungsberufen, in: Beilage zu Heft 3/1974 der

104) infas, Betriebliche Berufsausbildung, Bonn-Bad Godesberg, Dezember 1974.

Handwritten note:
Auf die Interessen der Jugendlichen
zu achten, wobei die Arbeit zeitlich ausgedehnt
sein muß, um zu verhindern, daß sich seit

5.3.5 Fassen wir zusammen: Die Jugendarbeitslosigkeit ist in der Abschwungphase verstärkt angestiegen und hat sich tendenziell den Arbeitslosenquoten von Arbeitern und unteren Angestelltengruppen angeglichen. Gleichzeitig ist das Problem der Arbeitslosigkeit älterer Arbeitskräfte aufgrund zunehmender rechtlicher und sozialer Absicherung etwas in den Hintergrund getreten. Die Entlassung bzw. Nicht-Einstellung von Jugendlichen bereitet den Unternehmen aufgrund des geringen Kündigungsschutzes der Jugendlichen, dem Fehlen einer Ausbildungsverpflichtung sowie einer Verpflichtung zur Übernahme der Ausgebildeten in ein Beschäftigungsverhältnis weniger Schwierigkeiten und wird teilweise auch zur Vermeidung betrieblicher Konflikte vorgezogen.

Die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit spiegelt sowohl die langfristige Wachstumsverminderung des Gesamtkapitals, die Umstrukturierung der Branchen und konjunkturelle Schwankungen wieder, wie auch die Diskrepanzen zwischen Ausbildungssystem und betrieblichen Tätigkeitsanforderungen und die veränderte betriebliche Organisationsstruktur aufgrund arbeitsorganisatorischer und technologischer Umstellungen. Da die Jugendlichen am Beginn ihrer Berufsausbildung bzw. -tätigkeit stehen, ist bei ihnen die Gefahr der lebenslangen Dequalifikation und Herabstufung am größten und sie werden einen Teil der permanenten Reservearmeen stellen. Zumindest die wachsende Zahl von Jungarbeitern, von Jugendlichen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und von Ausgebildeten, die nicht auf eine Facharbeiterstelle übernommen werden, werden zeitweise oder permanent in die Reihen der überflüssigen Arbeitsbevölkerung absinken. Ein Teil von ihnen drängt in die wenigen, offenstehenden Beschäftigungsmöglichkeiten (insbesondere bei Polizei und Bundeswehr), ein anderer Teil wird zu den drop-outs der Gesellschaft.

Die Reaktion der Jugendlichen auf die Gefahr der sozialen und beruflichen Degradierung verläuft höchst unterschiedlich. Generell können drei Verhaltensweisen unterschieden werden: die Anpassung an Leistungsnormen und Konsumorientierung, die engagierte gewerkschaftliche und politische Betätigung und eine umfassende Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft, die sich entweder in einem Fluchtverhalten oder individueller, anarchistischer Agression gegen diese Gesellschaft äußert. Diese Inhomogenität der Jugendlichen spiegelt sich auch in ihrem Verhältnis zu den Gewerkschaften wider (105). Der durchschnittliche Organisationsgrad der Jugendlichen liegt – ohne daß dazu genaue Zahlen vorliegen – deutlich unter dem generellen Durchschnitt; am höchsten erscheinen noch die Lehrlinge organisiert, am geringsten die unqualifizierten Jungarbeiter. Den höchsten Organisationsgrad an Jugendlichen haben die IG Metall, die IG Chemie und die ÖTV.

Allgemein ist diese Außenseiterstellung der Jugendlichen in den DGB-Gewerkschaften darin begründet, daß sich erst in den letzten Jahren – auch aufgrund der Studentenbewegung – eine ansatzweise Jugendpolitik herausgebildet hat und als

105) Vgl. Thomas von Freyberg, Die soziale Situation und die politischen Einstellungen von jugendlichen Arbeitnehmern, Frankfurt/Main 1973, S. 80 ff.

1969 Konrad Adenauer
Vgl. dazu auch Schulbuchauswertungen
Freyberg (u. a. S. 130!) -> Gesamtbildung
Schulb. mit dem DGB

Vf. dem
Büchel
S. 106
zu 1000

Reflex darauf das Interesse der Jugendlichen an einer Gewerkschaftsarbeit mehr an ihrer zukünftigen Berufstätigkeit als an ihren konkreten Jugend- und Ausbildungsproblemen orientiert ist. (106) Der relativ starke Widerstand gegen Jugendarbeitslosigkeit (107) ist mehr darauf zurückzuführen, daß einerseits die Gefahr der Verwahrlosung, Kriminalisierung und auch Politisierung der Jugendlichen gesehen wird (was sich insbesondere in den staatlichen Maßnahmen ausdrückt), andererseits sehr aktive gewerkschaftliche und kommunistische Jugendgruppen existieren, die den Protest gegen die Jugendarbeitslosigkeit organisieren. Die offizielle Gewerkschaftspolitik reagiert in der Krise in die Richtung, die arbeitslosen Jugendlichen erstmal von der Straße zu bekommen. So schlagen die DGB-Gewerkschaften vor, mehr öffentliche Ausbildungsplätze zu schaffen, die bestehenden Ausbildungskapazitäten vollständig auszunutzen (auch auf die Gefahr teilweise verschlechterter Ausbildung hin), Kurzlehrgänge zur Überbrückung der Arbeitslosigkeit durchzuführen, die Sozialfürsorge zu verstärken etc. Allerdings besteht dabei wohl nicht die Illusion, damit die Gefahr der Arbeitslosigkeit, der Spaltung in Beschäftigte und Arbeitslose und auch in gewerkschaftlich Organisierte und Nicht-Organisierte perspektivisch zu lösen.

5. Einige Schlußfolgerungen

Wenn wir im folgenden Schlüsse aus unserer Untersuchung ziehen, so erheben wir damit nicht den Anspruch, diese bereits systematisch aus dem vorgelegten Material ableiten zu können. Es sollen vielmehr aus unserer Ausgangsfragestellung heraus, die nach den materiellen Ursachen der Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse angesichts von Krise und Arbeitslosigkeit fragte, Thesen formuliert werden, die auf dem Hintergrund unserer Darstellung nunmehr plastischer werden und zugleich die in Teil IV vertretenen politischen Positionen fundieren.

Unsere These in der Einleitung zu den hier abgedruckten Beiträgen war die, daß die Entwicklung der Arbeitslosigkeit die Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse verschärft hat und so die Machtstellung des Kapitals in der Krise angewachsen ist. Diese These könne wir hier differenzierter darstellen:

- 1) Die Konkurrenz verschärft sich zwischen den beschäftigten und unbeschäftigten Arbeitern. Dabei wird die „Bedrohung“ des individuellen Arbeitsplatzes durch die Unbeschäftigten nicht nur latent erfahren, sondern drückt sich auch als materielle Erfahrung aus: im Druck der industriellen Reservearmee auf die Lohnhöhe der beschäftigten Arbeiter und Angestellten, in der „freiwilligen“ Intensivierung der Arbeit, im Abbau betrieblicher Nebenleistungen, in der erhöhten Arbeitsplatzunsicherheit insbesondere bei Krankheit; letztlich auch in einer Zurückhaltung in der gewerkschaftlichen und betrieblichen Aktivität.

106) Ebenda, S. 83.

107) Vgl. LaTurner/Schön, Jugendarbeitslosigkeit, Frankfurt/Main 1975, Abschnitt IV.

→ Schulpolitik über Schulen o. Vergew. der Ges. aufbauen als ab. machtpol. Instrument einsetzbar!

2) Bei den Beschäftigten und besonders bei den Arbeitslosen führt die Bedrohung durch die mögliche bzw. faktische Arbeitslosigkeit zur Individualisierung. Die Sicherung des persönlichen Arbeitsplatzes erscheint aufgrund des Fehlens gesellschaftlicher Schutzmechanismen nur über individuelle Anpassungs- und Ausweichstrategien möglich; dies besonders deshalb, weil gewerkschaftliche Organisation allein keinen Schutz gegen Krisenauswirkungen bedeutet und die Gewerkschaftspolitik der Krise ohnmächtig gegenübersteht. Vielmehr hat die bisherige, an den Interessen traditionell qualifizierter Beschäftigtenschichten orientierte Gewerkschaftspolitik dahin geführt, daß die Spaltung der Arbeiterklasse in der Krise in Beschäftigte mit relativ gesichertem Arbeitsplatz und in von Arbeitslosigkeit betroffene parallel läuft mit einer Spaltung in Organisierte und Unorganisierte und diese Spaltung noch verstärkt. Die Tendenz zur Individualisierung der Krisenauswirkungen und der Reaktion auf die Krise setzt sich damit innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften durch.

3) Die Krise verschärft gleichzeitig die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Fractionen der Arbeiterklasse und geht damit weit über die Form der individuellen Arbeitsplatz- und Leistungskonkurrenz hinaus. Die Verringerung der vom Kapital im nationalen Rahmen beschäftigten Arbeitskräfte in Form der von Massentlassungen und Kurzarbeit sowie von Einstellungsstopps in bislang expandierenden Bereichen (insbesondere private und öffentliche Dienstleistungen) führt zur längerfristigen Arbeitslosigkeit von bestimmten Fractionen der Arbeiterklasse und breiten Herunterstufungen anderer Arbeiter- und Angestelltergruppen. Die Differenzierung der Arbeiterklasse nach Qualifikation, System der Arbeitsplatz- und Reproduktionssicherung, aber auch nach sozialen und ethnischen Merkmalen werden stärker herausgestellt, um möglichst wenig „sozialen Besitzstand“ in der Krise zu verlieren. So konkurrieren deutsche Arbeiter gegen ausländische Arbeiter, Facharbeiter gegen an- und ungelernete Frauen, Jugendliche und Ausländer, ältere gegen jüngere Arbeiter und umgekehrt.

Die durchgehenden Herabstufungen ganzer Arbeitergruppen wie z. B. die Umsetzung von Facharbeitern auf angelemte Tätigkeiten in der Produktion, die Selektion der Unternehmer bei Entlassung und Einstellung bilden die Grundlage dieser „ständischen Konkurrenz“. In der Hoffnung auf die zumindest kurzfristige Erhaltung der Arbeitsplätze werden breite Dequalifizierungsprozesse in Kauf genommen. Diese Form der Konkurrenz führt auch dazu, daß weitgehend nur ganz bestimmte soziale Gruppen arbeitslos werden und diese auch kaum die Chance haben, wieder einen langfristig gesicherten Arbeitsplatz zu finden.

4) Bestimmte gesellschaftliche Gruppen wie Frauen, Jugendliche, Ausländer und ältere Arbeitskräfte werden in die Dauerarbeitslosigkeit gedrängt. Insofern kann von der Herausbildung einer permanenten Reservearmee gesprochen werden. Diese Gruppen sind traditionell nur schwach in den Arbeiterorganisationen vertreten und können aufgrund ihrer objektiven Stellung, der auch den Reproduktionsbereich einschließenden, kumulativen Diskriminierung, kaum Politisierungs- und gesellschaftliche Machtpotentiale entwickeln.

A) Der Prozeß der Herausdrängung von Arbeitslosengruppen aus dem Arbeitsmarkt ist Bestandteil der staatlichen Arbeitsmarktpolitik und wird durch das Vorgehen der Arbeitsämter in der Krise bewußt mit der Zielsetzung gefördert, Arbeitslosigkeit als sozialpolitischen Konflikt abzurängen und zu verschleiern sowie die Kosten der sozialen Sicherung durch Privatisierung und Verlagerung auf andere Länder zu verringern. Die Schranken dieser „Marginalisierung“ der Arbeitslosigkeit liegen einmal in der dadurch bewirkten Senkung des Reproduktionsniveaus der Arbeiterklasse, die „ihre“ Arbeitslosen miternähren muß, und zum anderen für den Sektor der Ausländerbeschäftigung in der Aufkündigung der bisherigen Anwerbepolitik.

3) 5) Staat und Unternehmen haben mit dem Wiedereinsetzen des Krisenmechanismus in der BRD Mechanismen entwickelt, die die Solidarisierung bei Entlassungen, den Zusammenhang zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen und die Gemeinschaftlichkeit der Arbeitslosen untereinander weitgehend verunmöglichen. Systeme der betrieblichen und staatlichen Sicherung wurden in einer Weise ausgebaut, daß Arbeitslosigkeit bisher nicht zur Verelendung und Perspektivlosigkeit führen (Betriebsrente, Arbeitslosengeld und -hilfe, Umschulungsmöglichkeiten etc.). Bedeutet dies einerseits die Vermeidung sozialer Desintegration der Betroffenen, so schwächt es andererseits den Widerstand gegen solche Unternehmerentscheidungen und die Solidarität mit den Arbeitslosen. Die tendenzielle Verstaatlichung und Verrechtlichung der sozialen Sicherung führt dazu, daß der betrieblich unmittelbar erfahrene Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital in den „klassenneutralen“ Staat verlagert wird. Sie führt weiterhin dazu, daß einschneidende Maßnahmen des Kapitals gegen die Arbeiterklasse als notwendige Mobilität und Flexibilität interpretiert werden; daß Umschulung, Berufswechsel und kurzfristige Arbeitslosigkeit als unangenehme, aber notwendige Bestandteile eines normalen Berufsweges erscheinen.

Wesentlich gravierender – weil auch der Substanz nach gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet, sind Formen von Arbeitsverträgen wie Befristung, Zeit- und Leiharbeit, in denen die Entlassung zur individuellen Vertragsfolge wird sowie die verschiedenen Formen von Entlassungen, die die Entlassung (in die Arbeitslosigkeit!) verschleiern und individualisieren. Dazu gehören die Frühverrentung, die freiwillige Kündigung mit Abfindung, die sukzessive Entlassung von Belegschaftsteilen oder der gesamten Belegschaft über einen längeren Zeitraum hinweg, Änderungskündigungen etc.

6) Die Zusammensetzung der industriellen Reservearmee selbst ist ausgeprägt inhomogen und läßt auch von daher eine geschlossene Artikulation der Arbeitslosen nicht zu. Viele Arbeitslose stammen noch aus nicht durchkapitalisierten gesellschaftlichen Bereichen (Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Kleinbauern), viele aus langfristig stark schrumpfenden, überalterten Wirtschaftsbereichen (Landwirtschaft, Bergbau), viele aus Sektoren, in denen generell starke saisonale Schwankungen stattfinden (Baugewerbe, Landwirtschaft) und nur wenige sind aus den unmittelbaren, durchkapitalisierten Produktionsprozessen herausgeschleudert worden. Der Erfahrungshintergrund, die Interessen und

optimaler Zustand:

Abbau ~~reform~~ bzw. ~~erste~~ ~~Werte!~~

Erwartungen der verschiedenen Arbeitslosengruppen sind daher höchst different. Die Erfahrung der verschärften Konkurrenz der Arbeiter untereinander geht aber auch einher mit der Erfahrung, daß sich die Situation der verschiedenen Fraktionen und Schichten der Arbeiterklasse einander angleichen und daß die Wirkungen der Konkurrenz zwischen Arbeitern die individuelle Reproduktion und die Reproduktion der Klasse insgesamt bedrohen:

1. Die Umsetzungen innerhalb der Betriebe und die damit verbundenen Dequalifikationsprozesse lösen die Arbeiter von ihren bisherigen Tätigkeiten und Qualifikationen ab: Facharbeiter, Verwaltungsangestellte etc. verlieren ihre bisher qualifizierten Arbeiten und auch die damit verbundenen materiellen Privilegien. Durch die Häufigkeit von betrieblichen Umsetzungen, Betriebs- und Berufswechsel, Umschulung und Arbeitslosigkeit wird die Arbeit tendenziell nicht mehr in ihrer „konkreten“ Form für das Bewußtsein prägend, sondern als Arbeit „sans phrase“, abstrakte Arbeit, Lohnarbeit! Dabei fallen auch gerade die in der langen Prosperitätsphase in der Bundesrepublik aufgebauten betrieblichen Differenzierungen in den Lohn- und Sozialleistungen, die in der Krise als erstes abgebaut wurden. Vermittelt über die staatliche Finanzkrise trifft der Abbau von Privilegien insbesondere Teile der staatlichen Lohnarbeiter (Beamte, Angestellte des Staates).

197

Dabei sind der Abbau von materiellen Privilegien, die Dequalifikationsprozesse, der Abbau betrieblicher Sonderleistungen und der Berufswechsel Vorstufen zur Arbeitslosigkeit und werden als solche erfahren.

2. Unter den Bedingungen der Krise 1974/75 kann auch die Arbeitslosigkeit nicht mehr als „selbstverschuldet“ diffamiert bzw. empfunden werden. Der Anteil der höher qualifizierten Arbeiter an den Arbeitslosen wächst, ebenso der Anteil jüngerer Arbeiter; selbst „typische“ Angestelltenberufe im Verwaltungsbereich fallen unter die Freisetzungsmaßnahmen der Betriebe. Auch die Dauer der Betriebszugehörigkeit, die naturgemäß eine starke Identifizierung mit „dem Betrieb“ mit sich brachte, bietet keinen Schutz mehr gegen eine Entlassung. Andererseits werden Aufstiegsillusionen in bis dahin Karriere-orientierten Berufen zerstört.

Krise und sie begleitende Arbeitslosigkeit werden nicht mehr als „Betriebsunfall“ der ansonsten prosperierenden kapitalistischen Produktionsweise erfahren: Da die strukturellen Momente der Arbeitslosigkeit überwiegen (vgl. Teil I), wird auch die Dauer ausgedehnter. Nicht nur wird dadurch die staatliche Sozialpolitik wirkungsloser (da das Arbeitslosengeld nur für ein Jahr ausgezahlt wird); damit einher gehen auch Dequalifizierungsprozesse, Pauperisierung und dadurch wiederum erschwerte Neueinstellung etc.

3. Industrielle Reservearmee und Inflation drücken auf die Lohnhöhe aller Arbeiter und Angestellten. Die Konkurrenz der Arbeiter untereinander, wie sie oben dargestellt wurde, wird so als die individuelle Reproduktion und die Reproduktion der Klasse bedrohende bzw. tatsächlich drückende Macht erfahren, die Lernprozesse einleitet. Dies werden wir im Teil IV noch ausführen.

Insgesamt bestärkt die Erfahrung von Arbeitslosigkeit, Lohndruck, Dequalifikation

2
3
4
bei den Arbeitern das Bewußtsein eines gemeinsamen *Lohnarbeiterschicksals*. Das Kapital wird als die die persönliche Reproduktion beherrschende Macht tendenziell erfahren: Nicht das persönliche Geschick, die individuelle Qualifikation, die Treue zum Betrieb bestimmen mehr über Arbeitsplatz und Höhe des Lohns, sondern die „ökonomische Lage des Betriebs“, letztlich die „Bewegung des Kapitals“ (die freilich noch als Naturschicksal begriffen wird). Wenn hier diese weitertreibenden Momente benannt wurden, sollte allerdings damit nicht die illusionäre These aufgestellt werden, daß darin schon die Widerstandsperspektiven entwickelt sind. Vielmehr drückt sich die drohende Entlassung zunächst darin aus, daß individuell Ausweichstrategien entwickelt werden. Auch heißt die Tatsache, daß sich mit der Arbeitslosigkeit die Erfahrung des gemeinsamen Lohnarbeiterschicksals herausbildet, nicht, daß die unbeschäftigten Arbeiter der Ansatzpunkt einer Widerstandsperspektive sein könnten. Wir werden im Teil IV zeigen, daß vielmehr diese Perspektive wesentlich von den beschäftigten Arbeitern aus zu entwickeln ist.

Wir haben hier nicht nur die die Arbeiterklasse spaltenden, ihren Widerstand hemmenden Momente in der aktuellen Krise benannt und auch die weitertreibenden Faktoren, an denen eine sozialistische Politik anknüpfen müßte. Für die Analyse der gewerkschaftlichen Politik und für die Bestimmung einer sozialistischen Perspektive in den Gewerkschaften ist zugleich die Fragestellung weiter entwickelt: Inwiefern werden die Gewerkschaften als Organisationen des Widerstands der Arbeiter gegen das Kapital ihrer natürlichen Aufgabe in der aktuellen Krise gerecht, den vereinzelt Widerstand gegen die Wirkungen der Krise zu verallgemeinern, *oder aber*: inwiefern bestätigen sie in ihrer Politik die Differenzierung innerhalb der Arbeiterschaft und werden somit selbst Moment der Konkurrenz zwischen den Arbeitern (beschäftigten wie unbeschäftigten)?

Bevor wir diese Frage im Teil IV zu beantworten versuchen, müssen wir allerdings noch die Wirkungen staatlicher Sozialpolitik gegenüber der Reproduktion der (unbeschäftigten) Arbeiter darstellen. Denn die staatlichen Kompensationsleistungen, die von den Arbeitern und ihren Organisationen erkämpft wurden und die große Teile von früher gewerkschaftlichen Aufgaben umfassen, dienen z. Z. auch dazu, die Gewerkschaften aus ihrer Verantwortung für die Organisation dieses Widerstandes zu entlassen. Ihre beschränkte Wirkung und ihre Grenzen sollen daher zuvor dargestellt werden.